



WORTPROTOKOLL

**der 2. Sitzung der
XIX. Gesetzgebungsperiode
des
Burgenländischen Landtages**

Donnerstag, 24. November 2005

10.09 Uhr - 13.36 Uhr

Tagesordnung

1. *Regierungserklärung des Landeshauptmannes Hans Niessl*
2. *Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse*

Inhalt

Landtag

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 39)

Landesregierung

Regierungserklärung des Landeshauptmannes **N i e s s l** (S. 41)

Debatte über die Regierungserklärung

Redner: Maga. Margarethe **K r o j e r** (S. 50), **T s c h ü r t z** (S. 60), Ing. **S t r o m m e r** (S. 64), **I l l e d i t s** (S. 68), Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. **S t e i n d l** (S. 76), Landesrat Dr. **R e z a r** (S. 80), Mag. **G r a d w o h l** (S. 81) und Mag. **P e h m** (S. 86)

Mitteilung des Einlaufes und Zuweisung (S. 39)

Ausschüsse

Wahl des Hauptausschusses, des Agrarausschusses, des Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, des Finanz-, Budget- und Haushaltsausschusses, des Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschusses, des Petitionsausschusses, des Rechtsausschusses, des Sozialausschusses, des Umweltausschusses und des Wirtschaftsausschusses (S. 91)

Beginn der Sitzung: 10 Uhr 09 Minuten

Präsident Walter Prior: Einen schönen guten Morgen, meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich eröffne die 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages.

Die Beschlussfähigkeit ist gegeben, die Amtliche Verhandlungsschrift der 1. Sitzung ist geschäftsordnungsgemäß aufgelegt, sie ist unbeanstandet geblieben und gilt daher als genehmigt.

Ihr Fernbleiben von der heutigen Sitzung hat Frau Landtagsabgeordnete Inge Posch entschuldigt.

Ich ersuche nun Herrn Schriftführer Gerhard Pongracz um Verlesung des Einlaufes.

Bitte Herr Abgeordneter.

Mitteilung des Einlaufes

Schriftführer Gerhard Pongracz: Einlauf für die 2. Sitzung des Burgenländischen Landtages am Donnerstag, dem 24. November 2005.

Von der Landesregierung sind folgende Vorlagen eingelangt:

1. Beschlussantrag, mit dem der 8. Umsetzungsbericht „EU-Förderung im Burgenland“ (Stand: 30. Juni 2005) zur Kenntnis genommen wird (Zahl 19 - 1) (Beilage 1);
2. Beschlussantrag, mit dem der Jugendbericht der Landesregierung über das Jahr 2004 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 19 - 6) (Beilage 6);
3. Beschlussantrag, mit dem der Sozialbericht der Landesregierung gemäß § 78a Bgld. SHG 2000 über das Jahr 2004 zur Kenntnis genommen wird (Zahl 19 - 7) (Beilage 7);
4. Gesetzentwurf über die Organisation und Finanzierung des Gesundheitswesens im Burgenland (Burgenländisches Gesundheitswesengesetz) (Zahl 19 - 8) (Beilage 8);
5. Gesetzentwurf, mit dem das Burgenländische Baugesetz 1997 geändert wird (Burgenländische Baugesetz-Novelle 2005) (Zahl 19 - 9) (Beilage 9).

Weiters sind selbständige Anträge

1. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer Entschließung betreffend eine Handymasten-Steuer im Burgenland (Zahl 19 - 2) (Beilage 2);
2. der Landtagsabgeordneten Johann Tschürtz und Ilse Benkö auf Fassung einer Entschließung betreffend eine EU-Mitgliedschaft der Türkei (Zahl 19 - 3) (Beilage 3);

3. der Landtagsabgeordneten Ing. Rudolf Strommer, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Kostenersatz für Polizeieinsätze bei Großveranstaltungen (Zahl 19 - 4) (Beilage 4);
4. der Landtagsabgeordneten Oswald Klikovits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die weiteren Verhandlungen zur Dienstleistungsrichtlinie (Zahl 19 - 5) (Beilage 5);
5. der Landtagsabgeordneten Andrea Fraunschiel, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend die Sicherung einer qualitätsvollen Lehreraus-, Fort- und Weiterbildung durch die Weiterentwicklung der PÄDAK Eisenstadt zu einer Pädagogischen Hochschule (Zahl 19 - 10) (Beilage 10);
6. der Landtagsabgeordneten Christian Illedits, Kolleginnen und Kollegen auf Fassung einer EntschlieÙung betreffend Schaffung steuerlicher Absetzbarkeit von Kosten für Breitband-Internet durch den Bund (Zahl 19 - 11) (Beilage 11)

und

Petitionen der Gemeinde Bad Tatzmannsdorf und der Marktgemeinde Mariasdorf betreffend „Einführung einer Zweitwohnsitzabgabe im Burgenland“ (E 1) und (E 3) sowie

eine Petition der Gemeinde Heiligenbrunn auf finanziellen Ausgleich - Kindergartenbus (E 2) eingelangt.

Präsident Walter Prior: Danke Herr Schriftführer. Meine Damen und Herren! Die Zuweisung dieser Vorlagen werde ich nach der Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse vornehmen.

Ich gebe nun die Tagesordnung der heutigen Sitzung bekannt:

1. Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes Hans Niessl;
2. Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse.

Wird gegen die Tagesordnung ein Einwand erhoben? - Das ist nicht der Fall.

1. Punkt: Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes Hans Niessl

Präsident Walter Prior: Wir gehen in die Tagesordnung ein und kommen zum 1. Punkt der Tagesordnung, zur Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes.

Gemäß Artikel 45 Abs. 1 L-VG hat die Landesregierung am Beginn ihrer Funktionsperiode eine Regierungserklärung abzugeben, die insbesondere die Schwerpunkte der künftigen Regierungstätigkeit zu enthalten hat.

In Entsprechung dieser Bestimmung erteile ich Herrn Landeshauptmann Hans Niessl zur Abgabe der Regierungserklärung das Wort.

Bitte Herr Landeshauptmann.

Landeshauptmann Hans Niessl (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Von Winston Churchill stammt der Satz: „Es ist sinnlos zu sagen: Wir tun unser Bestes. Es muss dir gelingen, das zu tun, was erforderlich ist.“ In diesem Sinne wird die Burgenländische Landesregierung ihre Arbeit in den nächsten fünf Jahren gestalten. Wir werden tun, was erforderlich ist, damit das Land Burgenland den Aufstieg fortsetzen kann. Wir werden tun, was erforderlich ist, damit unser Heimatland zu einer Chancen- und Zukunftsregion im Herzen des neuen Europas wird.

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Wahlen am 9. Oktober haben ein klares Votum der Wählerinnen und Wähler gebracht. Aber eine absolute Mandatsmehrheit im Burgenländischen Landtag bedeutet nicht, dass nur die Sozialdemokraten den Auftrag haben, für das Wohl und die Interessen des Burgenlandes zu arbeiten. Alle im Landtag vertretenen Parteien sind eingeladen, an einer erfolgreichen Entwicklung des Burgenlandes mitzuwirken.

Alle im Landtag vertretenen Parteien sind eingeladen, ihre Ideen einzubringen, in Sachfragen zusammenzuarbeiten. Es sollte gelingen, dass in zentralen Punkten und in zentralen Zukunftsfragen des Landes ein breitestmöglicher Konsens gefunden wird. Zu Recht erwarten sich die Bürgerinnen und Bürger unseres Landes von der Politik nicht Streit, sondern harte Arbeit und das ehrliche Bemühen um gute Lösungen.

Die Geschichte des Burgenlandes zeigt, dass wir stets dann am erfolgreichsten waren, wenn das Gemeinsame vor das Trennende gestellt wurde.

Das Jahr 2005 ist ein sehr bedeutendes Gedenk- und Jubiläumsjahr. Wir feiern 60 Jahre Kriegsende, 50 Jahre Unterzeichnung des Staatsvertrages und zehn Jahre Beitritt Österreichs zur Europäischen Union.

Für das Burgenland hat dieses Gedenk- und Jubiläumsjahr einen besonderen Stellenwert. Denn vor 60 Jahren erfolgte auch die Wiedergeburt des Burgenlandes als eigenständiges und selbständiges Bundesland. Diese sechs Jahrzehnte waren auch eine Periode des Friedens, des Aufstiegs und des steigenden Wohlstandes. Die Generationen des Wiederaufbaues haben mit sehr viel Fleiß und Einsatzbereitschaft das Fundament für ein neues, modernes Burgenland geschaffen. Diesen Generationen gebühren Dank, Respekt und Anerkennung. *(Beifall bei der SPÖ)*

Und auch zehn Jahre EU-Beitritt Österreichs haben für das Burgenland eine besondere Bedeutung. Zehn Jahre EU-Beitritt sind gleichbedeutend mit zehn Jahre Ziel 1-Gebiet Burgenland. Und heute kann gesagt werden, dass wir in diesen zehn Jahren die Fördergelder sehr gut genutzt haben. Die vergangenen Jahre waren die bisher erfolgreichste Ära in der Geschichte des Burgenlandes. Das haben auch der Herr Bundespräsident und der Herr Bundeskanzler, als sie anlässlich der 60 Jahr-Feier hier im Burgenländischen Landtag waren, bestätigt.

Es gab in den letzten Jahren einen tief greifenden Strukturwandel, eine Modernisierung der Wirtschaft. Viele innovative Betriebe haben sich im Land angesiedelt, sechs Technologiezentren wurden errichtet, Thermen errichtet und ausgebaut. Aus einem Land der verlängerten Werkbänke wurde ein Standort innovativer Zukunftstechnologien.

In einer aktuellen Studie des WIFO heißt es - ich zitiere: „Das Burgenland war seit Anfang der 90er-Jahre im Hinblick auf Beschäftigung und Wertschöpfung das

wachstumsstärkste Bundesland.“ Das Burgenland hat also nicht nur vom Ziel 1-Status profitiert. Auch die Ostöffnung war maßgeblich für die neue wirtschaftliche Dynamik in unserem Land.

Und mit der EU-Erweiterung vom 1. Mai 2004 ist das Burgenland endgültig vom Rand in das Zentrum des neuen Europas gerückt. Dieser historische Schritt hat viele neue Herausforderungen, aber gerade für die Grenzregionen auch neue Chancen gebracht.

Diese Chancen gilt es im Verbund und in Kooperation mit unseren Nachbarn zu nutzen. Geschehen soll dies insbesondere auch mit der Europaregion Mitte, die im September 2003 in Kittsee auch auf Initiative des Burgenlandes ins Leben gerufen wurde. Unser großes gemeinsames Ziel ist es, die Europaregion Mitte zur dynamischsten und wachstumsstärksten Region Mitteleuropas zu machen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Nichts im Leben ist beständiger als der Wandel. Wir stehen also immer wieder vor neuen Fragen und Herausforderungen. In diesem Prozess des Wandels sind Politik und Gesellschaft immer wieder gefordert, neue Antworten und Lösungen zu finden.

In diesem Prozess der Globalisierung und Internationalisierung müssen wir einerseits die Voraussetzungen schaffen, damit der Wirtschaftsstandort Burgenland wettbewerbsfähig bleibt.

Gleichzeitig muss verhindert werden, dass dabei das Netz der sozialen Sicherheit immer löchriger wird und gerade sozial Schwache zu den großen Verlierern dieser Dynamik werden. Daher muss die Globalisierung der Märkte mit der Globalisierung von Werten und Sozialstandards einhergehen. Darüber hinaus brauchen wir nicht nur auf regionaler und nationaler Ebene, sondern auch auf europäischer Ebene Instrumente einer aktiven Wachstums- und Beschäftigungspolitik.

Herr Präsident! Hohes Haus! Gemeinsam können wir stolz darauf sein, wie sich unser Heimatland Burgenland in den vergangenen Jahren entwickelt hat. Aber wir müssen auch weiterhin hart und konsequent arbeiten, damit wir den erfolgreichen burgenländischen Weg fortsetzen können. Daher haben wir bereits unmittelbar nach den Wahlen intensiv daran gearbeitet, die Weichen für eine erfolgreiche Zukunft zu stellen.

Bereits vier Wochen nach der Wahl gab es eine Regierungsklausur zum Budgetvoranschlag 2006. Unser gemeinsames Ziel ist es, auch für das kommende Jahr einen ausgeglichenen Haushalt zu erstellen. Dies ist umso schwieriger, da wir einem Einnahmenrückgang und der Übertragung von Kosten durch den Bund an die Länder Rechnung tragen müssen.

Daher sind wir gefordert, alle Einsparungspotenziale, vor allem auch in der Verwaltung, zu nutzen.

Unter diesem Aspekt haben sich Bund und Länder geeinigt, im Zuge der Verwaltungsreform bis zum Jahr 2010 insgesamt knapp 1,9 Milliarden Euro einzusparen. Für die Bundesländer bedeutet das ein Einsparungspotenzial von 844 Millionen Euro. Und auch das Land Burgenland ist gefordert, hier die notwendigen Schritte zu setzen.

Ein Beispiel dafür ist die Schaffung einer Bildungsdirektion, die auch in der Kooperationsvereinbarung zwischen ÖVP und SPÖ enthalten ist. Damit erreichen wir,

dass Mehrfachkompetenzen und Doppelgleisigkeiten in der Schulverwaltung eingestellt werden. Durch diese zentrale erstinstanzliche Bildungsbehörde schaffen wir klare Strukturen, mehr Effizienz im heimischen Bildungswesen. Und das Ganze läuft unter dem Motto „weniger Geld für die Verwaltung - mehr Geld für den Unterricht“.

Mehr Geld für den Unterricht brauchen wir, damit die Qualität der Bildung und Qualifikation weiter gesteigert werden kann. Mehr Geld brauchen wir, damit den ländlichen Strukturen im Burgenland auch im Schulwesen entsprochen werden kann. Darüber hinaus wird es weitere Reformen geben. Es ist zum Beispiel nicht nachvollziehbar, dass jede Kleinstschule einen eigenen Direktor haben muss - hier werden wir die Möglichkeit schaffen, dass eine Person gleichzeitig Direktorin beziehungsweise Direktor mehrerer Kleinstschulen ist.

Wir müssen den Tatsachen ins Auge blicken. Und eine Tatsache ist auch, dass es in den letzten Jahren und Jahrzehnten einen dramatischen Rückgang bei den Schülerzahlen gegeben hat.

In den 70er-Jahren, als ich als Lehrer angefangen habe, hatten wir im Burgenland rund 40.000 Pflichtschüler, heute sind es rund 20.000. Und laut Prognosen wird diese Zahl in zehn Jahren auf knapp 17.000 sinken.

Dieser Entwicklung ist auch durch die Fortführung der Strukturreform, die wir im Jahr 2003 beschlossen haben, Rechnung zu tragen. Entscheidend wird sein, dass die wohnortnahe Schule erhalten bleibt, und dass wir weiterhin in die Qualität der Bildung investieren. Denn Bildung ist der Schlüssel zu Innovation und Wettbewerbsfähigkeit. Bildung ist entscheidend für die Sicherheit des Arbeitsplatzes. Bildung ist der Rohstoff für den Wohlstand der Zukunft.

Daher haben Bildung und Qualifikation auch einen zentralen Stellenwert in der wirtschaftspolitischen Zukunftsstrategie des Burgenlandes. Das Land Burgenland hat in den letzten Jahren die Bildungsausgaben - insbesondere mit der Schaffung von Fachhochschulstudienplätzen - deutlich gesteigert. Im Kampf gegen die Jugendarbeitslosigkeit haben wir Initiativen wie „Jobtimismus“ ins Leben gerufen. Diesen Weg wollen wir auch in den kommenden Jahren weiter fortsetzen.

Und ich erinnere in diesem Zusammenhang an eine Aussage des Herrn Altbundeskanzler Dr. Sinowatz, der einmal sinngemäß meinte: „Wir wissen zwar nicht genau, wie die Zukunft aussehen wird. Aber wir wissen, dass jene mit einer guten Ausbildung die besten Chancen haben werden.“

Und ich bin davon überzeugt, dass wir einen Schwerpunkt auch in der Integration setzen müssen. Integration ist von größter Bedeutung. Das führen die schweren Unruhen in Frankreich sehr deutlich vor Augen.

Bildungschancen sind ein entscheidender Faktor für die Integrationsfähigkeit einer Gesellschaft. Wo die Integration versagt, wo Menschen ausgegrenzt werden und keine Perspektiven haben, ist es nur ein kurzer Weg zur Gewalt. Und natürlich ist die Situation in Frankreich nicht mit Österreich zu vergleichen.

Aber wir sollten auch daraus unsere Lehren ziehen und Maßnahmen zur Integration gerade im Bildungsbereich forcieren. Insbesondere bei der sprachlichen Ausbildung für Kinder nichtdeutscher Muttersprache. Erst kürzlich hatten wir eine

Landeshauptleutekonferenz in Kärnten. Die Landeshauptleute haben dort eine Resolution verabschiedet, in der wir eine Aufstockung der Integrationslehrer fordern. Österreichweit gibt es einen Bedarf an zusätzlichen 700 bis 800 Integrationslehrern. Hier ist der Bund gefordert, diesem Mehrbedarf Rechnung zu tragen.

Aber auch die Schuleingangsstufe, also das letzte Kindergartenjahr, sollte neu organisiert werden. Schon im Alter von fünf Jahren sollten sprachliche Defizite ausgeglichen werden. Es sollte eine noch bessere Vorbereitung auf die Schule erfolgen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Mein deklariertes Ziel ist es, dass wir in der kommenden Legislaturperiode wieder zirka 1.000 neue Arbeitsplätze pro Jahr schaffen. Das ist uns in der vergangenen Periode gelungen. Das ist auch mein erklärtes Ziel in den nächsten fünf Jahren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Schaffung moderner Arbeitsplätze, der Kampf gegen die Arbeitslosigkeit wird auch in den kommenden Jahren das Thema und die Herausforderung Nummer eins für die Landespolitik sein.

Jedes Arbeitslosenschicksal ist ein Arbeitslosenschicksal zu viel. Daher brauchen wir eine aktive Wachstums- und Beschäftigungspolitik. Daher müssen wir die Voraussetzungen schaffen, damit der Wirtschaftsstandort Burgenland weiter attraktiviert und aufgewertet wird.

Eine der größten Herausforderungen wird es sein, ab 2007 den Übergang vom Ziel 1-Status in einen neuen Förderstatus zu bewältigen. Zum heutigen Zeitpunkt ist nicht absehbar, ob das Burgenland nach 2006 eine so genannte Phasing in- oder Phasing out-Region sein wird. Noch gibt es in der Europäischen Union keine Einigung über die EU-Finzen für die Periode 2007 bis 2013.

Daher ist es auch noch nicht klar, in welchem Ausmaß Mittel für die künftige Kohäsionspolitik zur Verfügung stehen werden. Faktum wird jedoch sein, dass das Burgenland nach dem Jahr 2006 deutlich weniger Strukturfondsgelder von der Europäischen Union erhalten wird. Und dieser einschneidenden Veränderung ist natürlich Rechnung zu tragen.

Ich habe bereits in der Vergangenheit - zum Teil gemeinsam mit dem Herrn Landeshauptmann-Stellvertreter - ein aktives Lobbying für eine attraktive Ziel 1-Nachfolgeförderung betrieben. Die Landesregierung hat ein gemeinsames Positionspapier erarbeitet und einstimmig beschlossen. Und auf Grundlage dieses Papiers wurden bereits Gespräche mit EU-Kommissaren, auch mit dem Herrn Bundeskanzler, geführt.

Und dieses Lobbying werden wir weiter fortführen und insbesondere im Vorfeld und während des EU-Ratsvorsitzes Österreichs im ersten Halbjahr 2006 intensivieren. Denn aus heutiger Sicht dürfte die Entscheidung über die künftigen EU-Finzen unter dem Vorsitz Österreichs fallen.

Die Ziel 1-Nachfolgeförderung ist eine ganz wichtige Zukunftsfrage. Daran entscheidet sich die Nachhaltigkeit des bisherigen Strukturwandels. Daher ist es wichtig, dass es in dieser Frage einen politischen Schulterschluss im Land gibt. Nur gemeinsam wird es uns gelingen, dass die Interessen des Burgenlandes gewahrt werden. Das Fördergefälle zwischen den Grenzregionen der alten EU-Staaten und den Regionen der neuen EU-Staaten darf nicht zu groß sein. Das ist die Voraussetzung für einen fairen

Standortwettbewerb. Ein wesentlicher Schwerpunkt der Arbeit in den nächsten Monaten wird es sein, eine möglichst gute Ziel 1-Nachfolgeförderung zu erreichen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Ziel 1-Nachfolgeförderung ist aber nur eine Säule des wirtschaftspolitischen Zukunftskonzeptes der wirtschaftspolitischen Zukunftsstrategie des Burgenlandes. Wir brauchen darüber hinaus weitere Säulen. Wir brauchen zusätzliche Impulse für Wachstum und Beschäftigung, für eine weitere Modernisierung, für die Stärkung der Klein- und Mittelbetriebe in unserem Land. Wir haben daher in der Kooperationsvereinbarung auch die Errichtung eines Fonds festgeschrieben, der die Bereitstellung entsprechender Wirtschaftsfördermittel ermöglichen soll.

Unter Einbeziehung von Experten wird hier eine Arbeitsgruppe eine intelligente und zukunftsorientierte Lösung erarbeiten. Ziel ist es, eine neu-, mittel- und langfristige Förderschiene für die Schaffung und Sicherung von Arbeitsplätzen aufzubauen, aber Schwerpunkte in den Bereichen Qualifikation und Ausbildung zu setzen und auch die Infrastruktur auszubauen.

Zudem wird auch das bereits bestehende Wirtschaftsförderungsgesetz den veränderten wirtschaftlichen Rahmenbedingungen angepasst werden. All die Maßnahmen, die seitens des Landes im Bereich der Wirtschaft ergriffen werden, sind notwendig und wichtig. Aber natürlich ist gerade im Burgenland die Arbeitsmarktsituation sehr starken Einflüssen von außen ausgesetzt.

Einerseits durch die starken Pendelbeziehungen zu anderen Bundesländern, aber auch durch die Rahmenbedingungen, die seitens des Bundes vorgegeben werden. Das von der Bundesregierung beschlossene Sonderförderpaket ist ein erster Schritt in die richtige Richtung. In Anbetracht der Entwicklung am Arbeitsmarkt werden aber weitere Schritte folgen müssen, die insbesondere eine Stärkung der Kaufkraft und damit verbunden eine Belebung der Binnennachfrage zur Folge haben.

Ein sensibler, aber nicht minder zentraler Punkt, ist meines Erachtens auch die Frage, inwieweit das Arbeitskräfteangebot aus dem Ausland reduziert werden soll. Gerade in Anbetracht steigender Arbeitslosigkeit führen zusätzliche Arbeitskräfte aus dem Ausland - im Burgenland speziell die Grenzgänger - zu einer Verschärfung der Situation. Hier ist der Bund gefordert, Verständnis für die besondere Situation der Grenzregionen aufzubringen und somit das nötige Augenmaß walten zu lassen.

Eine steigende Arbeitslosigkeit kann nicht die Grundlage dafür sein, dass das Grenzgängerabkommen laufend erhöht wird. Eine Reduzierung des Grenzgängerabkommens ist anzustreben. Ein ganz wesentlicher Motor und Impulsgeber für die heimische Wirtschaft, die Schaffung und die Sicherung von Arbeitsplätzen ist auch die Wohnbauförderung. Seit dem Jahr 2000 wurden insgesamt Fördermittel in der Höhe von zirka 530 Millionen Euro vergeben. Damit wurden Investitionen in der Höhe von mehr als 2 Milliarden Euro ausgelöst.

Das Burgenland hat die beste Wohnbauförderung aller Bundesländer. Damit wird Bauen und Wohnen im Burgenland auch für die Bezieher kleiner und mittlerer Einkommen leistbar. Daher wird sichergestellt, dass die Wohnbauförderung einerseits als soziales Instrument, aber auch als Jobmotor für die heimische Wirtschaft erhalten bleibt.

Herr Präsident! Hohes Haus! Das Land Burgenland hat sich in den letzten Jahren in vielen Bereichen erfolgreich entwickelt. Besonders erfolgreich entwickelt haben sich jene Bereiche, in denen auf Qualität gesetzt wurde. Und das betrifft insbesondere den Tourismus. Ein Schwerpunkt der ersten und zweiten Ziel 1-Periode war es, die touristische Infrastruktur im Land zu modernisieren und auszubauen.

Durch die Errichtung und den Ausbau der Thermen haben wir im Süden und in der Mitte des Landes ein ganzjähriges touristisches Angebot geschaffen, womit sich das Burgenland als Gesundheits- und Wellnessdestination positionieren konnte. Im heurigen Jahr konnte bisher eine positive Entwicklung der Nächtigungszahlen verzeichnet werden. Von Jänner bis September dieses Jahres gab es ein Plus von 5,4 Prozent. Womit es heuer erstmalig in der Geschichte des Landes gelingen könnte, die Marke von 2,5 Millionen Nächtigungen zu durchbrechen.

Aber, um Laotse zu zitieren: „Wer sich am Ziel glaubt, geht zurück.“ Daher muss unser nächstes Ziel im Tourismus sein, die Schallmauer von drei Millionen Nächtigungen anzustreben. Eine ganz große Herausforderung der nächsten Jahre wird es sein, die Qualitätsoffensive im Tourismus fortzusetzen und auch auf die Kleinbetriebe, auf die „kleinsten Zellen“ im Tourismus auszuweiten. Bestandteil unserer Kooperationsvereinbarung ist es, das Konzept „Zukunftsstrategie Tourismus Burgenland 2010“ umzusetzen.

Wobei wir auch im Tourismus eine Optimierung der Organisationsstrukturen in Angriff nehmen werden. Mit dem Ziel einer koordinierten Vorgangsweise bei der Produktentwicklung, im Bereich des Marketings, in der Umsetzung von Werbelinien und einer entsprechenden Evaluierung der Aktivitäten. Der Tourismus hat einen ganz hohen Stellenwert für die weiterhin erfolgreiche Entwicklung des Burgenlandes.

Ein ganz wichtiger Faktor für die Erfolge im Burgenlandtourismus ist auch das Kulturgut Wein. Ebenso wie im Tourismus hat es in den letzten Jahren auch in der Weinwirtschaft eine sehr erfolgreiche Qualitätsoffensive gegeben. Es hat sich bezahlt gemacht, vom Quantitätsdenken zum Qualitätsdenken überzugehen. Dieser Paradigmenwechsel muss verstärkt auch in anderen Bereichen des Agrarwesens Platz greifen, wobei darauf zu achten ist, dass die Förderpolitik nicht zu Lasten einer kleinbäuerlich strukturierten Landwirtschaft geht.

Mit der Forcierung des biologischen Landbaus im Burgenland ist eine sehr zukunftsorientierte Weichenstellung erfolgt. Diesen Weg müssen wir auch in der Zukunft fortsetzen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Die Ökologisierung im Land zeigt sich aber nicht nur im Agrarwesen. Auch in anderen Bereichen wurde das Burgenland zu einem Vorreiter in Sachen Natur- und Umweltschutz.

Wir haben ein Energiekonzept beschlossen, das insbesondere auch die forcierte Nutzung erneuerbarer Energie beinhaltet. Durch die Nutzung erneuerbarer Energie wurde das Land Burgenland zum Standort einer innovativen Zukunftstechnologie. Mit dem Schwerpunkt Biomasse im Süden - mit dem Europäischen Zentrum für erneuerbare Energie in Güssing haben wir Forschungseinrichtungen geschaffen, die internationale Bedeutung haben.

Unser Ziel ist es, nicht nur aus Biomasse Strom zu erzeugen, sondern den nächsten Schritt zu setzen: Aus Biomasse Erdgas zu erzeugen. Erdgas aus Biomasse zu erzeugen und an Gastankstellen zu verkaufen, die wir neu im Burgenland errichten müssen. Ich sehe darin einen wichtigen Schritt in die Zukunft und einen ganz wichtigen Beitrag zum Umweltschutz. *(Beifall bei der SPÖ)*

Vor wenigen Jahren nannte ich das ambitionierte Ziel, dass wir innerhalb von zehn Jahren den gesamten Strombedarf aus erneuerbarer Energie abdecken. Damals war das eine Vision. Heute sind wir auf dem besten Weg, dass diese Vision Wirklichkeit wird. Denn heute erzeugen 200 Windräder so viel Strom wie alle burgenländischen Haushalte benötigen. Damit erreichen wir eine jährliche CO₂-Reduktion von 570.000 Tonnen. Das entspricht einer Heizölmenge von 54 Millionen Liter.

Durch die Nutzung der erneuerbaren Energie bieten wir auch eine wichtige Alternative zur Atomkraft, zur Erzeugung von Energie durch kalorische Kraftwerke. Gerade in Anbetracht der Preisentwicklung am Energiesektor wird der wachsende Stellenwert dieser Energie deutlich. Daher ist es unser Ziel, dass wir die Nutzung erneuerbarer Energie weiter forcieren.

Ein ganz wichtiges Ziel ist es, dass wir in wenigen Jahren nicht nur den Strombedarf der privaten Haushalte, sondern den Gesamtstrombedarf im Burgenland aus erneuerbarer Energie abdecken können. Ziel ist es, dass das Burgenland seine Vorreiterrolle in diesem Bereich weiter ausbaut.

Eine der größten Herausforderungen der Zukunft ist es, dass wir die wirtschaftliche Dynamik mit den Interessen des Natur- und Umweltschutzes in Einklang bringen. Daran wird diese Landesregierung mit aller Kraft arbeiten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Aktiver Umweltschutz ist auch gleichbedeutend mit dem Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Das Land Burgenland bekennt sich zum Ausbau des öffentlichen Verkehrs. Das zeigt die Tatsache, dass das Land Burgenland die Mittel für die Attraktivierung des öffentlichen Verkehrs seit dem Jahr 2000 verdoppelt hat. Wir haben auch etwas getan, das einzigartig in der Geschichte des Landes ist. Wir haben uns bereit erklärt, wichtige Bahnprojekte vorzufinanzieren.

Damit konnten bereits Vorverträge für den Ausbau der Schleife Eisenstadt, für die Elektrifizierung Deutschkreutz-Neckenmarkt und für die Elektrifizierung Neusiedl-Eisenstadt-Wulkaprodersdorf geschlossen werden. Bereits am kommenden Montag werde ich gemeinsam mit dem Herrn Vizekanzler und Infrastrukturminister Gorbach den Spatenstich für die Elektrifizierung der Bahnverbindung Neusiedl-Eisenstadt-Wulkaprodersdorf vornehmen.

Einzigartig in der Geschichte des Landes ist auch, dass das Land Burgenland neue Eisenbahngarnituren vom Typ Talent mitfinanzieren wird. Dadurch können Qualitätsverbesserungen, mehr Komfort und kürzere Fahrzeiten für unsere Pendler erreicht werden. Aber auch die Errichtung und der Ausbau bestehender Park-and-ride-Anlagen soll in den nächsten Jahren weiter umgesetzt werden.

Aber wir dürfen uns keinen Illusionen hingeben: Das steigende Verkehrsaufkommen der nächsten Jahre ist nicht allein durch den Ausbau und die Attraktivierung der Bahn zu bewältigen. Wir brauchen dazu auch den Ausbau des Straßennetzes. Die A 6, die Spange Kittsee, wird bereits umgesetzt. Die Verkehrsfreigabe

wird 2007 erfolgen. Gerade für die Entwicklung des Südens ist es von entscheidender Bedeutung, dass der Nachteil der peripheren Lage durch die Anbindung an ein leistungsfähiges Verkehrsnetz möglichst ausgeglichen wird.

Wir brauchen ein leistungsfähiges Verkehrsnetz für die Entlastung der Anrainer in den Gemeinden, für unsere Pendler, für mehr Verkehrssicherheit, für die Bewältigung der Verkehrszuwächse und natürlich auch für die Ansiedlung neuer Betriebe, für die Wettbewerbsfähigkeit des Wirtschaftsstandortes Burgenland.

Daher wird sich die Burgenländische Landesregierung auch beim Bund gemeinsam dafür einsetzen, dass der Generalverkehrsplan Österreich und das Gesamtverkehrskonzept Burgenland möglichst rasch umgesetzt werden. Leistungsfähige Verkehrswege sind die Lebensadern des Burgenlandes. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Der wirtschaftliche Aufholprozess des Burgenlandes kann uns mit Stolz erfüllen. Ein Wesensmerkmal des Burgenlandes ist es aber auch, dass es stets auch ein Land des sozialen Zusammenhaltes, der Solidarität und Menschlichkeit war. Dieser soziale Zusammenhalt spiegelt sich einerseits in den Dörfern, Städten und Gemeinden des Burgenlandes wider. Das hohe Maß an Lebensqualität, die positive Entwicklung in unseren Gemeinden wäre nicht denkbar ohne die herausragenden Leistungen, die ehrenamtlich und freiwillig im Dienste der Gemeinschaft erbracht werden.

Vom ehemaligen deutschen Bundespräsidenten Johannes Rau, den ich bei einem Deutschlandbesuch auch persönlich kennen lernen durfte, stammt der Satz: „Ohne Ehrenamt erfriert unsere Gesellschaft.“

Solidarität und Menschlichkeit spiegeln sich aber vor allem auch in der Sozial- und Gesundheitspolitik des Burgenlandes wider. Es ist uns in den letzten Jahren und Jahrzehnten beispielhaft gelungen, Wachstum und Solidarität in Einklang zu bringen.

Trotz des Sparzwanges, von dem unser Haushalt in den letzten Jahren geprägt war, haben wir im Sozial- und Gesundheitsbereich deutliche Verbesserungen erreicht und die Mittel deutlich gesteigert.

Seit dem Jahr 2000 sind die Ausgaben für die Spitäler um 15 Prozent, für die Sozialhilfe um 35 Prozent und die Zahl der Pflegebetten um 33 Prozent gestiegen. In den Landesspitälern wurden um 119 Planstellen mehr geschaffen. Neue Schwerpunkte wurden errichtet und das medizinische Leistungsangebot bedarfsgerecht weiterentwickelt.

Betonen möchte ich in diesem Zusammenhang auch, dass die Landesspitäler - gemessen an den Gesamtausgaben - den geringsten Anteil bei den Verwaltungsausgaben haben. Hier haben wir den besten Wert aller Bundesländer. *(Beifall bei der SPÖ)*

Diese patientenorientierte Sozial- und Gesundheitspolitik werden wir auch in den nächsten Jahren fortsetzen. Wir werden das medizinische Leistungsangebot weiterentwickeln, durch eine forcierte Vernetzung der medizinischen Einrichtungen, noch mehr Synergien nutzen und die Qualität der Versorgung weiter steigern. Die Errichtung von Krankenanstaltenverbänden innerhalb des Landes, aber auch die Kooperation mit Krankenanstalten außerhalb des Landes sollen umgesetzt werden. Das wird auch von mir befürwortet.

Ich trete dafür ein, dass auch das Burgenland der Zukunft ein Land gelebter Solidarität und Menschlichkeit bleibt. Diese Landesregierung wird dafür sorgen, dass allen Burgenländerinnen und Burgenländern die bestmögliche medizinische Betreuung zuteil wird. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Gerade in den letzten Jahren konnten wir auch nachhaltige Meilensteine in der Frauen- und Familienpolitik setzen. Mit den zur Verfügung stehenden Familienleistungen und der Familienförderung konnten ganz wesentliche Verbesserungen erzielt werden. Aber auch in der Familienpolitik stehen wir aufgrund der gesellschaftlichen Veränderungen immer wieder vor neuen Herausforderungen.

Die Vereinbarkeit von Familie und Beruf, der Ausbau und die Verbesserung der Kinderbetreuung, bessere Bedingungen für Alleinerzieherinnen, das Miteinander der Generationen sowie die Fortführung der familienfördernden Maßnahmen werden die Schwerpunkte der Familienpolitik der nächsten Jahre sein.

Damit können wir auch in Zukunft die Lebensqualität der Familien in unserem Land unterstützen und verbessern. Damit können wir die Voraussetzungen für ein familien- und kinderfreundliches Burgenland schaffen.

In der Frauenpolitik werden wir ein noch größeres Augenmerk auf die Gleichstellung, auf die Chancengleichheit von Frauen und Männern legen müssen. Das Frauenbüro wird weiterhin daran arbeiten und Initiativen ergreifen, um Frauen mit oder ohne Familie eine eigenständige Existenz, Mädchen und jungen Frauen eine gesicherte Zukunft zu ermöglichen.

Eine primäre Aufgabe ist die nachhaltige Verbesserung der Lebenssituation von Frauen in unserem Land. Mit den Schwerpunkten: eigenständige Existenzsicherung, gleiche Bildungs- und Ausbildungschancen, gleicher Lohn für gleichwertige Tätigkeiten, familiengerechte Arbeitszeiten sowie die Vereinbarkeit von Familie und Beruf.

Wichtige Impulse sollen auch von der Errichtung eines Gender Mainstreaming-Kompetenzzentrums, durch den Start der Gender Mainstreaming-Projekte ausgehen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Gerade für eine Grenzregion ist das Thema Sicherheit von größter Bedeutung. Das Burgenland hat eine rund 400 Kilometer lange Schengen-Außengrenze. Und der Exekutive ist es in den vergangenen Jahren im Zusammenwirken mit dem Österreichischen Bundesheer sehr gut gelungen, diese Außengrenze mit sehr viel Engagement und Einsatz zu sichern. Diesem Engagement verdanken wir auch die sehr hohe Aufklärungsquote im Burgenland.

Aus der aktuellen Kriminalitätsstatistik geht aber hervor, dass im Burgenland im Zeitraum Jänner bis Oktober die Zahl der angezeigten Fälle um 5,7 Prozent gestiegen ist, während es im Österreichdurchschnitt einen Rückgang gegeben hat. Diese Entwicklung muss uns mit Sorge erfüllen. Es müssen die notwendigen Maßnahmen zur Bekämpfung der steigenden Kriminalität gesetzt werden. Dazu gehört, dass der Assistenzeinsatz des Bundesheeres in voller Stärke zumindest bis zum Jahr 2008 aufrecht bleibt.

Um die Prävention und die Präsenz vor Ort ausbauen zu können, braucht die Exekutive auch die entsprechende Anzahl an Personal und eine bessere technische Ausstattung. Sicherheit muss uns allen etwas wert sein. - Wir müssen dafür Sorge tragen,

dass die Menschen in unserem Heimatland auch in Zukunft in Sicherheit und Geborgenheit leben können. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte auch nicht ein Thema aussparen, das wohl zu den größten Problemen in der Geschichte unseres Heimatlandes zählt. Ein Thema, das auch im vergangenen Wahlkampf wieder sehr präsent war. Wir haben einen neuen Anlauf zur Lösung dieses Problems gemacht.

Die Privatisierung der Bank Burgenland wurde per Beschluss der Landesregierung neu ausgeschrieben. Bis zum Ende der Ausschreibungsfrist hat eine große Anzahl potentieller Käufer ihr Interesse bekundet. Das macht mich zuversichtlich, dass nunmehr der Privatisierungsprozess im Interesse des Landes sowie der Bank Burgenland rasch abgewickelt werden kann.

Gemeinsames Ziel der Landesregierung ist eine rasche Privatisierung, um die Haftungen, um die Belastungen für das Land zu reduzieren. Aber es muss uns auch bewusst sein, dass das Land Burgenland in den nächsten Jahren und in der nächsten Periode - trotz der Privatisierung der Bank Burgenland - beträchtliche finanzielle Mittel zur Begleichung der Haftungen aufbringen wird müssen.

Herr Präsident! Hohes Haus! Wer die Zukunft gestalten will, muss die Gegenwart verändern. Dazu brauchen wir die Bereitschaft zu Reformen, die Offenheit für neue Wege. Dazu brauchen wir vor allen Dingen auch den gemeinsamen Willen und den Einsatz, das Burgenland fit für die Herausforderungen der kommenden Jahre zu machen.

Daher lade ich im Interesse unseres Heimatlandes Burgenland noch einmal alle ein, konstruktiv an der Fortsetzung des erfolgreichen burgenländischen Weges mitzuwirken. Rot-Gold hat in den vergangenen Jahrzehnten und Jahren aufgeholt. Sorgen wir gemeinsam dafür, dass Rot-Gold in den nächsten fünf Jahren überholt! *(Beifall bei der SPÖ)*

Präsident Walter Prior: Danke Herr Landeshauptmann für die Regierungserklärung.

Als erster Rednerin in der Debatte über die Regierungserklärung erteile ich nun der Frau Landtagsabgeordneten Maga. Margarethe Krojer das Wort.

Bitte Frau Abgeordnete.

Abgeordnete Maga. Margarethe Krojer (GRÜNE): Verehrter Herr Präsident! Werte Regierungsmitglieder! Werte Kolleginnen und Kollegen! Der 9. Oktober hat die politischen Verhältnisse im Burgenland wesentlich verändert. Das freie Spiel der Kräfte ist beendet. Die absolute Mehrheit der SPÖ ist in den Landtag eingezogen. In der Regierung war sie ja schon vorher gegeben, jetzt gibt es auch hier ähnliche Verhältnisse.

Die ÖVP hat sich nach der Wahl, als es darum ging, die Pfründe zu verteilen, sofort an den Hals der SPÖ geschmissen und vergessen sind alle Schmährufe aus den Vorwahlzeiten.

Die FPÖ versinkt im rechten Heimatgedusel *(Abg. Johann Tschürtz: Bravo!)* und findet überhaupt nichts dabei, mit dem ultrarechten Vlaamsblock Gespräche zu führen. *(Abg. Johann Tschürtz: Asylanten!)*

Für uns Grünen heißt das, dass wir in Zukunft, in den nächsten fünf Jahren, kantige Oppositionspolitik machen werden müssen. Wir werden für noch mehr Transparenz, für noch mehr Demokratie und für noch mehr Kontrolle im Landtag sorgen.

Die Opposition, der eine 90-prozentige Regierungsmehrheit hier im Landtag gegenübersteht, wird hier der Regierung auf die Finger schauen müssen und Fehlentwicklungen und Missstände auch aufzeigen.

Wir werden uns aber, genauso, wie in den letzten fünf Jahren, konstruktiv einbringen. Dort, wo unsere Mitarbeit gewünscht wird, werden wir dies tun. Wir haben in der Vergangenheit bewiesen, dass wir Alternativkonzepte haben. Wir haben auch in den vergangenen fünf Jahren „Grüne Politik“ umsetzen können. Das ist auch ein wesentliches Ziel. Denn dafür sind wir im Landtag, dafür wollen wir uns auch bemühen.

Es wird in den nächsten fünf Jahren auch notwendig sein, der absoluten Mehrheit größtes Augenmerk zu schenken und zu schauen, was das für das Burgenland konkret heißt, wenn eine Partei die absolute Mehrheit hat.

Die ersten Erfahrungen mit dieser neuen Macht hatten wir schon. Nach der Landtagswahl wurden wir vom Herrn Landeshauptmann zu Gesprächen eingeladen. Da haben wir schon sozusagen die erste Erfahrung damit machen können.

Wir haben bei diesem Gespräch gefragt, was mit den Ergebnissen der Volksbefragungen hinsichtlich der unerwünschten Autobahnen- und Schnellstraßen passieren wird? Sie, Herr Landesrat Bieler, und auch Sie, Herr Landeshauptmann, haben mit dieser absoluten Macht im Hintergrund sehr schnell vergessen, was vor der Wahl war.

Vor der Wahl haben Sie, Herr Landesrat Bieler, gesagt: Wenn die Bevölkerung die Straße nicht haben will, dann wird sie auch nicht gebaut! Die MedienvertreterInnen sind meine Zeugen dafür, dass das Ihre Worte waren, Herr Landesrat. *(Landesrat Helmut Bieler: Ich habe immer gesagt, das Ergebnis muss man sich anschauen.)*

Haben Sie vielleicht vor der Wahl den Menschen auch einfach nur vorgemacht, dass sozusagen Ihre Äußerung bei diesen Volksbefragungen Ihnen auch etwas wert ist?

Die Volksbefragungen in vielen Gemeinden, so auch in meiner Heimatgemeinde, haben gezeigt, dass die Menschen diese Autobahnen nicht haben wollen. Sie, Herr Landeshauptmann, haben nach der Wahl gesagt: Das Wahlergebnis hat unsere Politik bestätigt und somit auch unsere Verkehrspolitik. Punkt. *(Abg. Ewald Gossy: So ist es!)* Das ist eine klare Antwort. *(Zwiegespräche der Abgeordneten - Abg. Ewald Gossy: Stimmt es vielleicht nicht?)*

Herr Landesrat Bieler! Sie haben gesagt: Diese Volksbefragungen sind Manipulation. *(Landesrat Helmut Bieler: Das habe ich nicht gesagt! Wenn Sie das so weiter sagen, dann behaupten Sie hier schlicht und einfach die Unwahrheit.)* In Bezug auf Wulkaprodersdorf haben Sie mehrmals das Wort Manipulation verwendet. *(Landesrat Helmut Bieler: Ich habe das Wort Manipulation nicht in den Mund genommen. Ganz sicher nicht! Ich habe lediglich gesagt, dass das kein probates Mittel ist.)* Na bitte, also das ist jetzt wirklich Kindesweglegung. Ich darf gewisse Worte hier nicht sagen. Sie haben ganz eindeutig gesagt: Das ist Manipulation. *(Landesrat Helmut Bieler: Nein, habe ich nicht gesagt. - Zwiegespräche der Abgeordneten)* Das sind No-na-net-Ergebnisse, denn es ist

klar, dass die Leute nicht wollen, dass eine Autobahn durch ihr Dorf geht. Das ist auch Ihnen völlig klar.

Herr Landesrat! Volksbefragungen sind Instrumente der direkten Demokratie, die Sie hier mit Füßen treten. Wir erwarten von Ihnen, dass Sie zu diesem Wort stehen, das Sie vor der Wahl gesagt haben: Wenn die Leute die Straße nicht wollen, dann wird es sie auch nicht gegen den Willen der Bevölkerung geben.

Wir erwarten von Ihnen und auch von Ihnen, Herr Landeshauptmann, dass Sie Volksbefragungen respektieren und nicht über die Leute drüberfahren. Wir erwarten auch, dass, wenn sich die Gemeinden mit ganz klaren Resolutionen dagegen aussprechen, wie das jetzt, nach Wulkaprodersdorf, bei der A 3, auch in Klingenbach erfolgt ist, Sie hier nicht über Ihre Bürgermeister drüberfahren. Es sind dies Bürgermeister Ihrer Fraktion. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten)*

Die heutige Regierungserklärung ist auf die nächsten fünf Jahre ausgerichtet. Die Politik muss in den kommenden Jahren den aktuellen Anforderungen der Gesellschaft gerecht werden und ist vor große Herausforderungen gestellt.

Sie haben heute in Ihrer Regierungserklärung die Wirtschaftsentwicklung angesprochen und haben gemeint: Zukunft gestalten heißt, man muss die Gegenwart verändern. Diese Gegenwart muss verändert werden, das ist richtig.

Die Ziel 1-Förderung der letzten zehn Jahre war eine große Chance für das Burgenland. Das Burgenland hat auch viel davon profitiert. Sie haben auch gesagt, dass wir auch von der Ostöffnung profitiert haben.

Heute höre ich keine Visionen von Ihnen, wie wir diesen Platz in einem neuen Europa ausfüllen und uns gegenüber diesen Chancen und Herausforderungen in diesem neuen Europa positionieren werden. Wo sind Ihre Visionen? Ich habe nur das Wort Grenzlandsicherung gehört. Sicherheit ist wichtig, Grenzgänger, das heißt, das ist ein Abschotten. Das ist jetzt nur eine temporäre Möglichkeit sich überhaupt abschotten zu können. Wenn die Schengen-Grenze fällt, wenn es hier zusammenwächst, dann werden Ungarn und Österreicher hin- und herfahren und werden hier und da arbeiten. Es wird nicht möglich sein, sich abzuschotten. Da hätte ich mir von Ihnen ganz konkret erwartet, wie wird sich das Burgenland in einem neuen Europa, das zusammenwächst, positionieren? *(Beifall bei den Grünen)*

Es wird sich auch die Frage stellen, haben wir in den letzten Jahren auch nachhaltig investiert? Sind diese Arbeitsplätze die geschaffen wurden von Dauer? Und ich darf Sie erinnern, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung vor fünf Jahren gesagt: „Wir haben jetzt 80.000 Arbeitsplätze, wir werden 100.000 haben.“

Heute sind Sie schon realistischer. Heuten sagen Sie, 1.000 Arbeitsplätze pro Jahr. Das ist auch das, was in den letzten fünf Jahren, in etwa, erfolgt ist. Damals hatten Sie noch Visionen von 100.000 Arbeitsplätzen, die sich leider nicht erfüllt haben. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Bis zum Jahr 2010 habe ich gesagt.)*

Gut, dann stimmt die Rechnung trotzdem nicht, wenn das bis zum Jahr 2010 geschehen soll und Sie wollen jetzt 1.000 Arbeitsplätze pro Jahr schaffen, wir haben jetzt in den letzten fünf Jahren zirka 4.000 geschaffen, dann sind wir so, „Daumen mal pi“, bei 84.000. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das war jetzt schon im August.)*

Wir werden sehen, wie nachhaltig diese Betriebsansiedlungen sind, wenn jetzt schon Betriebe abwandern, und nicht nur in den Osten.

Das Wirtschaftswachstum, haben wir gehört, war stärker, als in Gesamtösterreich, das wissen wir auch. Wir wissen aber auch, dass, wie gesagt, diese Ostöffnung zu einem Wachstum der Wirtschaft im Burgenland beigetragen hat und dass natürlich 500 Millionen Euro Direktförderung aus Brüssel ja auch irgendwie sichtbaren Erfolg haben müssen. Das wäre ja wirklich traurig, wäre das nicht der Fall. Aber was haben wir?

Im Jahr 2004 hat das Burgenland das niedrigste Wirtschaftswachstum aller österreichischen Bundesländer. Im BIP/KOPF-Vergleich liegt das Burgenland nach wie vor an abgeschlagener letzter Stelle. Das heißt, trotz der EU-Förderungen konnte keine Stabilisierung der Arbeitslosenquote, geschweige denn eine Reduzierung der Arbeitslosigkeit erreicht werden. Das sind die Fragen, die in den nächsten Jahren auf uns zukommen.

Angesichts dieser steigenden Arbeitslosigkeit unter der immer während größeren Gruppe an Menschen, die armutsgefährdet sind und angesichts der steigenden Energiepreise, kann es nicht so sein, dass man hie und da ein bisschen an der Schraube dreht. Nein, da müssen neue, wichtige Weichenstellungen erfolgen und da haben mir Ihre Visionen in Ihrer Regierungserklärung gefehlt.

Was sind die großen Visionen? Wo sind denn die Richtungsänderungen, wo sind sie denn? Das ist ein Fortschreiben eines Istzustandes, der nicht der beste ist.

Aus unserer Sicht muss es eine soziale Wende geben, in Richtung sozialer Gerechtigkeit und Armutsbekämpfung. Sie haben heute das Beispiel Frankreich erwähnt. Da kommt jetzt ein Problem auf uns zu, wenn wir uns das anschauen. Das müssen wir bewältigen, da müssen wir Antworten bekommen und da ist natürlich die Schaffung von Arbeitsplätzen eine Antwort. Aber nicht die einzige, da muss es noch andere Anstrengungen geben.

Es muss eine Zukunftssicherung durch Bildung geben, das haben Sie heute auch gesagt und ich freue mich, dass das auch ein wichtiger Aspekt sein wird. Aber, es muss auch eine ökologische Wende geben, vor allem in der Energiepolitik und in der Verkehrspolitik. Ich darf Sie erinnern, Herr Landeshauptmann, Sie sind heute sehr stolz auf unseren großen Windpark, der unsere Haushalte mittlerweile versorgen kann.

Sie wissen, dass wir hier im Jahr 2001 gestanden sind, wo Sie, oder damals auch der Landesrat Kaplan, aber auch die SPÖ, den Grünen vorgeworfen haben, realitätsblind zu sein. Was denn diese Windenergie, wo alles von irgendwoher importiert wird, die Windräder, was denn das für den Arbeitsmarkt im Burgenland, oder die Wertschöpfung oder sonst irgendetwas, für eine Bedeutung haben kann. Heute sind wir stolz darauf und darüber freue ich mich.

Derzeit sind so viele Menschen im Burgenland arbeitslos wie nie zuvor in der Zweiten Republik. Ganz besonders wirkt sich das auf die Frauen und die jungen Menschen von 15 bis 24 Jahren aus. Und der Verlust des Arbeitsplatzes führt in immer mehr Fällen zur Armut. Ich bin sehr betroffen davon, dass in meinem persönlichen Bekanntenkreis Leute, die gut gelebt haben, zum Teil gut ausgebildet sind, durch Scheidung, durch Jobverlust so in die Armutsfalle hinunterrutschen können. Das heißt, wir alle sind davon betroffen. Wir hier reden natürlich sehr abgesichert aus einer Position

heraus, das darf aber nicht dazu führen, dass wir übersehen, so wie das die Caritas berichtet, dass im Burgenland 16.000 Menschen in akuter Armut leben.

Im siebentreichsten Land der Welt leben so viele Menschen in akuter Armut. Im Burgenland sind 36.000 Menschen armutsgefährdet. Diesen Menschen muss geholfen werden. Leben Sie einmal von 400 Euro Sozialhilfe, leben Sie einmal davon! Das können wir uns gar nicht vorstellen, wie Menschen es überhaupt schaffen, damit über die Runden zu kommen.

Wir erwarten von dieser Regierung auch eine Antwort auf diese soziale Frage. Armut betrifft längst nicht mehr nur die Randgruppen von Menschen, die aufgrund von unglücklichen Umständen kurzfristig einmal, oder vorübergehend den Lebensunterhalt nicht eigenständig und ohne Unterstützung bestreiten können. Wir haben immer mehr Menschen, die akut arm sind und die aus dieser Armut überhaupt nicht mehr herauskommen.

Dafür muss es längerfristige Modelle geben. Das kann natürlich alleine auf burgenländischer Ebene nicht gelöst werden. Aber im Burgenland kann sehr viel dazu gemacht werden. Es kann nicht sein, dass Menschen durch ein soziales Netz fallen und dieses zweite soziale Netz, das sind die Mittel, die in den Ländern vorhanden sind.

Die Wiener Grünen erarbeiten zum Beispiel gerade mit der SPÖ in Wien ein Grundsicherungsmodell. Das wäre eine Lösung. Die Grünen haben hier konkrete Vorschläge, wie mit der Sozialhilfe, Sondernotstandshilfe, Arbeitslosengeld, eine Grundsicherung finanziert werden kann. Das sind Fragen die auftauchen, die jetzt immer dringender werden, die gelöst werden müssen. *(Landesrat Helmut Bieler: Warum wurde das nicht bei den Parteiengesprächen angesprochen?)*

Wir haben bei diesem Parteiengespräch gesagt, dass wir jederzeit gemeinsam und aktiv mit der SPÖ oder mit wem auch unsere Zusammenarbeit gewünscht ist, zusammenarbeiten. Herr Landesrat, wenn Sie jetzt sagen es besteht eine Aussicht, dass wir im Burgenland ein gemeinsames Grundsicherungsmodell erarbeiten, dann nehme ich das jetzt vielleicht nicht als Einladung, *(Landesrat Helmut Bieler: Wann habe ich das gesagt? Haben Sie das gehört?)* aber vielleicht als Akt der Höflichkeit an. Also gut, so kann man unterschiedlich hören.

Die Entwicklung der Sozialhilfe ist eine dramatische Entwicklung und wir müssen hier aufpassen, damit wir hier nicht etwas übersehen und den sozialen Zusammenhalt hier nicht gefährden. Vor der Realität, wie gesagt, dürfen wir nicht die Augen verschließen. Die Veränderung der Gegenwart ist sehr wohl richtig.

Ich habe mir die Arbeitslosigkeit im Burgenland der letzten fünf Jahre angeschaut, sie hat sich um 38 Prozent erhöht. Wir haben die höchste Arbeitslosigkeit in ganz Österreich. Ganz dramatisch ist der Anstieg der Frauenarbeitslosigkeit im Bezirk Güssing um 40 Prozent. Nur jede zweite Frau schafft den Wiedereinstieg in den Beruf nach der Kinderpause. Hier erwarte ich mir klipp und klar, Frau Landesrätin, dass es Sonderprogramme gibt für diese Frauen die es tatsächlich auch schaffen in den Arbeitsprozess wieder einzusteigen und ihnen vor allem den Einstieg in eine gleich qualifizierte Tätigkeit zu erleichtern.

Wir haben ein enormes Gefälle bei den Fraueneinkommen vom Norden bis zum Süden, das ist dramatisch. Eine Frau im Bezirk Eisenstadt verdient im Jahr um 8.500 Euro

mehr als im Südburgenland. Hier muss es ebenfalls Veränderungen geben. Und ich war sehr überrascht, Frau Landesrätin, wie Sie gesagt haben, in den nächsten fünf Jahren sollen 1.500 Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden. Der Herr Landeshauptmann hat heute von 5.000 Arbeitsplätzen gesprochen.

Ich erwarte mir, dass mindestens 50 Prozent von neu geschaffenen Arbeitsplätzen für Frauen sind. Und wenn von 5.000 neuen Arbeitsplätzen die Rede ist, dann erwarte ich mir, dass mindestens 2.500 Arbeitsplätze für Frauen geschaffen werden. Das steht uns zu und das werden wir auch einfordern. *(Beifall bei den Grünen)*

Aus meiner Sicht könnte man die Wirtschaftsförderung an eine Frauenförderung binden, dann würde sich hier wahrscheinlich auch einiges verändern. Ich habe ein bisschen nachgeschaut, in der Regierungserklärung aus dem Jahr 2000 - damit man vielleicht auch einen Begriff bekommt, was sind denn solche Erklärungen auch wert - und da habe ich einen Satz gefunden, der mich irgendwie sehr überrascht hat.

Da sagen Sie damals Herr Landeshauptmann: „Der öffentliche Sektor hat in der Frauenpolitik seit Jahren eine Leitbildfunktion übernommen. Wir haben eine klare Gesetzgebung, welche die rechtlichen Grundlagen für die Gleichbehandlung der Frauen im öffentlichen Dienst sicherstellen soll. Wir müssen diese Leitbildfunktion auch weiterhin aktiv wahrnehmen, weil die Privatwirtschaft in vielen Bereichen deutlich nachhinkt. Ich bekenne mich dazu und erwarte mir von den Maßnahmen die geplant sind, sichere Fortschritte.“

Entweder waren die Maßnahmen ein „Schmarren“, oder war die Umsetzung ein „Schmarren“. Irgendeines muss es sein, denn es gibt keine sichtbaren Fortschritte beim Vorzeigeprojekt „öffentlicher Dienst“. Es gibt nur ein Versagen hier auf allen Ebenen.

Seit dem 1.1.2001 wurden 72 Führungspositionen im öffentlichen Dienst im Burgenland neu besetzt. Sieben davon mit Frauen und 65 mit Männern. Das ist das Ergebnis Ihrer Maßnahmen.

Zur Umweltpolitik, das Burgenland braucht eine ökologische Wende. Der Ölpreis hat sich in den letzten zwei Jahren verdreifacht und das Öl wird wahrscheinlich auch in Zukunft teurer, sicher nicht billiger, und es wird auch knapper. Auch das Burgenland ist absolut abhängig, durch Ihre Politik, von Öl und Gas. Öl und vor allem Gas, wurde und wird auch heute noch gefördert. Ein Großteil des Energieverbrauchs im Burgenland wird nach wie vor mit Öl und Gas gedeckt.

Wir wissen, dass die Verbrennung von Erdöl nicht nur teuer ist, sondern auch horrende Umweltschäden zur Folge hat, welche die Gesundheit der Menschen gefährdet und die Hauptursache für den Klimawandel ist. Daher erwarte ich mir gerade im Ökologiebereich nicht nur ein Drehen an einer Schraube, sondern eine ökologische Wende.

Vor allem im Energiebereich, da könnte ich ja noch Hoffnungen setzen, im Verkehrsbereich werde ich es wahrscheinlich aufgeben müssen. Es gibt viele Beispiele wie wir aus dieser Ölkrise herauskommen könnten.

Ein Beispiel ist, was ist mit der Vorbildwirkung des Landes? Heute komme ich in der Früh ins Büro und muss, so wie jeden Tag die Fenster öffnen, weil so heiße Luft in

den Räumen ist. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist beim Grünen Klub so.)* Wir heizen täglich den Hof und zwar den ganzen Winter durch.

Andere erfrieren in ihren Zimmern. *(Abg. Ewald Gossy: Anscheinend das Einzige, was im Grünen Klub drinnen ist.)* Und das ist heiße Luft, genau. *(Heiterkeit bei der SPÖ)*

Heiße Luft ist im ganzen Haus und hat etwas zu tun mit der Energieversorgung, hat etwas zu tun mit Wärmedämmung, hat etwas zu tun vielleicht auch mit, ... *(Landesrat Helmut Bieler: Wenn es aber heiß ist, heißt das die Dämmung ist gut, oder?)* Das weiß ich nicht ob die Dämmung gut ist, jedenfalls ist es sehr heiß in den Räumen.

Das Burgenland ist im öffentlichen Bereich aber mit absolutem Abstand Letzter, was die Vorbildwirkung in ganz Österreich anbelangt. Wenn Sie das mit den anderen Bundesländern vergleichen, da haben die anderen Bundesländer die Nase vorn.

Vielleicht bei den Gemeindeämtern, da ist vielleicht schon ein Umdenken da, aber nicht bei den Landesimmobilien. Kennen Sie ein Gebäude, wo Warmwasserkollektoren angebracht sind? Das hat heute schon jeder Haushalt, das ist Standard. Wo ist die öffentliche Vorbildwirkung?

Die Installierung einer unabhängigen Umwelt- und Energieberatung wäre vielleicht auch gut, aber Sie haben hier eine hauseigene Energieberatung. Vielleicht könnte sich einmal auch das Land dort beraten lassen, wir haben ja sehr engagierte Mitarbeiter und auch Experten dort drinnen.

Das heißt, eine ökologische Wende würde nicht nur eine sozial verträgliche Versorgung mit Energiedienstleistungen bedeuten, denn die müssen wir uns auch in Zukunft leisten können, sondern sie würde auch eine Erhöhung der Versorgungssicherheit bedeuten. Es würde neue Arbeitsplätze bedeuten und es wäre ein zentraler Schlüssel für den Klimaschutz.

Vor einigen Tagen habe ich beim Wirtschaftsparlament gehört, dass der deutsche Ökonom Christian Helmenstein dem Burgenland geraten hat, insbesondere auf Biomasse zu setzen. Das verlangen wir schon seit Jahren. *(Abg. Gabriele Arenberger: Lobend erwähnt, wurden die Fortschritte.)* Es sind ja auch Fortschritte, das bestreitet ja niemand. Es ist auch etwas geschehen in den letzten fünf Jahren. Aber anstatt, dass sich die zuständigen Politiker ständig auf die Schulter klopfen und sagen wie super wir sind, sollten sie einmal einen Vergleich mit anderen Bundesländern machen. So super, im Vergleich mit den anderen Bundesländern sind wir nicht. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Sie müssen immer das Burgenland schlecht machen.)*

Nein, das Burgenland nicht schlecht machen, aber es ist zu wenig, immer nur zu sagen, da sind wir die Besten. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Wir sind auch die Besten.)* Wenn wir uns den Vergleich anschauen - ich habe nicht von der Windkraft gesprochen ... *(Landeshauptmann Hans Niessl: Aber von Güssing.)* Da sind wir mit Abstand gut.

Wir haben auch Güssing, das ist ein tolles Projekt. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Das ist nur eines.)* Güssing ist aber jetzt ein Feigenblatt dafür, wenn wir ein Beispiel zum Herzeigen haben, ein tolles Beispiel und wir stolz sein können, dass wir damit sonst alles andere zudecken können.

In der Fotovoltaik zum Beispiel, warten wir seit über einem Jahr auf eine Verordnung. Vor über einem Jahr haben wir hier gemeinsam eine Fotovoltaikförderung beschlossen.

Ein Beispiel, die Firma GREEN-ONE-TECH in Kärnten hat 170 Mitarbeiter, ist Europas größter Hersteller von Solaranlagen und hat eine Wachstumsrate von 30 Prozent. Die ist hervorgegangen aus der Solarkollektorenselbstbaubewegung, wo gibt es denn das im Burgenland? Da gibt es Einzelne, die sich mühsam abkämpfen. Aber Unterstützung, oder sonst etwas bekommen sie nicht. Die Firma AKS Doma in Vorarlberg ist weltweit der erfolgreichste Hersteller von fassadenintegrierten Solarkollektoren mit einer Wachstumsrate von 100 Prozent. Das Unternehmen Fronius in Oberösterreich ist weltweit führender Hersteller von Wechselerrichtern für Fotovoltaikanlagen. Wachstumsrate 30 Prozent.

Natürlich, in jenen Bundesländern, wo die Rahmenbedingungen gut sind, dort siedeln sich solche Firmen an. Ich habe es gesagt, wir haben Güssing, das hegen und pflegen wir, und das ist das Feigenblatt, damit wir nicht mehr tun müssen und sagen, schaut her, wie super wir sind. Sucht den Vergleich mit den anderen Bundesländern.

Wie gesagt, bei diesen steigenden Ölpreisen wird mittlerweile auch das Autofahren zum Luxus der Besserverdienenden. Das Burgenland hat den höchsten Motorisierungsgrad in Österreich. Nicht weil die Burgenländer so autofanatisch sind, sie werden es, denn es ist die einzige Möglichkeit, damit sie mobil sind.

In Wien kommen auf 100 Leute 35 Autos. *(Abg. Ewald Gossy: Also bitte, das ist ein Vergleich.)* Dort gibt es ein gut ausgebautes öffentliches Verkehrsnetz. *(Abg. Willibald Stacherl: Man kann doch nicht Wien mit dem Burgenland vergleichen. - Unruhe bei der SPÖ)*

Das ist sehr wohl ein Verhältnis. Ich weiß natürlich, dass im ländlichen Raum, in einem ausgedünnten Raum so ein System nicht zur Verfügung stehen kann. Aber das Burgenland, Herr Landeshauptmann, hat im öffentlichen Verkehr den größten Einbruch aller Bundesländer und das heißt etwas. Ich habe es hier schon mehrmals gesagt und das sagen mittlerweile auch die Leute beim AMS. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Sechs Prozent Zuwachs bei der Neusiedler See Bahn.)*

Ja, die Neusiedler See Bahn ist ein gutes Beispiel dafür, wenn ich eine Struktur zur Verfügung stelle, dann wird sie auch genutzt. *(Landeshauptmann Hans Niessl: Warum sagen Sie dann gerade das Gegenteil?)* Wenn diese Struktur eine gute Struktur ist, wird sie auch genutzt. *(Abg. Christian Illredits: Wo ist da der Einbruch?)*

Aber, das ist ein Beispiel, Herr Landeshauptmann, das ist der Bezirk, in dem Sie wohnen, der ist super. Fragen Sie einmal, was in den anderen Bezirken ist? *(Abg. Kurt Lentsch: Der Neusiedler Bezirk ist super. - Beifall des Abg. Kurt Lentsch)* Wenn im Bezirk Jennersdorf, in Rudersdorf, jemand sagt, dort sollen die Menschen mit den öffentlichen Verkehrsmitteln fahren, fragen sie uns, in was für einer Welt lebt ihr? *(Unruhe bei der SPÖ)*

Im ganzen Burgenland gehen in Summe nämlich immer weniger Menschen zu Fuß, fahren immer weniger Menschen mit dem Fahrrad und immer weniger mit den öffentlichen Verkehrsmitteln. Das ist die Summe für das gesamte Burgenland.

Gesundheit und Lebensqualität werden auch damit beeinträchtigt. Denn auch Bewegungsmangel ist etwas, mit dem wir zu kämpfen haben.

Damit sind wir auch schon bei einem anderen Thema. Ich möchte vielleicht noch eines sagen, wie begegnet die Politik diesen Problemen? Heizkostenzuschuss, Erhöhung des Kilometergeldes, Erhöhung der PenderInnenpauschale? (*Abg. Mag. Georg Pehm: Heizkostenzuschuss, das ist eine soziale Maßnahme, Frau Kollegin.*) Ja, das ist wichtig und gut so.

Aber, das ist etwas, mit dem wir einzelne Menschen entlasten, das ist richtig, aber wir ändern nichts am System. Denn, was heißt denn das, Heizkostenzuschuss zu geben? Das heißt, die Menschen bleiben in dieser Abhängigkeit. Diese Abhängigkeit verändert sich nicht, das ist das Problem.

Stattdessen könnte man hergehen und sagen, okay, nehmen wir einmal ein bisschen Geld in die Hand, machen wir etwas, was sozial wichtig ist, bieten wir allen Menschen eine leistbare Heizung, die es sich heute nicht mehr leisten können. Wenn wir heute anfangen, sind es viel weniger Leute, als wenn wir morgen anfangen, dann sind es rasch doppelt so viele. Geben wir ihnen eine Chance.

Geben wir eine 70-, 80-prozentige Förderung für einen Heizkesseltausch, für einen Heizkessel auf Biomasse. Seit ich auf Pellets umgestellt habe, brauche ich nur noch einen Bruchteil von dem, was ich vorher gebraucht habe. Also, Biomasseheizungen auf Pelletsbasis zum Beispiel, sind für kleine Haushalte auch gut.

Hier eine Heizkesseltauschaktion, das würde eine Möglichkeit bieten. Wir haben ja jetzt alle zwei Gemeindevertreter hier sitzen von Rot und Schwarz. Vielleicht wäre das auch eine Möglichkeit, wo sich die Gemeinden ordentlich hineinschmeißen und hier einen echten sozialen Beitrag leisten können und ein echtes „Raus aus dieser Ölabhängigkeit“ und „Raus aus dieser Gasabhängigkeit.“

Was drehen sie den alten Leuten an? Meistens eine Stromheizung. Und die schauen dann erst, wenn sie diese einmal installiert haben und dann die Summen bezahlen müssen.

Da sind wir auch bei dem, ich habe in dieser Regierungserklärung im Jahr 2000 auch von einem umfassenden Landesenergiekonzept gehört, das haben wir zum Beispiel bis heute nicht.

Da sind wir auch bei der Problematik Feinstaub. Hier gibt es zum Beispiel im Umweltbereich jede Menge von verbalen Erklärungen und null Umsetzungen. Zum Beispiel Frau Landesrätin Dunst, Sie haben zum Thema Feinstaubüberschreitungen es nicht, sozusagen geschafft, hier einen Maßnahmenkatalog vorzulegen und auch Umsetzungen in die Wege zu leiten.

Sie haben hier zwar engagierte Leute, die auch das Wissen dazu haben, aber Sie haben in Wirklichkeit diese personellen Ressourcen nicht zur Verfügung gestellt. Jetzt möchte ich gar nicht Ihnen den Vorwurf machen, Frau Landesrätin.

Ich habe den Eindruck, Sie haben Bereiche, das geht im Frauenbereich genauso, wo Ihnen Ihre männlichen Kollegen zwar unheimlich viele wichtige Aufgaben zuteilen, und erwarten, dass Sie, so wie das für Frauen üblich ist, mit gutem fraulichen

Hausfrauengeschick, das lösen. Man kann nicht mit dem Geld für einen Erdäpfelschmarren ein zehngängiges Fünf-Hauben-Menü kochen. Das ist nicht möglich, das wissen wir. (*Landesrätin Verena Dunst: Das stimmt.*)

Und insofern möchte ich jetzt wirklich noch einmal hier sagen, ich will es gar nicht als Angriff jetzt auf Sie werten, unsere Angriffe, was die Luftgüte und die Klimaschutzpolitik anbelangen, Sie sind einfach mit Aufgaben überschüttet, wo es weder personelle noch finanzielle Ressourcen dazu gibt.

Und das ist etwas, was ich zutiefst verurteile. Da kann man anfangen, ob es die Energieberatung ist, ob es die Klimaschutzbeauftragte ist, es ist völlig egal, es werden hier Agenden und Aufgaben benannt und nichts zur Verfügung gestellt. Und dann wundert man sich, wenn nichts weitergeht. Wir werden das aber schonungslos aufgreifen. Frau Landesrätin, ich weiß nicht wie wir das lösen, Sie stehen als Verantwortliche da, und ich kann nicht die Beamten angreifen, ich kann nur Sie als politisch Verantwortliche angreifen. Wie gesagt, sehen Sie das nicht als persönlichen Angriff, ich muss mittlerweile sagen, dass Ihr Budget wirklich ein Hungerbudget ist.

Wie gesagt, der Umweltbereich ist ein Stiefkind dieser Regierung. Verbale Zuständigkeiten, verbale - wir sind, wir haben alles - und in Wirklichkeit passiert nichts.

UmweltgemeinderätInnen, Herr Landeshauptmann-Stellvertreter, Herr Landeshauptmann, am Anfang habt Ihr Euch fast gegenseitig abgeschossen mit Veranstaltungen für die UmweltgemeinderätInnen. Was ist dann passiert? Die Anfangseuphorie war da. Haben die Leute bis heute Ausbildungen, Fortbildungen, oder irgendetwas bekommen?

Ich bin Umweltgemeinderätin und habe keine einzige Einladung mehr seit der Anfangsphase bekommen. Da erwarte ich mir auch, dass Ihr Eure Zuständigkeiten hier wahrnehmt.

Oder, die Umwelt- und Energieberatung. Alle Institutionen im Burgenland sind mittlerweile der Meinung, das ist super.

Sie selbst, die Frau Landesrätin, und der Herr Landeshauptmann, haben die Umweltberatung vom Norden bis zum Süden und vom Süden nach dem Norden „geschliffen“. Haben gesagt, schaut her wie super, was es da gibt, aber „Ätsch“, steht euch nicht zur Verfügung, weil es das bei uns nicht gibt.

Das ist die Konsequenz. Es gibt ein fertiges Konzept, es gibt eine Lobby, die auch dahinter steht, aber sie ist offensichtlich nicht effizient genug. Der Herr Umweltanwalt ist heute da. Es war ein großes Bemühen von ihm, hier etwas weiterzubringen, es scheitert einfach am Willen dieser Regierung. Es ist kein Euro dafür da.

Es werden einzelne Projekte zugekauft, die bekommen dann eben Gemeinden, die sich am besten darum bemühen. Ich habe meinen Bürgermeister damals gebeten, habe gesagt, bitte reiß dich darum, dass wir auch ein Projekt bekommen, aber das ist dann der Willkür überlassen, wenn drei Projekte verteilt werden.

Wie gesagt, ein bisschen enttäuschend diese Regierungserklärung heute, nicht die großen Visionen, die wir uns erwartet haben, nicht im Hinblick auf die soziale Frage, nicht im Hinblick auf die Arbeitsplatzsituation, nicht im Hinblick auf die ökologische Frage, auf

die großen Herausforderungen der Gesellschaft, der Zukunft. Es ist eine Fortschreibung des bisherigen Kurses. Ein bisschen hier, ein bisschen da, ein bisschen verbal. Und wie gesagt, wir sind in vielen Bereichen Schlusslicht. Das ist auch ein Zustand, den wir nicht verleugnen dürften. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Auch als Grüne.)*

Es könnte aber vielleicht auch ein Vorteil sein, dass wir wo Schlusslicht sind. Beim Transit sind wir noch Schlusslicht, da können wir vielleicht von den Tirolern lernen. In Tirol lässt sich keine Autobahn mehr bauen. Dem Landeshauptmann würden die Menschen die Ohren abschneiden.

Also, wie gesagt, keine Visionen, *(Abg. Ewald Gossy: Verbal sehr brutal.)* vielleicht ist es eine Chance umzudenken und vielleicht die Regierungserklärung in den nächsten fünf Jahren ein bisschen abzuändern.

In diesem Sinne, das ist unsere Meinung zu dieser Regierungserklärung. *(Beifall bei den Grünen)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Johann Tschürtz das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Johann Tschürtz (FPÖ): Herr Präsident! Werte Damen und Herren Abgeordnete! Das Burgenland ist im Fußballfieber. Das SPÖ-Team siegt und ein neues Trainingsprogramm ist erarbeitet. Das neue Trainingsprogramm und das Spielkonzept beinhaltet die Fusion der reichsten Vereine. Kotrainer Franz Steindl freut sich wieder im Team zu sein.

Nachdem er vorher gewettert hat, dass zu viele Rote in der Mannschaft sind, und es somit eine rote Übermacht gibt, nimmt er nun doch wieder genüsslich auf der Betreuerbank Platz. Dass jetzt noch mehr rote Spieler in der Mannschaft sind, ist ihm egal.

Sehr geehrte Damen und Herren, das rot-schwarze Team steht. Und nach der Regierungserklärung, die heute und hier präsentiert wurde, könnte man fast meinen, wir befinden uns in Dubai. So hat sich das angehört. Und wenn ich nun ins Detail kommen darf, dann bin ich schon sehr gespannt, wie das Fondsmodell ausschauen wird, das nach der Ziel 1-Förderung als Hauptwirtschaftsfaktor sozusagen in das Leben gerufen wird. Denn ich bin überzeugt davon, dass es bei diesem Fondsmodell die absolute Anzapfung der Wohnbauförderung geben wird.

Und es wird einen Jobmotor für die heimische Wirtschaft geben, so sagt man, aber ich bin überzeugt davon, dass in erster Linie einmal die Wohnbauförderung massiv angezapft wird, aber wir kennen das Fondsmodell noch nicht. Es wurde heute nur „Dubai“ präsentiert. Aber ich bin schon neugierig, wie dann im Endeffekt die Situation aussieht.

Es wäre wichtiger, anstatt die Wohnbauförderung anzuzapfen, das Geld für die Unterstützung unserer 36.000 armutsgefährdeten Menschen aufzubringen. Es wäre schon alleine interessant und wichtig, wenn man nur unsere armutsgefährdeten Burgenländer anpassen würde an die Ausländerunterstützung.

Hier gibt es zum Beispiel für jemanden der in Österreich um Asyl ansucht 200 Euro Mietzinsbeihilfe. (*Abg. Ewald Gossy: Sie sind fünf Jahre in der Regierung gesessen.*) Das gibt es, so etwas gibt es, das ist eine Tatsache. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Soll er unter der Brücke wohnen?*) Das kann man auch nicht wegwischen.

Ich habe das sogar hier, von der Bezirkshauptmannschaft Oberpullendorf, Mietzinsbeihilfe 200 Euro und sogar noch zusätzlich die Höhe einer notwendigen Geldleistung im Monat von 715 Euro.

Wenn ich daran denke, dass es im Burgenland 36.000 armutsgefährdete Menschen gibt, dann kann man auch erkennen, dass es insofern nicht sehr gerecht zugeht, wenn heute ein Ungar in Österreich arbeitet, er nur geringfügig beschäftigt ist und seine Frau bei ihm mitversichert ist, als Ungarin, dann bekommt er das Kinderbetreuungsgeld in Form von 436 Euro ausgeschüttet in Ungarn.

Zusätzlich bekommt er noch eine Familienbeihilfe, wenn man von zwei Kindern ausgeht, von 220 Euro. Und das derzeitige Durchschnittseinkommen in Ungarn liegt bei 350 Euro. Da kann man ganz klar erkennen, wie sehr durch die EU unsere Burgenländer benachteiligt sind. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Das Anti-EU-Volksbegehren gehen Sie wieder an?*) Das kann man ganz klar erkennen.

Das Anti-EU-Volksbegehren, das wird kommen. Und Sie werden sich noch anschnallen müssen, Herr Abgeordneter von der ÖKO-Partei. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Fußfessel.*)

Ich sage auch, die Freiheitliche Partei ist die einzige Partei, die das auch anspricht. Ich weiß schon, und darauf bin ich auch stolz, es gibt allein im Burgenland schon 10.000 ausländische Beschäftigte. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Gott sei Dank.*) Und alleine diejenigen ausländischen Beschäftigten, die jetzt beim AMS gemeldet sind, die sind um 42 Prozent gestiegen.

Wenn ich jetzt zusammenrechne, wie viele Burgenländer arbeitslos sind, oder nicht die Möglichkeit haben, im Burgenland beschäftigt zu sein, dann habe ich als arbeitslos vorgemerkt 6.500, in Kursen versteckt 1.200 und 43.000 Pendler.

Das heißt, rund 51.000 Burgenländer haben im Burgenland keinen Job, das ist einfach so. Und wenn ich noch einmal zurückkommen darf, sozusagen weil die Frau Abgeordnete Krojer davon gesprochen hat, die FPÖ wird sich jetzt massiv rechts positionieren. Es gab ein Treffen von Rechtsdemokraten aus neun Nationen in Österreich, unter anderem war auch die stärkste Partei aus Belgien anwesend. Die Rechtsdemokraten haben sich in Wien getroffen. Ich bin stolz darauf - und das steht auf jeden Fall fest - stark Heimat verbunden zu sein. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Heimat verbunden hat nichts mit Rechtsradikalismus zu tun!*)

Die Grünen haben vorher von den Windrädern gesprochen. Ich sage Ihnen, Windräder gibt es nicht erst seit die Grünen hier im Landtag sind, sondern Windräder gibt es schon länger. Das erste Windrad im Burgenland ist zum Beispiel in Halbtorn entstanden. Das hat damals der Herr Dr. Stefan Salzl als Bürgermeister aufgestellt. Das ist einfach so, das sind Daten und Fakten.

Wenn ich jetzt noch einmal auf die Regierungserklärung zurückkommen darf, so kommt dort massiv zur Sprache, dass es höhere Sozialleistungen gibt. Es gibt sechs

Technologiezentren und so weiter und so fort. Man darf aber nicht vergessen, dass die Sozialleistungen, die hier im Land gepriesen werden, den Gemeinden verrechnet werden. Das heißt, die Sozialleistungen der Gemeinden steigen um zirka 30 Prozent. Die Bürgermeister werden wissen, dass die Gemeinden jetzt um zirka 30 Prozent mehr an Sozialleistungen zu entrichten haben. Das ist schon eine massive Summe. Das heißt, man schiebt die Verantwortung weg und gibt sie den Gemeinden.

Wenn man schon von sechs Technologiezentren spricht und von diesem unglaublichen „Dubai-Aufschwung“, dann muss man auch erkennen, dass es im Burgenland jetzt mehr Pendler denn je gibt. Es gibt 43.000 Pendler, es gibt gesteigerte Arbeitslosigkeit im Burgenland und es gibt im Bereich der Ausländerbeschäftigung einen Anstieg von 30 Prozent. Das ist schon enorm. Ich glaube, wenn man schon davon ausgeht, dass man 1.000 neue Arbeitsplätze im Burgenland errichten möchte, dann sollte man schon schauen, dass diese Arbeitsplätze für unsere Burgenländer da sein werden und nicht für Ausländer. Bei allem Lob, darf man aber auch nicht vergessen: Wo bleibt die Lohnanpassung für Frauen? Gleicher Lohn für gleiche Arbeit. Es ist einfach so, dass das Burgenland absolut an letzter Stelle ist.

Ein Bereich ist mir auch noch wichtig anzuführen, ein Bereich der heute nicht erwähnt wurde, aber er ist mir deshalb sehr wichtig, weil ich im Wahlkampf immer darauf angesprochen wurde. Auch gestern wurde ich wieder darauf angesprochen. Wenn heute jemand alt wird und nicht die Möglichkeit hat zu Hause alt zu werden, dann hat er nur eine Möglichkeit, in ein Altersheim zu kommen oder in ein Pflegeheim. Die Kosten, liebe Freunde, in einem Altersheim, in einem Pflegeheim im Burgenland, sind so dramatisch hoch, dass sich das eigentlich niemand leisten kann. Niemand kann es sich heute leisten, jemanden in ein Pflegeheim oder in ein Altersheim zu geben. *(Abg. Kurt Lentsch: Warum sind die Heime dann voll?)* Das muss man auch einmal ansprechen. Ich weiß, dass das niemand anspricht, aber es ist einfach so. *(Abg. Kurt Lentsch: Warum sind die Heime dann voll?)*

Die Heime sind schon voll, aber wir wissen ganz genau, dass bis zu den Grundbuchsauszügen alles Mögliche herangezogen wird, um im Endeffekt noch Geld heranzutreiben. Das heißt, es gibt absolut zu hohe Pflege- und Altersheimkosten im Burgenland, absolut. Das heißt, auch hier müsste einmal der Hebel angesetzt werden. Ich bin schon auf Euren Fonds gespannt, den die ÖVP gemeinsam mit der SPÖ präsentieren wird. Diesen Fonds werden wir uns genau ansehen, denn ich glaube es wäre besser, das Geld für Altersheime und für Pflegeheime zu verwenden, damit die Menschen die Möglichkeit haben, ihre Eltern billiger unterzubringen. Sie haben selbst nicht einmal die Möglichkeit anständig zu leben, weil die Altersheime und Pflegeheime so teuer sind.

Genau den gleichen Bereich finden wir im Schulsystem, im Fachhochschulsystem. Das heißt, im Burgenland gibt es eine Fachhochschule und jeder der ins Burgenland kommt kann kostenlos studieren. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Sie haben die Studiengebühr eingeführt! - Beifall des Abg. Mag. Josko Vlasich)* Nicht wir, nicht wir, die ÖVP und die derzeitige BZÖ. Deshalb hat es auch die Trennung gegeben. *(Allgemeine Heiterkeit)* Ich weiß schon, dass Sie das nicht hören wollen. Ich möchte aber doch hinzufügen, ich glaube schon, dass diejenigen, die hier sitzen die politische Situation kennen und wissen, was inzwischen passiert ist.

Aber egal, wie auch immer, das ist ein burgenländisches Problem. Wenn heute das Burgenland die Fachhochschule kostenlos zur Verfügung stellt, dann sollten wir auch

jenen Burgenländern die Möglichkeit geben, kostenlos an einer Universität zu studieren. Ich finde es absolut nicht für richtig, dass hier die größte Anzahl an Nichtburgenländern kostenlos studieren und unsere eigene Jugend muss an der Universität Studiengebühren zahlen. Wenn man sich das Regierungsprogramm dieses Fußballteams anschaut - denn es war modern im Wahlkampf in der Fußballsprache zu sprechen, das ist anscheinend ein Spiel -, dann wird es keinen Privilegienabbau geben, sondern es wird einen Aufbau von Privilegien geben.

Denn es ist ganz klar erkennbar, dass nun das Land erst recht so richtig zwischen Rot und Schwarz aufgeteilt wird. Das kann man beim Müllverband erkennen. Dort gibt es nicht nur zwei Geschäftsführer, sondern schon drei. Das heißt, dieser „Privilegienstadl“ wird jetzt immer mehr und mehr aufgeführt werden. Das heißt, jetzt geht es erst so richtig los.

Wie ich aus dem Bereich Sicherheit in der Regierungserklärung vernehmen konnte oder wie vorgelesen wurde, dass sich die Situation in Frankreich in Österreich nicht abspielen wird, dann kann ich dazu sagen, dass man schon aufpassen muss. Denn wenn ich mir nur zwei Zahlen vor Augen führe und das sind zwei Zahlen von zwei Ländern die die deutsche Sprache sprechen, Deutschland und Österreich, und mir das wirklich definitiv so zu Gemüte führe, dann ist das ebenfalls erschreckend. In Deutschland gibt es 960 Asylanten pro Jahr. Das heißt, in dem großen Deutschland gibt es die Anerkennung von 960 Asylanten pro Jahr. In Österreich gibt es um die 5.000 Asylanten.

Wenn ich nun auch im Burgenland einige Beispiele hernehme, man muss auch dieses Problem ansprechen, man darf die Situation nicht einfach so dahinlaufen lassen. Ich spreche definitiv auch eine Ortschaft an, zum Beispiel Neudörfel. Im Wahlkampf war ich in Neudörfel unterwegs. Ich habe in keinem Wohnblock mehr Österreicher als Ausländer gefunden. In jedem Wohnblock in Neudörfel findet man 60, 70 Prozent Nichtösterreicher. *(Abg. Gabriele Arenberger: Für Neudörfel ist das kein Problem!)*

Genau dieses Problem, Frau Abgeordnete, muss man ansprechen. Das kann man nicht auf die Seite schieben. Genau dieses Problem gehört angesprochen. Wenn man auch weiß, dass zwei Drittel aller inhaftierten Rechtsbrecher Nichtösterreicher sind, dann muss man auch das ansprechen. Auch das darf man nicht verheimlichen. Das heißt, in Eisenstadt sind mehr Nichtösterreicher im Gefängnis als Österreicher, obwohl der Prozentanteil natürlich massiv geringer ist.

Wir müssen auch in der Kriminalitätssteigerung, die ganz offensichtlich im Burgenland zu erkennen ist, Gegenstrategien vorantreiben. Ich könnte mir DNA-Proben, für alle die nach Österreich kommen, vorstellen. Aber das ist ein Thema für die nächste Landtagsarbeit, in Bezug auf Anträge für die Bundesregierung. Jeder der nach Österreich kommt, soll sich einer DNA-Probe unterziehen, das wäre sicher eine Präventivwirkung. Damit könnte man der Kriminalitätssteigerung insofern vorher schon ein bisschen entgegenwirken, weil jeder dann ganz genau weiß, ich habe eine DNA-Probe ablegen müssen, ich muss vorsichtig sein, wenn ich etwas anstelle.

Abschließend zur Bank Burgenland. Ich glaube man sollte über die Bank Burgenland wirklich nicht mehr sehr viel sprechen, denn es gab - trotz dem größten Bankenskandal den es je gegeben hat - für die SPÖ 52 Prozent. Ich bin überzeugt davon, wenn es noch einmal so einen ähnlichen Skandal in dieser Dimension geben würde, dann würde die SPÖ wahrscheinlich auf 60 Prozent in die Höhe schmalzen. Davon bin ich

felsenfest überzeugt. Aber damit möchte ich mich gar nicht länger aufhalten, denn dieses leidige Thema „Bank Burgenland“ ist ein Thema, das absolut nicht verständlich ist. Ich glaube, das versteht keiner. Aber es ist einfach so und es soll so sein.

Als Obmann des Kontrollausschusses möchte ich noch zukünftig eine Novelle des Rechnungshof-Gesetzes vorantreiben. Es wird auch wichtig sein, den Ausschuss aufzuwerten. Es werden auch in nächster Zeit wieder Prüfberichte zu erwarten sein. Das heißt, das Instrument des Kontrollausschusses gehört auf jeden Fall gestärkt, denn bei 52 Prozent und einem so hervorragendem „rot-schwarzen Einheitsteam“, braucht man einfach Kontrolle, das ist einfach notwendig. *(Beifall bei der FPÖ)*

Präsident Walter Prior: Ich erteile nunmehr Herrn Abgeordneten Ing. Rudolf Strommer das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Ing. Rudolf Strommer (ÖVP): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Knapp sieben Wochen nach der Landtagswahl vom 9. Oktober dieses Jahres, haben wir nunmehr die Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes gehört, die nunmehr diskutiert wird. In sehr ausführlicher Art und Weise hat der Herr Landeshauptmann 19 Seiten dieser Regierungserklärung vorgetragen. Meine Vorredner sind in manchen Bereichen sehr ausführlich darauf eingegangen. Viele, die heute in der Früh Radio Burgenland gehört haben, haben schon gehört, was heute in dieser Regierungserklärung gesagt werden wird. Das war auch so.

Bevor ich auf die Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes eingehe, möchte ich noch auf die vergangene Landtagswahl eingehen, meine sehr geehrten Damen und Herren. Seit dem 9. Oktober 2005 hat sich doch einiges verändert in diesem Hohen Haus, wenn auch „nur“ zwei Mandate sozusagen gewandert sind. Vor der Landtagswahl waren vier Parteien in diesem Hohen Haus vertreten und auch jetzt, nach der Landtagswahl, sind wieder vier Parteien in diesem Hohen Haus vertreten. Zwei dieser Parteien wurden vom Wähler geschwächt, die Grünen mit einem Minus von 0,28 Prozent und die FPÖ, die halbiert wurde. Wir kennen die Gründe, ein Minus von 6,88 Prozent. Beide Parteien erreichten knapp über fünf Prozent. Sie sind mit je zwei Mandaten in diesem Haus vertreten.

Zwei Parteien, meine sehr geehrten Damen und Herren, wurden vom Wähler gestärkt, die eine mehr gestärkt, die andere weniger gestärkt. Mit einem entsprechenden Stimmenplus hat die SPÖ auch zwei Mandate mehr erreicht. Die ÖVP hat ein Plus von 1,05 Prozent erreicht, die SPÖ hat weit mehr dazugewonnen. Das hat zur Folge, meine sehr geehrten Damen und Herren, dass erstmals seit dem Jahr 1987, als Theodor Kery hier abgewählt wurde, wieder eine Partei die absolute Mehrheit hat. Die absolute Mehrheit im Ausschuss, die absolute Mehrheit im Landtag und die absolute Mehrheit in der Regierung. Somit hat sich vorerst das freie Spiel der Kräfte überlebt, meine sehr geehrten Damen und Herren. Die Grünen, die Frau Kollegin Krojer hat das heute auch betont, haben gemerkt, dass sie von der SPÖ nicht mehr gebraucht werden.

Ein Wahlziel hat meine Partei erreicht. Wir wollten stärker werden, wir sind leicht stärker geworden. Das zweite Wahlziel, eine absolute SPÖ-Mehrheit im Landtag zu verhindern, konnten wir nicht alleine erreichen, dazu hätte es der Hilfe der anderen im Landtag vertretenen Parteien bedurft. Die hatten aber mit sich selbst zu tun und zu

kämpfen, ich habe die Gründe schon geschildert. Meine sehr geehrten Damen und Herren, entsprechend der gesetzlichen Bestimmungen wurde die Landesregierung hier in diesem Hohen Haus gewählt.

Die Landesregierung bestand vor der Landtagswahl aus vier Mitgliedern der SPÖ und drei Mitgliedern der ÖVP und sie besteht auch nach der Landtagswahl aus vier SPÖ-Regierungsmitgliedern und drei ÖVP-Regierungsmitgliedern. Mit dem Unterschied, den ich vorhin schon geschildert habe, dass jetzt die Partei die vorher und auch jetzt in der Regierung die absolute Mehrheit hatte und hat, jetzt auch im Landtag und in den Ausschüssen die absolute Mehrheit hat.

Meine sehr geehrten Damen und Herren, der Landtag besteht daher aus zwei Oppositionsparteien mit je zwei Mandaten der Freiheitlichen und der Grünen und zwei Regierungsparteien, die, die einen mehr, die anderen weniger, aber beide doch mit einem Gestaltungsauftrag des Wählers ausgestattet wurden. Für mich, für meine Partei, für die Österreichische Volkspartei, meine sehr geehrten Damen und Herren, darf ich sagen, dass wir diesen Wählerauftrag, diesen leicht gestärkten Gestaltungsauftrag, annehmen.

Wir, die Österreichische Volkspartei, wir werden uns auch so wie in der Vergangenheit im Landtag und in der Regierung zum Wohle dieses Landes entsprechend einbringen, meine sehr geehrten Damen und Herren. *(Beifall bei der ÖVP)*

Wenn man das Wahlergebnis genau analysiert - und wir sehen diesen Wählerauftrag auch so - so werden wir zusätzlich zu unserem Regierungs- und Gestaltungsauftrag, bedingt durch die Tatsache, dass die Regierungspartei eben diese absolute Mehrheit nunmehr auch im Landtag hat, die notwendige Kontrolle ausüben. Freiheitliche und Grüne werden das nicht können, weil diese Parteien aufgrund des Wahlergebnisses weder in Ausschüssen, noch in der Regierung vertreten sind. Dieser, unserer Verantwortung sind wir uns bewusst. Wir nehmen diesen Regierungs- und Gestaltungsauftrag des Wählers an und werden darüber hinaus das Kontrollelement im Ausschuss, im Landtag und in der Regierung sein. *(Beifall bei der ÖVP)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Im Bewusstsein um diese Verantwortung haben wir, die Österreichische Volkspartei, nach der Landtagswahl selbstverständlich mit allen im Landtag vertretenen Parteien Gespräche geführt, weil in der Politik einzig und allein durch Verhandlungen, durch Gespräche, Fortschritte erzielt werden können. Gespräche, Verhandlungen können erfolgreich sein, sie können aber auch scheitern.

Nicht verstehen, meine Damen und Herren, kann ich aber, dass manche der handelnden Personen Gespräche von vornherein beziehungsweise medienwirksam abgesagt haben. Eigentlich haben sich diese selbst aus dem Spiel genommen. Wir jedenfalls, wir haben dieser neuen Situation Rechnung getragen, unsere schon betonte Verantwortung wahrgenommen und in langen Verhandlungsgesprächen, die oftmals dem Scheitern näher waren als dem Abschluss, im Interesse der positiven Entwicklung in unserem Heimatland Burgenland im Rahmen einer Kooperationsvereinbarung mit der SPÖ, unsere Bereitschaft zur Gestaltung, zur Mitgestaltung in diesem Land festgeschrieben.

Bevor ich darauf eingehe, meine sehr geehrten Damen und Herren, möchte ich doch zur geltenden Landesverfassung, speziell zum Verhältniswahlrecht in Bezug auf die Regierungsbildung Stellung nehmen. Vor allem was die Diskussion der Klubobleute in der

Wochenzeitung Bezirksblatt betrifft. Ich habe mir das Bezirksblatt der Vorwoche herausgesucht. Im Prinzip sagt die Kollegin Krojer von den Grünen: „Dieses Verhältniswahlrecht“ - zumindest steht das unter ihrem Foto so - „ist gar nichts Gescheites.“ Der Kollege Tschürtz meint gar: „Es ist ein mehrfacher Wahnsinn!“ Warum eine Verfassungsbestimmung im Burgenländischen Landesrecht ein mehrfacher Wahnsinn sein soll, weiß ich nicht. Der Kollege Illedits meint, dass dieses Verfassungswahlrecht, dieser Proporz, nicht notwendig ist. Hätten wir das nicht, wären hier sieben SPÖ-Regierungsmitglieder. Er ist der Einzige, den ich von seiner Ausgangslage her verstehe. *(Abg. Christian Illedits: Es steht aber noch etwas dort! Lies alles vor!)*

Meine sehr geehrten Damen und Herren! „Nicht notwendig ist der Proporz für Christian Illedits“, steht hier. Ich habe die Zeitung nicht geschrieben, aber ich bin überzeugt, dass der Herr Redakteur, der das recherchiert hat, das sehr genau gemacht hat. Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Verhältniswahlrecht ist ein Wahlrecht, das auf allen Ebenen dazu dient, dass Mandate und Einflussbereiche, je nachdem wie eine Partei vom Wähler gestärkt wurde, gesichert werden. Wir berechnen die Gemeinderatsmandate und die Gemeindevorstandsmandate aufgrund dieses Verhältniswahlrechts. Wir berechnen die Mandate der Mitglieder der Burgenländischen Landesregierung aufgrund dieses Verhältniswahlrechts und zwar in dem Ausmaß, dass eine bestimmte Partei die durch Stimmen vom Wähler gestärkt wurde, auch die entsprechende Verantwortung zu tragen hat.

Was hier daran schlecht sein soll, meine sehr geehrten Damen und Herren, oder ein Wahnsinn sein soll, weiß ich nicht. Ich verstehe auch die Grünen, wenn sie ihre Haltung, die sie zutage tragen, hier auch einnehmen. FPÖ und Grüne können nur bei der Abschaffung des Verhältniswahlrechts in der Landesregierung entsprechende Funktionen erhalten. Durch eigene Kraft und Stärke ist das nicht möglich. Das, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist der wahre Grund. Dem Kollegen Illedits habe ich schon gesagt, dass ich ihn verstehe, wenn er das so ausspricht, wie das in den Zeitungen wiedergegeben wird.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Nun zu den Aussagen des Herrn Landeshauptmannes zur Regierungserklärung. Ich habe mir das sehr genau angehört, ich habe sehr genau mitgelesen. Die Regierungserklärung umfasst 19 Seiten. Ich bin dem Christian Sagartz sehr dankbar, der natürlich als einziger Vertreter der Jugend hier in diesem Haus ein besonderes Sensorium für Innovationen und Visionen, die die Jugend betreffen, entwickelt hat. Ganz klar, er ist Landesobmann einer der größten Jugendorganisationen des Landes.

Herr Landeshauptmann, Sie haben in Ihrer Regierungserklärung das Wort Jugend nicht erwähnt, nur einmal im Zusammenhang mit Arbeitslosigkeit, bei der Jugendarbeitslosigkeit. An einer anderen Stelle haben Sie gesagt, dass der Bund die Verantwortungen auf die Länder abwälzt und die Länder dann diese neuen Aufgaben entsprechend finanzieren müssen. Sie loben das Projekt „Jobtimismus“ in Ihrer Regierungserklärung. Ich darf Sie daran erinnern, sehr geehrter Herr Landeshauptmann, dass das Projekt „Jobtimismus“ mit massiven Geldern des AMS, des Arbeitsmarktservices, entsprechend unterstützt wird. Das Projekt auf Bundesebene heißt „Jobs for Youth“, wenn ich richtig informiert bin. Das heißt, mit den Mitteln, die aus dem Ressort Bartenstein über das AMS den Ländern zur Verfügung gestellt werden, wird im Burgenland das Projekt „Jobtimismus“ gemacht. Hier zu sagen, der Bund kommt seiner

Verpflichtung nicht nach, stimmt ganz einfach nicht, sehr geehrter Herr Landeshauptmann. Das steht zwar nicht wortwörtlich in Ihrer Regierungserklärung, es könnte aber sein, dass manche das so suggeriert sehen und so suggeriert bekommen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Der Herr Landeshauptmann hat gesagt, dass alle Parteien eingeladen sind, in diesem Land gestalterisch mitzuarbeiten. Wir werden diese Einladung annehmen, weil wir der Meinung sind, dass alle positiven Kräfte für dieses Land auch entsprechend arbeiten sollen. Wenn der Herr Landeshauptmann in der Regierungserklärung, die mir auch schriftlich vorliegt, sagt, dass in den letzten zehn Jahren Ziel 1-Fördermittel so entsprechend gut investiert wurden, dass es für das wirtschaftliche Fortkommen des Landes im Bereich Wirtschaft, Weinbau und so weiter eine tolle Sache ist und eine gute Sache war, dann freut uns dieses Lob, weil die ÖVP-Regierungsmitglieder zu nahezu 80 Prozent diese Fördermittel entsprechend verwaltet und anscheinend auch, Gott sei Dank, richtig eingesetzt haben. Ob das im Bereich Tourismus oder im Bereich Weinbau ist, die hier entsprechend erwähnt wurden.

Ich bin den Vorgängern der beiden jetzt zuständigen Regierungsmitglieder und den jetzigen beiden Regierungsmitgliedern, der Landesrätin Michaela Resetar und dem Landesrat Niki Berlakovich dankbar, wenn sie diese Projekte, die so in die Wege geleitet wurden, auch weiter fortführen werden. Ein großes Lob an die bisherigen Vorgänger. *(Beifall bei der ÖVP)*

Der Herr Landeshauptmann zitiert in dieser Regierungserklärung auf Seite zwei ganz unten die aktuelle WIFO-Studie. Das Burgenland war Anfang der 90er-Jahre im Hinblick auf Beschäftigung und Wertschöpfung das wachstumsstärkste Bundesland. Das ist richtig. Nächster Satz: Seit dem Jahr 2002 geht es bergab. Sehr geehrter Herr Landeshauptmann! Hier müssten wir die Statistiken zu Ende lesen, beziehungsweise zu Ende weiterführen, die hier zitiert werden. Das Projekt „Jobtimismus“ wurde schon angesprochen. Sie wollten 1.000 Arbeitsplätze pro Jahr schaffen. Wir werden Sie dabei unterstützen, sehr geehrter Herr Landeshauptmann. Wir werden alle positiven Kräfte aufbringen, die den Wirtschaftsstandort Burgenland sichern, Arbeitsplätze vor Ort schaffen und bestehende Arbeitsplätze sichern. Wir werden Sie unterstützen.

Wir werden aber nicht zulassen, dass auf dem Rücken von arbeitssuchenden Menschen ein ideologischer Streit ausgetragen wird, wo die ausländischen Arbeitskräfte, Saisoniers, für eine mögliche hohe Arbeitslosigkeit im Burgenland verantwortlich gemacht werden. Hier soll ein parteipolitisches Problem konstruiert werden.

Sie sind nicht im Stande, das Problem innerhalb Ihrer eigenen Partei, innerhalb der SPÖ, zu lösen. Denn mit Ihrer Regierungserklärung heute, haben Sie eigentlich Ihrem Landesobmann des Sozialistischen Wirtschaftsverbandes, dem Herrn Hackl, im wahrsten Sinn des Wortes, das „Hackl ins Kreuz“ gehauen. Der Herr Hackl fordert den Abbau aller Hemmnisse, damit ausländische Arbeitskräfte, vor allem ungarische Arbeitskräfte, Saisoniers, ohne viel bürokratischen Aufwand bei uns beschäftigt werden können. Dieser Antrag wurde im Prinzip im Wirtschaftsparlament einstimmig beschlossen, übrigens auch mit den Stimmen der Freiheitlichen, Herr Kollege Tschürtz.

Dieser Antrag des Sozialistischen Wirtschaftsverbandes wurde angenommen. Auf der anderen Seite sagt der Herr Landeshauptmann, dass die ausländischen Arbeitskräfte für die hohe Arbeitslosigkeit hier im Burgenland verantwortlich sind. Sehr geehrter Herr

Landeshauptmann, klären Sie das innerhalb Ihrer Partei und dann werden wir uns die Sache noch einmal anschauen, wenn ich das so sagen darf.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das Thema „Bank Burgenland“ hat der Herr Landeshauptmann ganz als Letztes angesprochen. Mit diesem Problem haben wir schon zu kämpfen. Richtigerweise und fairerweise hat der Herr Landeshauptmann mit klaren Worten gesagt, dass wir beträchtliche finanzielle Mittel zur Begleichung der Haftungen aufbringen werden müssen.

Ich habe diese Historie der Bank Burgenland in diesem Hohen Haus miterlebt. Ich war damals im Untersuchungsausschuss. Wir haben damals klar festgestellt, wie hoch die Verbindlichkeiten des Landes sind. Sie sind seit dem Amtsantritt des Herrn Landeshauptmannes nicht nur nicht kleiner geworden, sondern sie haben sich nahezu verdoppelt. Wir haben im Wahlkampf den Rohbericht des Rechnungshofes entsprechend debattiert.

Die Frau Kollegin Krojer hat sich bei dieser Debatte rund um die Bank Burgenland entsprechend positiv eingebracht. Ich stehe nicht an, sehr geehrte Frau Kollegin, Ihnen ein Kompliment für Ihre Arbeit, die Sie in Bezug auf Kontrolle, auf Aufklärung, dieses „Hinterzimmerdeals“, der damals geplant war, der dann schlussendlich doch auch mit den Stimmen der Freiheitlichen ... *(Abg. Mag. Georg Pehm: Das ist vorbei, Herr Klubobmann!)* Ich glaube Ihnen schon, dass Ihnen das unangenehm ist, Herr Kollege Pehm, aber aufgrund dieser Vorgangsweisen der letzten Jahre sind wir in der Situation, dass wir mit diesen finanziellen Mitteln, die wir zur Abdeckung des Schadens aufbringen müssen, noch große Schwierigkeiten haben werden.

Wir, die Österreichische Volkspartei, sind zwar nicht dafür verantwortlich, dass dieser Schaden entstanden ist, wir haben uns aber im Interesse des Landes immer dazu bekannt und werden uns immer bekennen, dass dieses Debakel in einer Art und Weise entsprechend gelöst werden kann, die auch für das Landesbudget verträglich ist. Die Gründung der BELIG ist nicht überall auf Gegenliebe gestoßen. Wir haben das Gründen der BELIG nicht deshalb mitgetragen, weil wir davon überzeugt sind, dass es eine so tolle Sache ist, aber es ist die einzige Möglichkeit. Es ist die einzige Möglichkeit ein finanzielles Chaos innerhalb des Landes hintanzuhalten.

Schlussendlich, meine sehr geehrten Damen und Herren, von den 19 Seiten Regierungserklärung hätte ich mir eigentlich mehr erwartet, auch das muss ich sagen, weil wir viel mehr Dinge besprochen haben. Wir als ÖVP nehmen diesen Gestaltungsauftrag an. Wir werden diesen Auftrag des Wählers einerseits in der Regierung, andererseits aber auch in der Kontrolle wahrnehmen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Präsident Walter Prior: Als nächstem Redner erteile ich Herrn Abgeordneten Christian Illedits das Wort.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Lassen Sie mich eingangs zu meinen Vorrednerinnen und -rednern kurz Stellung nehmen. Der Kollege Strommer hat natürlich richtigerweise bestätigt - und dies wussten wir schon seit dem Abend des 9. Oktober 2005 -, dass sich die Mehrheitsverhältnisse hier im Hohen Haus verändert haben. Die Absolute hier im Landtag ist seitens der SPÖ gewährleistet. In den Ausschüssen war dies auch schon vorher der Fall, das ist kein

Novum und nichts Neues. Wenn Sie mit der Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes nicht zufrieden sind und einige Dinge hier doch in Kritik stellen, dann nur einiges zum Korrektiv und zum Umgang mit freier Meinungsäußerung und Legitimation zur Willenskundgebung auch in schriftlicher Form in der sozialdemokratischen Bewegung.

Wenn die Wirtschaft Forderungen aufstellt, dann ist das legitim. Wenn dies seitens des Sozialdemokratischen Wirtschaftsverbandes passiert, dann ist das ebenso legitim. Wenn sie glauben, damit ihre Interessen bestmöglich zu vertreten, dann werden sie das auch tun. Wir aber, als Sozialdemokratische Partei, werden dazu immer so Stellung nehmen und versuchen auch in Zukunft hier einen Konsens zu finden, damit wir auf keinen Fall die wirtschaftlichen Interessen des Burgenlandes und auf keinen Fall den Arbeitsmarkt gefährden und schon gar nicht etwas unterstützen, was die Situation der Arbeitslosen im Burgenland noch negativer darstellen lässt. Das werden wir sicher nicht zulassen.

Aber es wird Möglichkeiten geben, gemeinsame Vorschläge zu erarbeiten. Wir haben niemals gesagt, dass das Grenzgängerübereinkommen einzig und allein schuld ist an der Arbeitslosigkeit im Burgenland. Wir haben nur gesagt, es ist mit schuld, dass sich hier die Situation triste darstellt. Und die Schuldzuweisungen im Bank Burgenland-Skandal sind schlichtweg Kindesweglegung. Sie haben das im Jahr 2000 ohnehin erfolglos schon einmal probiert. Und ich denke, das sollte Ihnen aus dieser Zeit noch Denkkzettel genug sein.

Wenn Sie sich Jobtimismus unbedingt hier unter den Nagel reißen wollen oder als Förderschiene des Bundes bezeichnen, dann muss ich Ihnen sagen: 800.000 Euro seitens des Landes sind nicht wenig, und der ESF-Anteil ist 559.000 Euro. So sieht also die Finanzierung des Bundes aus: Null! Und das, was Sie meinen, das gibt es auch. Und das ist lobenswert, aber das heißt nur anders.

Zum freien Spiel der Kräfte. Die Frau Kollegin Krojer und auch Sie haben betont, das sei jetzt nicht mehr notwendig. Ich habe geglaubt, in fünf Jahren hat man verstanden, was wir unter „freies Spiel der Kräfte“ meinen. Das haben wir nicht nur als Abstimmungsverhalten gemeint. Nein! Das freie Spiel der Kräfte haben wir immer als Wettbewerb der besten Ideen verstanden. Und zu dem stehen wir auch bis zum heutigen Tage und wollen das auch in Zukunft umzusetzen probieren. Jede gute Idee ist gefragt und wird sicher in die Beratungen einbezogen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Grüne Politikerklärung war heute angesagt. Mir ist ein Satz in Erinnerung geblieben: „Man kann unterschiedlich hören.“ Man kann aber auch unterschiedlich verstehen wollen, Frau Kollegin Krojer. Zuerst bieten Sie die Mitarbeit an, aber dann: Schlecht reden der Leistungen, Kritik ohne konstruktive Vorschläge. Sie picken sich zweifellos gute Ideen, gute Firmengründungen aus anderen Bundesländern heraus und kritisieren das Fehlen solcher Firmen hier im Burgenland. Ihre Teilnahme an der aktiven Wirtschaftspolitik hier im Burgenland ist mir eigentlich nicht bekannt.

Wenn Sie von Heizungsumrüstungen als ein Beispiel sprechen, dann sollten Sie wissen, wenn Sie doch ein bisschen Budgetverantwortung haben, wie viel diese kosten, nicht nur für den Privaten, aber auch in noch gesteigertem finanziellen Ausmaß für die öffentliche Hand. Und alles - auch das muss Ihnen bewusst sein - kann man nicht über die Förderschiene laufen lassen.

Aber das Thema Arbeitslosigkeit war sehr interessant. Das haben Sie nur aus der Sicht des Burgenlandes diskutiert. Hier haben Sie den Bund komplett aus der Pflicht genommen. Das wäre bemerkenswert. Aber ich hoffe, Sie werden Ihre Meinung nach der Regierungserklärung ändern. Sie haben heute nämlich komplette Realitätsverweigerung in jeder Hinsicht betrieben.

Das Wahlergebnis - nämlich Ihr Wahlergebnis - hat Sie anscheinend nicht nachdenklich gemacht. Und Ihr Weg von konstruktiver Oppositionspolitik zum Oberlehrertum ist noch immer ein sehr kurzer.

Der Kollege Tschürtz hat hier in einem Anflug von Populismus wieder einiges fallen lassen. Aber das haben wir schon in den letzten Wochen vernommen: Ausländerthematik vermischen mit Asylantentum, da wird es absichtlich - nehme ich an - nicht so genau genommen. Sozialleistungen werden kritisiert. Aber nur zu behaupten, dass jemand im Burgenland nicht in ein Altersheim oder in ein Pflegeheim gehen kann, ist schlichtweg eine Frechheit. *(Abg. Johann Tschürtz: Die Kosten sind massiv überhöht.)* Jeder, der einen Platz in einem Pflegeheim braucht, kann in dieses gehen, und wir bezahlen das aus der Sozialhilfe. Herr Kollege Tschürtz, das sollten Sie schon genau betrachten. Wir lassen niemanden ... *(Abg. Johann Tschürtz: Fragen Sie einmal jene, die davon betroffen sind!)* Es geht nicht um die Kosten. Es geht um das Leisten, ob jemand in ein Pflegeheim Aufnahme findet oder nicht. Und das ist sehr wohl der Fall.

Studiengebühren - sagen Sie - hat die BZÖ gemacht. Das gibt es doch nicht. Die hat damals noch FPÖ geheißt, und da waren Sie in der Bundesregierung, Herr Kollege. Sie haben die Studiengebühren mitbeschlossen. Das können Sie doch nicht verweigern. *(Zwiegespräche in den Reihen der SPÖ und FPÖ)*

Und eines noch zu den Studierenden im Burgenland. Da gibt es von uns in der Vergangenheit und auch jetzt in der Zukunft eine ganz klare Aussage: Nicht anderen zusätzliche Studiengebühren zahlen, sondern wir sind nach wie vor für eine komplette Abschaffung der Studiengebühren! *(Beifall bei der SPÖ)*

Und zum Thema Neudörf. Sie haben anscheinend ein Problem mit den Menschen, die dort in den Wohnungen leben, denn Neudörf hat kein Problem mit den Menschen, die dort wohnen. Neudörf ist ein großes Beispiel nicht für Ausländerfeindlichkeit *(Abg. Johann Tschürtz: Es geht nicht um Ausländerfeindlichkeit!)*, sondern für Integration. Diese Gemeinde ist vorbildhaft in dieser Richtung. Gehen Sie nach Neudörf und fragen Sie!

Aber Sie haben vor den Wahlen schon probiert, mit diesem Thema zu punkten. Sie haben einen Wurfzettel ausgegeben, der dieses Thema berührt hat. Ich nenne Ihnen das Ergebnis des Wurfzettels: Ausgangssituation SPÖ 55 Prozent, jetzt 65 Prozent; Ausgangssituation FPÖ 14 Prozent, jetzt acht Prozent. Das war das Ergebnis. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Johann Tschürtz: Acht Prozent ist gut! - Heiterkeit bei der SPÖ)*

Sie sind zufrieden? Sie haben beinahe die Hälfte verloren. *(Abg. Johann Tschürtz: Die SPÖ wird einmal 90 Prozent haben, wenn es so weitergeht. Noch drei, vier solcher Skandale wie die Bank Burgenland! - Abg. Gabriele Arenberger: Das ist die gute Politik, die hier betrieben wird.)*

Hohes Haus! Sehr geehrter Herr Präsident! Am 9. Oktober haben die Wählerinnen und Wähler gesprochen. Und die Botschaft war, glaube ich, sehr eindeutig. Die Menschen

wollen eine Fortsetzung des erfolgreichen burgenländischen Weges. Und sie haben sich eben für klare Verhältnisse in der Landespolitik entschieden und auch da zugestimmt.

Sie haben Landeshauptmann Hans Niessl und der Sozialdemokratie einen überwältigenden Vertrauensbeweis geliefert. Das ist sicher einerseits Anerkennung für die bisher geleistete Arbeit, andererseits aber für uns Sozialdemokraten ein ganz klarer Arbeitsauftrag für die Zukunft. Die Menschen haben uns gewählt, weil sie eine gute, weil sie eine sachliche Arbeit für dieses Land erwarten.

Die Botschaft lautet aber auch: Burgenländische Interessen sind vor Parteiinteressen zu stellen. Sachpolitik ist vor Egoismus zu stellen und effiziente Arbeit vor kleinlichen Streit. Die Sozialdemokratie hat offenbar im Wahlkampf auf die richtigen Themen und auf die richtigen Konzepte gesetzt. *(Ein Handy läutet.)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch *(der den Vorsitz übernommen hat)*: Bitte die Handys abschalten.

Abgeordneter Christian Illedits (SPÖ) *(fortsetzend)*: Die heutige Regierungserklärung von Landeshauptmann Hans Niessl dokumentiert unseren Willen, diese Konzepte umzusetzen. Und es geht uns in erster Linie um die Schaffung von Arbeitsplätzen, und es geht uns weiterhin um die Modernisierung des Wirtschaftsstandortes Burgenland und um eine sehr verantwortungsvolle Gesundheitspolitik. Und es geht auch um soziale Gerechtigkeit.

Das Wahlergebnis am 9. Oktober hat aber auch einen zweiten Aspekt. Die Burgenländerinnen und Burgenländer wollen eine Politik, die sich ganz klar und ganz deutlich von der Politik der Bundesregierung unterscheidet. Sie haben kein Verständnis für einseitige Belastungen auf dem Rücken der Arbeitnehmer. Und sie sind sehr besorgt über die fortschreitende Aushöhlung des ländlichen Raumes. Sie wünschen sich ganz klare und deutliche Antworten gegen die Arbeitslosigkeit. Sie zweifeln berechtigt an der Stabilität einer Koalition, die sich auch auf eine eigentlich nicht legitimierte Partei stützt. Umso wichtiger ist es, dass die burgenländische Landespolitik Stabilität, dass die burgenländische Landespolitik Berechenbarkeit und dass sie Geradlinigkeit gewährleistet.

Sie hat aber auch - davon bin ich felsenfest überzeugt - die Kraft, nötige Reformen anzugehen und umzusetzen. Landeshauptmann Hans Niessl hat in seiner Regierungserklärung einen sehr großen Bogen sehr wichtiger Vorhaben gespannt. Wesentlich ist aber vor allem eines: Dieses Regierungsprogramm garantiert Kontinuität und Wandel. Kontinuität bei den Bemühungen, den Aufstieg des Burgenlandes fortzusetzen und soziale Balance abzusichern. Und den Mut zum Wandel und zu Strukturveränderungen, wo sie eben wichtig und notwendig sind. Es ist ein sehr ehrgeiziges Modernisierungs- und Reformprogramm, das hier neue Wege nicht scheut, aber auf den bewährten Stärken der Menschen in diesem Land aufbaut.

Wir im Burgenland haben sicher sehr erfolgreiche fünf Jahre hinter uns. Wenn wir uns gemeinsam anstrengen, kommen auf das Burgenland fünf mindestens so erfolgreiche Jahre zu. Die SPÖ ist auf jeden Fall dazu bereit. *(Beifall bei der SPÖ)*

Werte Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wer die Zukunft gestalten will, muss die Gegenwart verändern. Das war einer der Schlüsselsätze in der Rede unseres Landeshauptmannes. Verändern ist sehr oft ein schwieriger Prozess, weil Verändern die

Bereitschaft zum Umdenken und manchmal auch zum Eingreifen in althergebrachte Strukturen erfordert.

Es ist aber, glaube ich, uns allen klar, dass wir Innovation brauchen, wenn wir das Burgenland auf dem Weg zur europäischen Wachstumsregion noch weiterbringen wollen. Und klar ist auch - der Herr Landeshauptmann hat es auch angesprochen -, dass die Rahmenbedingungen nicht einfacher, sondern schwieriger werden, weil der Bund immer mehr Aufgaben auf die Länder abwälzt. Das erfordert Veränderungen und neue Handlungsspielräume für neue Herausforderungen zu schaffen.

Wichtig für uns Sozialdemokraten ist die Richtung dieser Veränderungen. Diese Richtung heißt: Das Burgenland als modernen Wirtschafts-, als modernen Arbeits- und Bildungsstandort, in dem alle gleiche Entfaltungsmöglichkeiten haben, abzusichern. So sehr wir im Gesundheits- und Sozialbereich eine Zweiklassengesellschaft ablehnen, so vehement fordern wir auch im Berufs- und Bildungsbereich Chancengleichheit. Es darf eben keine Rolle spielen, ob jemand aus einer einkommensschwachen Familie kommt. Es darf keine Rolle spielen, ob jemand aus einem entlegenen Ortsteil kommt oder einen sozialen Startnachteil hat. Jeder soll am Aufstieg des Burgenlandes teilhaben können.

Wir als SPÖ sind deshalb mit grundlegenden Reformvorschlägen in die Regierungsverhandlungen mit der ÖVP eingetreten. In einigen Punkten haben wir Konsens erzielt, bei anderen werden wir weiter versuchen, Überzeugungsarbeit zu leisten. Wichtig ist aber, dass wir diese Veränderungen sofort und rasch anpacken.

Dazu gehört eben die Schaffung einer Bildungsdirektion. Sie kann nicht nur mehr Effizienz in der Verwaltung bringen, sondern macht auch zusätzliche Ressourcen für den Unterricht frei. Wir bekennen uns zur wohnortnahen Schule und zu einer optimalen Ausbildung für unsere Kinder. Und wir stehen zum weiteren Ausbau der Fachhochschulen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dazu gehört aber auch die Schaffung einer Baudirektion, die Synergien in der Verwaltung nutzt und den Einsatz von Personal und von Gerät optimieren soll. Dazu gehören neue Förderschienen für unsere Wirtschaft, die einen weiteren Wachstumsschub bringen sollen. Dazu gehört eine Kraftanstrengung für die Vereinbarkeit von Beruf und Familie und zur Anhebung der Frauenerwerbsquote. Dazu gehört der Ausbau unserer Vorreiterrolle bei der erneuerbaren Energie. Ein Bereich, in dem sich das Burgenland als Technologiestandort weiterhin profilieren kann und wo hochwertige Arbeitsplätze entstehen können.

Dazu gehört aber auch die Umsetzung der Zukunftsstrategie 2010 im Tourismus und der Aufbau einer noch schlagkräftigeren Organisationsstruktur im Tourismus. Und hier kann ich die Meinung des Präsidenten der Industriellenvereinigung Dr. Franschitz nicht nachvollziehen, der die Tourismusbranche im Burgenland als eindeutig überschätzt bezeichnet hat.

Ich denke, wir brauchen den Tourismus gerade in den strukturschwachen Regionen als Entwicklungslök, und wir brauchen den Dienstleistungssektor, um neue Arbeitsplätze zu schaffen. Die SPÖ ist dagegen, Industrie und Tourismus gegeneinander auszuspielen. Ich denke, beides ist unverzichtbar und beides sind gleichwichtige Standbeine für die weitere Regionalentwicklung.

Hier habe ich nur einige Kernbereiche aufgezählt, an denen die Landespolitik konsequent arbeiten wird. Es wäre falsch, sich auf den Erfolgen der vergangenen Jahre auszuruhen. Erstarren kann sich in unserer sehr schnelllebigen Zeit keine Person, aber auch kein Unternehmen und schon gar kein Bundesland leisten. Und ich denke, die Regierungserklärung von Landeshauptmann Niessl ist eine sehr gute Basis, um erfolgreich auf das Jahr 2010 zuzusteuern.

Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Den umfangreichsten Teil der Regierungserklärung hat der Bereich Wirtschaft und Arbeitsmarkt gebildet. Hier gab es ein ganz klares Bekenntnis. Die Sicherung und Schaffung von Arbeitsplätzen hat für uns weiterhin - wie in der Vergangenheit - oberste Priorität. Wir haben es durch eine kluge Investitionspolitik geschafft, das Burgenland in vielen Bereichen zum Wachstumssieger zu machen. Der Saldo - und diese Zahlen, denke ich, stimmen, und wir werden hier die Kritik an diesen Zahlen nicht zulassen - lautet: Es sind 1.000 Arbeitsplätze jährlich entstanden. Wir sollten uns darüber freuen und nicht, wie manche es probieren, hier vermeintliche Rechenfehler vorhalten. *(Beifall bei der SPÖ)*

Solange es junge Menschen ohne Ausbildungsplatz gibt und solange die Arbeitslosenzahlen in ganz Österreich derart dramatisch steigen, darf sich hier die Politik nicht zurücklehnen. Ich denke, auch darüber herrscht breiter Konsens.

In diesem wichtigsten Politikbereich sehe ich aber die größten Auffassungsunterschiede zur derzeitigen Bundespolitik. Es stimmt schon, dass vor kurzem ein Maßnahmenpaket mit den Ländern geschnürt wurde, aber das war bestenfalls ein Tropfen auf dem heißen Stein. Davon abgesehen, setzt die Bundesregierung eher auf das Motto „Augen zu und durch“. Aber mit der Vogel-Strauß-Politik wird das Arbeitsmarktproblem sicher nicht zu lösen sein.

Einige Fakten: Österreich ist unter den EU 25 Schlusslicht bei den öffentlichen Investitionen. Österreich liegt beim Zuwachs neuer Arbeitsplätze nur an 23. Stelle. Wir sind beim Wirtschaftswachstum auf Platz 19 und weit unter dem EU-Schnitt.

Das ist keine Behauptung, die ich aufstelle, sondern sie stammt von der letzten Frühjahrsprognose der EU-Kommission. Vorne liegt aber Österreich bei der Abgaben- und Steuerquote auf kleine und mittlere Einkommen. Überdurchschnittlich zugelegt hat auch die Teuerung, und leider am meisten dort, wo es unsere Pendler und unsere Familien besonders trifft.

Und da reicht es eben nicht, mit dem Finger auf den großen Nachbarn - auf Deutschland - zu zeigen. Davon wird sich, denke ich, keiner der bald 400.000 Arbeitslosen eine Existenz sichern und keiner der fast 50.000 Jugendlichen ohne Ausbildungsplatz eine Perspektive aufbauen können.

Auch der neue WIFO-Chef Karl Aiginger hat erst diese Woche vor einer Rekordwinterarbeitslosigkeit gewarnt. Und er hat dazu konkrete Vorschläge unterbreitet, wie dem entgegengewirkt werden kann. Er sieht eine klare Verantwortung des Bundes, steigende Steuereinnahmen in die Bekämpfung der Arbeitslosigkeit und in eine Bildungsoffensive zu investieren. Genau diese Verantwortung sehen auch wir.

Ich bin überzeugt, dass wir auch eine Korrektur der Steuerreform brauchen. Die breite Masse der Klein- und Mittelverdiener muss wieder entschieden mehr Kaufkraft

bekommen, weil das den Konsum und unsere Wirtschaft ankurbeln würde. Auch der Faktor Arbeit muss entlastet werden.

Das Burgenland - und das hat Landeshauptmann Hans Niessl ganz klar zum Ausdruck gebracht - wird eine aktive Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik auch in dieser Legislaturperiode ins Zentrum unserer Arbeit stellen. Deshalb müssen wir in einer entscheidenden Zukunftsfrage, nämlich beim Erreichen einer guten Ziel 1-Nachfolgeförderung, alle an einem Strang ziehen. Deshalb setzen wir uns auch für einen Fonds ein, der frisches Geld für Wachstum, für Innovation und für Beschäftigung bringen soll.

Hier haben wir als SPÖ eine ganz klare Position. Wenn es die Möglichkeit der Gruppenbesteuerung gibt, sollten wir sie auch nutzen. (*Abg. Mag. Josko Vlasich: Der Bundesgeschäftsführer hat im „Standard“ das Gegenteil behauptet.*) Statt an den Finanzminister zu fließen, soll das Steueraufkommen burgenländischer Unternehmen in unsere Wirtschaft gepumpt werden.

Besonders anstrengen werden wir uns im Bereich der Aus- und Weiterbildung, wie mit dem eingangs schon erwähnten „Jobtimismus“, aber auch mit den Implacmentstiftungen, wo wir den Jugendlichen eine konkrete Berufsperspektive geben können. Teilweise tun wir das auch - und das möchte ich schon auch betont haben - in Partnerschaft mit dem Bund. Dazu stehe ich natürlich.

Auch das Land und die landesnahen Unternehmen bilden mehr Lehrlinge als jemals zuvor aus. Wir werden uns aber auch um eine Rückenstärkung für über- und außerbetriebliche Ausbildungseinrichtungen, wie zum Beispiel Lehrwerkstätten, bemühen. Die SPÖ wird deshalb versuchen, alle nötigen Partner für die Idee eines Ausbildungsfonds zu holen. Bei der Schaffung neuer Arbeitsplätze sind alle relevanten Kräfte - eben die Politik, die Betriebe, die Sozialpartner - in der Pflicht.

Einen ganz wesentlichen Beitrag wird das Burgenland beim Ausbau der Verkehrsinfrastruktur leisten. Der Ausbau von Straße und Schiene ist für unseren Wirtschaftsstandort, aber auch für die Mobilität unserer ArbeitnehmerInnen gleichermaßen wichtig.

Im ganz speziellen Bereich des öffentlichen Verkehrs hat der Landeshauptmann Weichenstellungen angekündigt, die eine Premiere in der Landespolitik darstellen. Erstmals wird das Land Burgenland hochmodernes Zugsmaterial mitfinanzieren. Außerdem finanzieren wir - auch das ist ein Novum - ganz gezielt den Ausbau der Schieneninfrastruktur für den Bund vor. Das beweist eindeutig, dass wir zu unserer Verantwortung für unsere Pendlerinnen und Pendler stehen. Das zeigt aber auch, dass wir alle Möglichkeiten zur Erhöhung der öffentlichen Investitionsquote ausschöpfen. Dieser Quantensprung in der burgenländischen Verkehrspolitik trägt eindeutig die Handschrift von Hans Niessl.

Hohes Haus! Werte Kolleginnen! Werte Kollegen! Es ist hier jetzt nicht unbedingt meine Aufgabe, jedes einzelne Thema dieser Regierungserklärung zu beleuchten. Ganz besonders wichtig ist mir aber, dass wir den sozialen Zusammenhalt weiter stärken. Mit einer Top-Wohnbauförderung, mit der Weiterentwicklung unseres Gesundheitsangebotes und mit dem weiteren Ausbau unserer Pflege- und Betreuungseinrichtungen sichern wir die Lebensqualität in unserem Bundesland. Und wir sichern diese für alle Generationen.

Wir dürfen aber auch nicht die Augen vor sehr problematischen Entwicklungen verschließen. Ich habe schon gesagt, dass auf die Länder immer mehr Aufgaben abgewälzt werden, ohne sie finanziell entsprechend auszustatten. Dafür gibt es sehr viele Beispiele. Einige davon sind die Landeslehrer, der öffentliche Verkehr, aber auch die Spitäler. Das Zauberwort „Ausgabendeckelung“ bedeutet, dass sich der Bund aus seiner Verantwortung zurückzieht und die Länder zunehmend im Stich lässt. Das ist hochbrisanter Kurs der rote, schwarze und orange Bundesländer hart trifft. Und es wird für das Burgenland entscheidend sein, ob wir dieser Entwicklung geschlossen entgegentreten.

Das Land macht seine Hausaufgaben in vielen Bereichen und geht in vielen Bereichen, wie etwa beim öffentlichen Verkehr und der Bildung, weit darüber hinaus. Aber wir müssen dort, wo der Bund eindeutig zuständig ist, diese Zuständigkeit auch gemeinsam vehement einmahnen.

Der Bund darf sich nicht auf die Rolle einer Holding zurücklehnen, die jede Einnahme auf die Seite legt, die Finanzierung öffentlicher Kernaufgaben aber den anderen, nämlich uns, überlässt. Wir haben in der Landespolitik aus dieser Situation heraus in den letzten Jahren sehr viele Auseinandersetzungen gehabt. Das Ergebnis der Landtagswahl war wohl aber auch ein Denkmittel für jene, die es der Bundesregierung zu leicht machen wollen. Und es geht nicht darum, das rote Burgenland gegen die schwarze Bundesregierung auszuspielen.

Ich bin zum Beispiel sehr dafür, dass wir bei der bevorstehenden EU-Präsidentschaft mit einer Stimme sprechen und Konflikte hintanstellen. Aber es ist eine Schlüsselfrage für die Zukunft unseres Heimatlandes Burgenland, ob alle Landesparteien an einem Strang ziehen, um gegenüber dem Bund das Maximum für unsere Bevölkerung zu erreichen. Wir Sozialdemokraten fordern eine Vorrangregelung für burgenländische Interessen, und alle sind sicher sehr herzlich eingeladen, diesen Kurs mit uns zu tragen.
(Beifall bei der SPÖ)

Liebe Kolleginnen und Kollegen! Hohes Haus! Wir haben einen Wahlkampf hinter uns, der intensiv war. Ein Wahlkampf, der hart und nicht immer fair geführt wurde. Ich verhehle nicht, dass ich manche Angriffe auf den Landeshauptmann, auf meine Partei, als untergriffig empfunden habe.

Wir als SPÖ - und ich habe dies hier sehr oft vor den Wahlen betont - waren sich vor dem 9. Oktober immer bewusst, dass es eine Zeit nach der Wahl gibt. Wir waren immer darauf bedacht, dass nicht mutwillig Gräben aufgerissen werden. Das nehme ich für meine Partei in Anspruch. Wir sind aber bereit, einen Schlusstrich zu ziehen und nach vorne zu schauen.

Ich habe in den bisherigen Gesprächen den Eindruck gewonnen, dass beide Regierungsparteien bereit sind, aufeinander zuzugehen. Das ist entscheidend für die Zukunft des Burgenlandes. Und es ist meiner Meinung nach auch notwendig, um wichtige Fragen, wie zum Beispiel die Bank Burgenland-Privatisierung, zu einem positiven Abschluss zu bringen.

Wie tragfähig der landespolitische Konsens ist, wird sich zeigen. Der Budgetbeschluss im Dezember ist ein wichtiger Praxistest. Es wird sich auch zeigen, wie konstruktiv die Zusammenarbeit im Landtag ist. Dass sich die FPÖ schon im Vorhinein

Sachgesprächen verweigert hat, ist natürlich bedauerlich. Fundamentalopposition wollen die Burgenländer sicher nicht. Wir sollten uns auch davor hüten, dass Land vielleicht vorzeitig in den Nationalratswahlkampf zu ziehen.

Für die SPÖ kann ich versprechen, dass wir weiter das Gemeinsame vor das Trennende stellen werden. Es gibt keine wie immer gefärbte Übermacht im Landtag. Es gibt klare Verhältnisse auf der Basis eines demokratischen Wahlergebnisses. Wir werden mit unserer Mehrheit sehr verantwortungsvoll umgehen. Das heißt, wir werden die Zusammenarbeit suchen, wo immer es möglich ist. Und wir werden uns um breite Mehrheiten bemühen, wo immer es machbar ist. Wir werden aber auch Entscheidungen herbeiführen, wo es im Interesse des Burgenlandes und im Interesse seiner Bevölkerung notwendig ist.

Ich sehe die Regierungserklärung von Landeshauptmann Niessl als umfassendes Zukunftsprogramm, das Weitblick, das Innovationsfreude und einen pragmatischen Sinn für das Machbare verbindet. Wahlen sind nicht nur der Lohn für die Leistungen von gestern, sondern vor allem ein Vertrauensvorschuss für morgen.

In diesem Sinne sollten wir an die Arbeit gehen und dieses Regierungskonzept kraftvoll umsetzen. Geben wir gemeinsam das Beste für unser Burgenland! (*Beifall bei der SPÖ*)

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Herr Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl.

Bitte Herr Landeshauptmann-Stellvertreter.

Landeshauptmann-Stellvertreter Mag. Franz Steindl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Die heutige Regierungserklärung markiert den Beginn einer neuen Periode im Burgenländischen Landtag, aber auch in der Burgenländischen Landesregierung. Nach intensiven Verhandlungen zwischen SPÖ und ÖVP ist es gelungen, sehr viele Gemeinsamkeiten festzustellen. Diesen gemeinsamen Weg wollen wir auch in den nächsten fünf Jahren als ÖVP in der Regierung, aber auch in der gesetzgebenden Körperschaft gehen.

Deswegen auch, weil es zwei gute Gründe gibt. Zum einen, weil die Bevölkerung zu Recht von uns allen erwartet, dass wir zusammenarbeiten.

Zum Zweiten, weil es für die nächsten Jahre sehr große Herausforderungen gibt. Große Herausforderungen, die wir im Burgenland nur gemeinsam bewältigen können. Große Herausforderungen, die wir nur gemeinsam zwischen Land und Bund bewältigen können. Und weil es auch große Herausforderungen europäischer Dimension gibt.

Ich stehe daher zu dieser Kooperationsvereinbarung, die wir in den wichtigsten Punkten beschlossen haben. Wir werden gemeinsam diesen Weg gehen, denn, ich habe es vor der Wahl gesagt, ich sage es nach der Wahl, ich stehe zur Proporzregierung, zu diesem Verhältniswahlrecht, weil es dem Land Burgenland das Optimalste bisher gebracht hat, wenn es darum geht, gemeinsam nachzudenken, wie können wir Projekte verwirklichen.

Wir stehen zur Bildungsdirektion. Wir werden uns auch einbringen. Wir haben auch sehr viele Projekte gemeinsam erarbeitet. Wir stehen auch dazu, dass die

Verwaltungsstrukturen schlanker werden sollen, dass wir Synergieeffekte herausarbeiten. Wir sind aber dagegen, dass vielleicht bewährte Strukturen zerschlagen werden. Und ich bin auch dagegen, Herr Klubobmann Illedits, dass wir im Burgenland eine Schwarz-Weiß-Politik betreiben.

Sie haben das gesagt, und ich kann das unterstreichen, wenn es darum geht, das Gemeinsame in den Vordergrund zu stellen, das Burgenland in den Mittelpunkt zu stellen. Wir als Burgenländer versuchen, das Bestmögliche vom Bund und von Brüssel ins Land zu holen.

Ich glaube, es macht aber keinen Sinn, wenn wir jetzt schon mit der Regierungserklärung den Wahlkampf für die Nationalratswahlen eröffnen wollen. Auch wenn es da und dort in allen Bereichen Stärken und Schwächen gibt - auf Landesebene, aber auch auf Bundesebene -, war es doch wichtig, dass gerade in den letzten Jahren auf Bundesebene notwendige, wenn auch schmerzhaft Reformen eingeleitet wurden.

Ich möchte diese Reformen gar nicht wiederholen, sondern dazu, weil Sie hier auch einen Vergleich zwischen Österreich und den anderen EU-Staaten herangezogen haben, nur sagen: Diesen Vergleich, Herr Klubobmann, kann man ziehen. Wenn man nämlich Deutschland mit Österreich im Bereich der Budget- und Finanzsituation vergleicht, dann sprechen die Zahlen für sich, Herr Klubobmann. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten - Abg. Christian Illedits: Ich habe gesagt, man soll nicht vergleichen.)*

Österreich hatte nämlich zwischen 2000 und 2005 im Durchschnitt ein Budgetdefizit von 1 Prozent, Deutschland 2,9 Prozent. Die Staatsschuldenquote von 2000 bis 2005 ist um 3,2 Prozent zurückgegangen, in Deutschland ist sie im gleichen Zeitraum um 7,8 Prozent gestiegen. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten)*

Ich komme zur Wirtschaftspolitik. Wir haben, Gott sei Dank ein reales Wirtschaftswachstum von 1,7 Prozent. In Deutschland gehen die Uhren anders: Die Deutschen bringen nur ein reales Wirtschaftswachstum von 0,8 Prozent zusammen.

Nun komme ich zum Arbeitsmarkt. Wir hatten im Jahr 2004 eine Beschäftigungsquote von 67,8 Prozent. Gott sei Dank! In Deutschland hingegen 65 Prozent. Wir haben eine Arbeitslosenquote im Jahresdurchschnitt österreichweit von 4,8 Prozent, die Deutschen hingegen eine Arbeitslosenquote von 10,5 Prozent. Wir hatten im Jahresdurchschnitt 2004 eine Jugendarbeitslosigkeit von 9,7 Prozent, die Deutschen hingegen eine Jugendarbeitslosenquote von durchschnittlich 15,1 Prozent. *(Abg. Mag. Georg Pehm: Deutschland muss erst die Vereinigung verkraften.)*

Bei den Pensionen geben wir 14,5 Prozent des Bruttoinlandsproduktes dafür aus, die Deutschen hingegen 11,4 Prozent. Wenn man sich die Pensionen von 2003 bis 2005 hernimmt, dann gibt es hier Anpassungen, wenn auch nur im moderaten Ausmaß. Im Vergleich dazu haben die Deutschen vereinbart, dass es bis zum Jahr 2009/2010 eine so genannte Nulllohnrunde geben wird. *(Abg. Ewald Gossy: Bei uns hat es sogar ein Minus gegeben!)* Wenn man die Zufriedenheit mit den Sozial- und Gesundheitsleistungen mit Deutschland vergleicht, dann zitiere ich hier eine Studie der Europäischen Kommission, wo Österreich im Europaranking Platz eins, Deutschland Platz neun einnimmt. So viel zu den Vergleichen.

Ich möchte aber nicht weiter auf den Österreich-Deutschland-Vergleich noch mehr eingehen, sondern auf die Regierungserklärung und auf unsere Vorhaben der nächsten fünf Jahre. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten)*

Meine sehr geehrten Damen! Meine Herren! Ich skizziere vier Bereiche, die uns als ÖVP in den nächsten fünf Jahren besonders wichtig sind und die wir gemeinsam auch umsetzen wollen.

Der erste Bereich und der erste wichtige Schwerpunkt ist die Schaffung von Arbeitsplätzen im Land. Arbeitsplätze zu schaffen ist uns nicht nur ein wirtschaftspolitisches, sondern auch ein soziales Anliegen damit die Menschen hier ihren Job im Burgenland bekommen. *(Beifall bei der ÖVP)*

Mit Ende der Ziel 1-Förderperiode Ende 2006 werden diese Geldtöpfe von Brüssel nicht mehr so prall gefüllt sein und es wird wahrscheinlich auch eine andere Förderkulisse geben. Daher ist es wichtig, dass wir in gemeinsamer Kraftanstrengung das Bestmögliche für das Burgenland herausholen. Hier ist es uns wichtig, dass wir, wenn es darum geht, zusätzliche Arbeitsplätze im Burgenland zu schaffen, bei den Fördermaßnahmen in Zukunft nicht auf die Quantität, sondern auf die Qualität von Projekten setzen.

Wir werden auch Überlegungen anstellen, wie wir das derzeitige Wirtschaftsförderungsgesetz so modernisieren, dass wir die Wirtschaft, die Unternehmer im Lande bestmöglich unterstützen. Hier sei auch ein Vergleich mit europäischen Regionen gestattet. Es gab vor wenigen Tagen einen Vortrag im Wirtschaftsparlament vom Wirtschaftsforscher Helmenstein, der deutlich aufgezeigt hat, dass im Vergleich der Wirtschaftsstandorte in Europa von 62 Regionen das Land Burgenland den 40. Platz einnimmt. Ich gebe Helmenstein Recht, wenn er meint, dass es in gemeinsamer Kraftanstrengung gelingen kann, dass wir diesen Platz verbessern und uns in den nächsten Jahren im ersten Drittel platzieren.

Sein Vorschlag war, bestimmte Branchen, wie zum Beispiel die Energiegewinnung aus Biomasse zu forcieren. Hier haben wir bereits große Vorleistungen gemacht. In der Regierungserklärung wurde auch betont, dass das im Burgenland auch in Zukunft ein wichtiger Schwerpunkt sein wird. Aber auch im Bereich der Ausbildungs- und Logistikdienstleistungen meine ich, dass wir hier in den nächsten Jahren Chancen sehen können, um Arbeitsplätze zu schaffen.

Es wird nicht genügen, uns nur auf die Europäische Union zu verlassen, sondern wir müssen auch eigene Geldquellen erschließen. Daher gibt es bereits eine Arbeitsgruppe, die mit Erfolg versucht, die Ideen, die sich in der Wahlwerbung aufgetan haben, zusammenzutragen und in Form eines Wirtschaftsfonds das Bestmögliche für das Burgenland zu erreichen.

Der zweite Schwerpunkt, meine sehr geehrten Damen und Herren, ist das Bekenntnis zum Ausbau der Infrastruktur. Auch das wurde bereits betont. Wir stehen vor gewaltigen Herausforderungen, um die Infrastruktur im Burgenland auszubauen. Es ist dies die Voraussetzung, damit wir eine erfolgreiche Standortpolitik in unserem Lande betreiben und, dass wir die Mobilität noch stärker fördern können.

Daher gibt es ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Schiene, aber auch ein klares Bekenntnis zum Ausbau der Straße, zu jenen Projekten, die wir gemeinsam in einem

Ausschuss bearbeitet haben, und ein klares Bekenntnis zum Ausbau des öffentlichen Nahverkehrs. Nicht damit die Bevölkerung schneller aus dem Land hinauskommt, sondern damit Betriebe zu uns kommen und die Burgenländer im Land bleiben können.

Der dritte Schwerpunkt ist eine Bildungsoffensive. Es muss uns hier gelingen, die Bereiche Bildung und Wirtschaft miteinander zu vernetzen. Ich betrachte beide Bereiche als kommunizierende Gefäße. Dabei muss es uns gelingen, beide voll anzufüllen. Natürlich ist Bildung ein Wert für sich, aber Bildung ist auch der Schlüssel für den beruflichen Erfolg. Vor allem ist die Bildung eine Chance für unsere burgenländischen Jugendlichen, einen Arbeitsplatz im Burgenland zu bekommen.

Daher muss die Maxime sein: Import von hochwertigen Arbeitsplätzen, statt Export von qualifizierten Mitarbeitern. Wir müssen daher alles unternehmen, damit jeder Burgenländer letztendlich im Burgenland auch bleiben kann.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Das sind einmal drei skizzierte Bereiche, wo wir in den nächsten fünf Jahren gemeinsam in vielen Projekten etwas vorantreiben wollen. Ich möchte aber auch auf noch einen vierten Bereich eingehen, nämlich auf den Wertebereich. Gerade in der politischen Alltagsarbeit geht die Diskussion um Werte sehr oft unter. Dabei merken wir zunehmend, dass die Globalisierung die Menschen verunsichert, dass sich die Ellbogengesellschaft immer breiter macht, dass sogar Familienverbände verändert werden.

Wir leben in einer Welt der Veränderung, die keinen von uns unberührt lässt. Wir haben ganz einfach andere Aufgaben und Ansprüche als unsere Väter und Mütter. Was wir brauchen, und das wurde auch angesprochen, ist eine neue Kultur der Rechtzeitigkeit und keinen Fahrschein in die Vergangenheit.

Was heute funktioniert, was gestern gerade noch gut genug war, wird morgen sicher zu wenig sein. Daher brauchen wir auf diese gesellschaftspolitischen Fragen sehr viele Antworten und eine Rückbesinnung auf diese Werte, die unsere Politik im Lande auch tragen muss. Es ist wichtig, dass sich die Märkte öffnen, dass der Markt vielfältiger geworden ist, aber das alles darf nicht schrankenlos passieren und nur zum Vorteil weniger geschehen.

Was wir in der Politik brauchen, ist auch das gemeinsame Aufzeigen und Grenzen setzen im Interesse der Menschen die hier wohnen. Daher müssen Schlagwörter wie Solidarität, Humanität und Menschlichkeit, aber auch das Prinzip der Nachhaltigkeit von uns ganz einfach mit Inhalten versehen werden. Gerade die jüngsten Unruhen in Frankreich zeigen, dass es nie und nimmer in Österreich, aber auch im Burgenland passieren darf, dass es auf der einen Seite die Starken, auf der anderen Seite die Schwachen, auf der einen Seite die Reichen und auf der anderen Seite die Armen gibt.

Ich meine, dass die österreichische EU-Präsidentschaft, die mit 1. Jänner 2006 beginnt, eine gute Möglichkeit bietet, diese vielen Defizite nicht nur aufzuzeigen, sondern - auch für das Burgenland - sehr vieles zum Positiven umzusetzen.

Meine sehr geehrten Damen und Herren! Wir werden die Welt vom Burgenland aus nicht verändern können. Aber wir sollen alles daransetzen, einen Beitrag zur Humanisierung unserer Gesellschaft im Burgenland zu leisten. Danke schön. *(Beifall bei der ÖVP)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Landesrat Dr. Peter Rezar.

Bitte Herr Landesrat.

Landesrat Dr. Peter Rezar (SPÖ): Herr Präsident! Hohes Haus! Meine Damen und Herren! Ich werde Sie mit meinem Beitrag nicht lange aufhalten. Ich möchte nur mit zwei Repliken auf die Debatte eingehen. Herr Klubobmann Strommer hat in seinem Debattenbeitrag behauptet, dass das Projekt Jobtimismus von Seiten der Bundesregierung mitgefördert wird. Ich darf richtig stellen, dass dieses einzigartige burgenländische Projekt Jobtimismus, das ein wichtiger Beitrag gegen die Jugendarbeitslosigkeit ist, ein Projekt ist, das zu einem Drittel aus Landesmitteln und zu zwei Drittel aus Mitteln des Europäischen Sozialfonds gefördert wird.

Es sind darin keinerlei wie immer geartete Bundesmittel enthalten. Ich wäre aber sehr dankbar, Herr Klubobmann, wenn sich auch der Bund gerade im Bereich der Jugendarbeitslosigkeit seiner Verantwortung bewusst wäre. Ich würde mich sehr darüber freuen, wenn es ähnliche Projekte auch von Bundesseite gäbe, die hier unterstützend gegen die Jugendarbeitslosigkeit verwendet werden würden. Wir werden jedenfalls sicherlich auch künftighin in diesem Bereich alle Anstrengungen unternehmen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Herr Klubobmann Tschürtz! Sie haben in Ihrem Debattenbeitrag die Auffassung vertreten, dass die burgenländischen Altenwohn- und Pflegeheime zu teuer sind. Ich darf Ihnen berichten, dass sich gerade das Burgenland in den letzten Jahren seiner Verantwortung gegenüber den älteren Mitbürgerinnen und Mitbürgern in einer ungemein hohen Art und Weise bewusst gewesen ist. Wir haben allein in den letzten fünf Jahren zwölf neue Altenwohn- und Pflegeheime errichtet. Ich darf Ihnen deshalb sagen, dass keine Burgenländerin und kein Burgenländer auf ein Pflegebett im Falle eines Pflegebedarfes warten muss.

Wir verfügen derzeit über eine Kapazität von landesweit etwa 1.800 Betten. Ich darf Ihnen auch berichten, dass wir im Vergleich mit unseren Tagsätzen äußerst niedrig liegen. Das heißt, andere Bundesländer haben weit höhere Tagsätze. Das, was Sie offensichtlich in Ihrer Wortmeldung, und ich kann es nur so interpretieren, möglicherweise gemeint haben könnten, ist der Bereich der Regresse.

Selbstverständlich sieht hier das Sozialhilfegesetz vor, dass jene pflegebedürftigen Mitmenschen, die es sich aufgrund Ihrer Einkommens- und Vermögenssituation leisten können, diese Pflegeeinrichtungen in Anspruch zu nehmen, auch zum Regress herangezogen werden. Ich bekenne mich auch hier zu dieser sozialen Verantwortung. Alles andere wäre hier möglicherweise schon unsozial.

Ich glaube, sagen zu dürfen, dass wir gerade hier in ausreichender Weise bestmöglich für die ältere Generation vorgesorgt haben. Es ist mir ganz wichtig, dabei anzumerken, dass keine Burgenländerin und kein Burgenländer aufgrund seiner Einkommens- und seiner Vermögenssituation in die Lage versetzt wird, eine derartige Einrichtung nicht in Anspruch nehmen zu können. Dafür haben wir Sorge getragen und so sehen wir unsere soziale Verantwortung auch in Zukunft. *(Abg. Johann Tschürtz: Was ist nun mit der Tagsatzung? - Beifall bei der SPÖ)*

Zweiter Präsident Kurt Lentsch: Als Nächster zu Wort gemeldet ist Landtagsabgeordneter Mag. Werner Gradwohl.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Werner Gradwohl (ÖVP): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Lassen Sie mich vorerst einen kurzen historischen Blick in den Rückspiegel unserer Geschichte werfen.

Morgen jährt sich der 60. Jahrestag, 25. November 1945, an dem die ersten freien Wahlen der Zweiten Republik stattfanden, nämlich die Nationalratswahl und die Landtagswahl im Burgenland.

Es war diese Wahl eine große Überraschung in mehrfacher Hinsicht. Nicht nur weil die ÖVP sowohl auf Bundes-, als auch auf Landesebene mit dem Mandatsverhältnis 17:14:1 die absolute Mehrheit erreichte, sondern vor allem deshalb, weil die Kommunistische Partei Österreichs unter sowjetischem Schutz stehend, katastrophal abgeschnitten hat und nur ein Mandat erreichte. Für die ÖVP war damals klar, dass sie mit Dr. Lorenz Karall einen Mann der Versöhnung und des Ausgleichs zum Landeshauptmann wählt. (*Zwiegespräche der Abgeordneten*)

Dr. Lorenz Karall, der auch als Vater des neuen Burgenlandes bezeichnet wird, hat bereits unmittelbar nach Kriegsende, im April und Mai 1945, mit politischen Verantwortungsträgern aller Lager aus der Zwischenkriegszeit für die Wiedererrichtung des Burgenlandes als Ganzes gekämpft. Die geschah trotz vieler Kräfte, die damals auch auf Bundesebene, wie Dr. Karl Renner, durchaus interessiert waren, dass das Burgenland aufgeteilt bleibt.

Erinnern wir uns in diesen Tagen aber nicht nur dieser Leistung der damaligen Männer und Frauen der ersten Stunde, sondern streben wir danach, diese Gesinnung eines Lorenz Karall zu leben, dem auch vom damaligen Landeshauptmann-Stellvertreter Ludwig Leser in einem Brief an Dr. Adolf Berzelle, der damals Emigrant in den USA war, konzidiert wurde, dass, ich zitierte wörtlich: „Dr. Lorenz Karall sein Amt geschickt und anständig versieht.“ Zitat Ende. Nämlich, mit einer Politik, die von einer breiten Verantwortung fair und gemeinsam, und nicht einfärbig, sondern Rot-Gold getragen wird.

Egal ob es sich bei der Zusammenarbeit von politischen Parteien um eine Form von Koalition oder von Kooperation handelt, für den Erfolg sind, meiner Meinung nach, mehrere Faktoren ausschlaggebend. Dazu zählen Fairness auf beiden Seiten, professionelle und harte Arbeit an der Umsetzung der Sachfragen und ein Mindestmaß an persönlichem Miteinander der handelnden Personen.

Erfolg im politischem Spektrum, Kolleginnen und Kollegen, nach den Wahlen heißt: Der Bürger, die Burgenländerinnen und Burgenländer, müssen dabei die Gewinner sein. Ich bin auch persönlich fest davon überzeugt, dass das „Wording“, wie die Zusammenarbeit genannt wird, sogar die Inhalte, die definiert und determiniert wurden, dann Schall und Rauch sind, wenn sie nicht gelebt werden.

Hohes Haus! Die erste entscheidende Nagelprobe war nicht die Ressortverteilung, mag sie für die Regierungsmitglieder auch noch so wichtig sein, die erste Herausforderung ob diese Arbeitsgemeinschaft zwischen SPÖ und ÖVP gelebt wird, ist das Budget 2006.

Wenn in der Übereinkunft zwischen den beiden Großparteien prinzipiell eine faire Budgetgestaltung vorgegeben wird, dann wird die Debatte und letztlich die Abstimmung darüber im Landtag im Dezember die erste Nagelprobe sein.

Die Volkspartei hat seit 1945 führend und gestaltend in diesem Land Regierungsverantwortung getragen, trägt sie nach wie vor, hat dieses Land führend mitgeprägt und wird auch diesen Wählerauftrag vom 9. Oktober 2005 sehr pflichtbewusst, aber auch zukunftsorientiert und offensiv, weiterführen. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten)*

Gestaltung heißt primär, dass die Budgetierung der einzelnen Ressorts auch ausgeglichen und fair erfolgt. Wir hoffen alle, dass die ersten Vorboten von manchen SPÖ-Hardlinern, wo von einer Aushöhlung von ÖVP-Verantwortungsbereichen die Rede war, nicht stimmen. Wenn gespart werden muss, wovon wir alle ausgehen, dann - natürlich unter Setzung bestimmter Prioritäten - auf allen Seiten. Ob das im landwirtschaftlichen oder im Umweltbereich ist, im Tourismusbereich, in der Wirtschaft insgesamt, in den Gemeinden, aber auch in den anderen Bereichen, wie Kultur und Wohnbauförderung.

Sehr geehrte Kolleginnen und Kollegen! Dass die vier Grundpfeiler einer erfolgreichen Wirtschafts- und Arbeitsmarktpolitik, wobei die Arbeitsmarktpolitik die größte Herausforderung sein wird, sowohl in der Regierungserklärung verankert, als auch im Übereinkommen der Regierungsparteien außer Streit stehen, kann als positives Zeichen gewertet werden.

Beim Bank Burgenland-Verkauf ist diesmal wirklich zügig und nach den Regeln einer professionellen Privatisierung vorzugehen. Das muss oberste Prämisse sein.

Zweiter Grundpfeiler sind die Ziel 1-Nachfolgeförderungen. Ja, zum Lobbying, hier bei Bund und EU gemeinsam vorzugehen. Es war für mich positiv überraschend, dass der Herr Landeshauptmann das Sonderförderpaket der Bundesregierung als den ersten richtigen Schritt bezeichnet hat. Das ist schon der erste richtige Schritt, Herr Kollege. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten)*

Eine Kehrtwende im Wording, weg davon Wahlkampfretorik zu machen, hin zu einer sinnvollen Kooperation mit der Bundesregierung, die wir beide gemeinsam anstreben sollten, wie auch ihr Kollege Illedits hier formuliert hat.

Wir jedenfalls, der Herr Landeshauptmann, der Landeshauptmann-Stellvertreter und die Verantwortungsträger der Volkspartei, vor allem die Regierungsmitglieder und die Mandatäre stehen als Türöffner zum Herrn Bundeskanzler und zu den Ministern und Ministerien gerne zur Verfügung.

Dritter Punkt: Wir sollten das Wahlkampf-Wording und die Wahlkampfretorik, Herr Kollege Gossy, einstellen. *(Zwiesgespräche der Abgeordneten)* Hören Sie mir aufmerksam zu, dann werden Sie vielmehr Brücken bei mir sehen, als Sie vielleicht im Hinterkopf vermuten, dass ich hier neue Gräben aufreiße. Das ist nämlich nicht der Fall.

Drittens. Gründung eines Burgenländischen Zukunftsfonds als wirklich einzig realen finanziellen Handlungsspielraum, den wir in den nächsten Jahren brauchen werden. Sonst haben wir keinen Handlungsspielraum, meine sehr geschätzten Damen und Herren, Kolleginnen und Kollegen, im Landesbudget oder wenn die Ziel 1-Förderungen auslaufen.

Viertens möchte ich die Schaffung eines modernen Wirtschaftsförderungsgesetzes nennen. Dies ist natürlich auch ein wesentlicher Grundpfeiler. Aber diese vier Grundpositionen alleine werden, meiner Meinung nach, nicht ausreichen, um einerseits in den kommenden fünf Jahren zu den anderen Bundesländern in der Wirtschaftskraft und in der Kaufkraft endlich aufzuschließen, was wir uns schon das letzte Mal vorgenommen haben und andererseits auch die Herausforderungen der Wirtschaft und des Arbeitsmarktes in den neuen EU-Nachbarländern gerecht zu werden.

Dazu brauchen wir vor allem einen echten Sprung vorwärts in der Dichte, aber auch in der Qualität der Infrastruktur. Es wurden mehrfach Bahn, Straße, der öffentliche Verkehr insgesamt, aber auch das Bekenntnis zum Individualverkehr erwähnt. Denn wer glaubt, dass die Burgenländerinnen und Burgenländer, was wünschenswert wäre, in den nächsten zehn Jahren alle auf den PKW verzichten werden können, der, glaube ich, irrt. Das wissen wir schon heute. Wir brauchen auch ein Bekenntnis in richtiger Ausgewogenheit zum öffentlichen Verkehr und zum Individualverkehr.

Ein Fortschreiben, ein Ergänzen, ein Abändern und ein ständiges Verhandeln des Generalverkehrsplanes sind zu wenig, wie das der Herr Landeshauptmann oft propagiert. Ein Umsetzen, und zwar rasch und professionell, wie das andere Bundesländer vorzeigen, wäre notwendig. Ich nenne hier Rot, Schwarz, Gemischt, auch Orange, Blau, Niederösterreich, Salzburg, auch Kärnten und Steiermark, wenn ich nur den Koralmtunnel nennen darf, wo unter Beteiligung der Länder bei der Planung und Realisierung hier diese Herausforderungen der Infrastruktur gemachten werden.

Das muss die Devise der kommenden Monate und Jahre sein. Ohne Zuzahlung der Länder und das wurde heute auch mehrmals von allen Seiten betont. Ich bin froh, dass wir das gemeinsam erreicht haben, denn ohne der jeweiligen Prioritätensetzung geht nichts mehr, was auch grundsätzlich im Generalverkehrsplan enthalten ist, dem der Herr Landeshauptmann zugestimmt hat.

Daher sind die Projekte - es wurden die A 6, die A 3, die S 31 und die S 7 genannt - der Straßeninfrastruktur umzusetzen, und zwar unverzüglich. Ich bin auch froh darüber, dass der Herr Landeshauptmann in der heutigen Erklärung „expressis verbis“, die Bereitschaft zu dieser Mitfinanzierung wichtiger Bahnprojekte bekundet hat. Wir werden ihn daran messen. Bisher wurde nur verhandelt. Bisher gibt es kein einziges Projekt, außer Neusiedl am See-Pamhagen, wo das Land sich unter vertraglicher Zusicherung auch bereit erklärt hat, die Vorfinanzierung dieser Infrastruktur zu 40 Prozent und die Vorfinanzierung der Realisierung zu 20 Prozent zu übernehmen. *(Abg. Gabriele Arenberger: Das geht doch an der Realität vorbei! - Zwiegespräche der Abgeordneten)*

Es kann nur beides gemeinsam funktionieren. Ich kann nicht einer Vorfinanzierung der Planung zustimmen und mich dann bei der Realisierung, wo es dann um das Eingemachte, um das Gelbe vom Ei geht, verabschieden.

Ich weiß, dass schon über Jahr und Tag diese Verhandlungen mit den ÖBB, auch unter Beisein des Infrastrukturmanagements und des Staatssekretariats stattfinden und dass hier die ÖBB-NEU, Gott sei Dank, eine sehr offensive und sehr operative, realistische Position einnimmt und hier durchaus bereit ist, sich auch dementsprechend zu positionieren.

Ich sage Ihnen eines: Es kommt nicht darauf an, ob das die ÖBB ist, ob das die Raab-Ödenburger-Eisenbahn ist. Wenn die flexibler sind, dann werden wir es mit denen machen, das ist ja überhaupt keine Frage. Ich glaube, dazu müssen wir uns auch bekennen, nämlich, zur Positionierung gegenüber der Schleife Eisenstadt.

Wie lange reden wir schon davon? Ich habe mir jetzt eine persönliche Aufzeichnung gemacht, die ich nicht hergebe, aber ich sage es Ihnen. Wissen Sie, wie lange wir schon davon reden? Dreieinhalb Jahre!

Ich meine, denken tun wir doch schon lange, aber konkret ist bis jetzt noch nichts. Dass Eisenstadt die einzige Landeshauptstadt ist, die keine ordentliche Anbindung an die Schiene hat, ist eine Katastrophe, meine Damen und Herren! (*Zwiesgespräche der Abgeordneten*)

Für die Elektrifizierung Deutschkreutz-Neckenmarkt gibt es ebenfalls schon lange eine mehrfache, vierfache Ankündigung. Im Herbst wird es gemacht 2001, 2002, 2003 und 2004.

Ich hoffe, 2006 auf den „D-Day“, der Tag der Entscheidung, an dem wir das tatsächlich auch datenmäßig durchführen und die Elektrifizierung Neusiedl-Eisenstadt-Wulkaprodersdorf ebenfalls.

Damit dürfen wir uns aber nicht zufrieden geben und nicht begnügen. Auch Oberwart-Steinamanger, die Schleife Parndorf oder, eines unserer Projekte im Bezirk Oberpullendorf, das wir noch nicht aufgegeben haben, denn aufgegeben wird ein Brief, Oberpullendorf-Köszeg-Steinamanger sind und müssen unsere Adern zu den neuen Wirtschaftsräumen in Mittelosteuropa, das ist nicht Osteuropa, das ist Mittelosteuropa, tiefes Mitteleuropa, hinführen.

Ein zentraler Punkt, Hohes Haus, der Regierungserklärung des Herrn Landeshauptmannes war die Schaffung einer Bildungsdirektion im Burgenland. Ganz unter der Prämisse von Einsparung von Budgetmitteln bei gleichzeitiger Anhebung der Qualität der Bildung. Ein grundsätzliches Ja hat die Volkspartei in den Regierungsverhandlungen und damit im Kooperationsübereinkommen dazu dokumentiert.

Aber, eine Bildungsdirektion kann nur dann sinnvoll sein, wenn man etwas Neues macht, wenn durch veränderte Verwaltungsstrukturen die frei werdenden Geldmittel auch wirklich für unsere Kinder und Schulen verwendet werden und damit die Besonderheiten des burgenländischen Schulwesens, das sich in der Kultur dieses Landes widerspiegelt, abgesichert werden.

Eine Änderung der Situation ist nur dann sinnvoll, wenn zusätzliche Geldmittel in der Höhe von 414.000 Euro jährlich, die bereits von Bundesministerin Gehrler im Rahmen des Finanzausgleiches zugesichert worden sind, unserer burgenländischen Schulstruktur zur Verfügung gestellt werden.

Ebenso gibt es seitens des Bundesministeriums für Bildung zusätzliche sechs Dienstposten für den weiteren Ausbau der Nachmittagsbetreuung für Schülerinnen und Schüler und das Bildungssystem muss sich dabei ständig an die moderne Arbeitswelt anpassen, um eine bessere Vereinbarkeit von Familie und Beruf hier dementsprechend zu positionieren und zu erreichen.

Und als ein Punkt, der sehr wichtig ist in unserem Land, nämlich die frühe Sprachförderung, die Teil des von der Frau Bundesminister zusammengestellten Schulpaketes II ist. Die Beherrschung der Sprache als zentrale Kompetenz in der Schule und im Leben, das ist ebenfalls hier umzusetzen und alle Schülerinnen und Schüler sollen dabei diese Unterrichtssprache verstehen.

Je früher gefördert wird, Prinzip des Bundes und sollte auch Prinzip des Landes werden, desto größer sind die Chancen für die Zukunft unserer Kinder. Und damit muss uns Bildung auch etwas wert sein. Ich sage dazu eindeutig, der Bund leistet seinen Beitrag, das Land ist jetzt gefordert, Bildungsdirektion hin oder her, auch seinen Beitrag dazu zu leisten, denn Bildungsdirektion als Kosmetik, dafür ist die ÖVP nicht zu haben.

Uns geht es um ein Bildungsmanagement und wenn es Bildungsdirektion genannt wird und sinnvoll ist. Um ein Bildungsmanagement mit sinnvoller Verwaltungsreform zur Absicherung unseres vielfältigen, breiten und qualitätvollen Bildungssystems und nicht, um etwas zu zerschlagen, das sich vielleicht bewährt hat.

So wie der Bund im Bildungsbereich permanent seinen Beitrag leistet (*Unruhe bei der SPÖ*) zur Qualifizierung unserer Kinder und Jugendlichen. Zur Qualifizierung, aber auch und ich sage dies klar und deutlich, weil es mir genauso wichtig ist, aber auch zur Vermittlung. (*Abg. Ewald Gossy: Keine Wahlkampfpoetik!*) Schule ist auch Vermittlung von Werten. Genauso offensiv stellt sich diese Bundesregierung und der Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel den großen Herausforderungen unserer Zeit.

Nämlich Wachstum und Arbeitsplätze, soziale Gerechtigkeit, nicht so wie in Deutschland. Was haben wir dort erlebt? (*Abg. Mag. Georg Pehm: Herr Kollege Gradwohl, wir haben die größte Arbeitslosigkeit seit 1945.*)

Gibt es dort eine Gerechtigkeit, (*Unruhe bei der SPÖ - Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) wenn ich mich als Bundeskanzler vor dreieinhalb Jahren hinstelle und sage, wenn ich nicht unter vier Millionen Arbeitslose erreiche, dann bin ich gescheitert und dann noch knapp vor der Wahl die fünfzehn Millionen Arbeitslosen in Kauf nehme und mich hinstelle, damit ich vielleicht nochmals Wahlsieger werde. (*Unruhe bei der SPÖ*)

Dritter Bereich, sichere Heimat, dazu einige Beispiele. Um der Arbeitslosigkeit in Österreich - Deutschland hat eine x-fache Größe - hier entgegenzutreten hat die (*Abg. Mag. Georg Pehm: Die Arbeitslosigkeit hat sich verdoppelt. - Unruhe bei der SPÖ - Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) Bundesregierung das Arbeitsmarktbudget von 760 Millionen Euro heute auf jährlich 1,5 Milliarden Euro verdoppelt. (*Abg. Ewald Gossy: Das ist Polemik in Reinkultur.*) Die Bundesregierung fördert mit 400 Euro pro Monat jede zusätzliche Lehrlingsstelle.

Viertens, wir haben - die Bundesregierung, (*Abg. Mag. Georg Pehm: Die Arbeitslosigkeit hat sich verdoppelt.*) Dr. Wolfgang Schüssel und Bartenstein - eine Qualifizierungsoffensive für über 60.000 Menschen beschlossen, vor allem für Jugendliche und Frauen. Und diese Bundesregierung, was auch vom Herrn Landeshauptmann anerkannt wird (*Unruhe bei der SPÖ*) - haben Sie heute die Rede des Herrn Landeshauptmannes gehört? (*Abg. Gabriele Arenberger: Ja.*) - investiert eine Milliarde zusätzlich für Forschung und Entwicklung und last but not least ... (*Abg. Ewald Gossy: Das wird doch schon Zeit, 2006 sind Nationalratswahlen, sonst würde gar nichts passieren.*)

Sehen Sie sich die Pensionssituation in Deutschland an. Diese Bundesregierung hat die künftigen Pensionen gesichert und die bestehenden (*Unruhe bei der SPÖ - Der Präsident gibt das Glockenzeichen*) werden per 1.1.2006 um 2,5 Prozent erhöht. Dank höherer Ausgleichszulagen beträgt die Mindestpension jetzt 690 Euro, seit dem Jahre 2000 ein Plus von 100 Euro.

Und auch das zur Frage unserer äußeren Sicherheit, zur Frage der Internationalität, zur Frage auch der inneren Sicherheit und der Integration. Das war wohltuend, wie die neue deutsche Kanzlerin Merkel gestern, übrigens leider als Einzige in den letzten Jahren in Europa gesagt hat, dass jene verantwortungsvolle Politik, die hier Dr. Wolfgang Schüssel mit der Österreichischen Bundesregierung in der Türkeifrage EU-weit vorgegeben hat, in zig Verhandlungen durchgesetzt hat, auch die neue Linie von Deutschland ist.

Nämlich, die Türkei muss selbstverständlich alle Kriterien und das wurde erst durch Dr. Schüssel, durch die Österreichische Bundesregierung, hineinverhandelt, wie Menschenrechte, Demokratie und Rechtsbestand in der EU erfüllen.

Erstmals wurde in dieser Causa, die Aufnahmefähigkeit der Union, eine Bedingung für den Beitritt der Türkei gestellt. Und erstmals wurde festgelegt, gegen den Widerstand der coolen Briten, dass sich alle EU-Mitgliedsstaaten gleichermaßen an der Finanzierung einer Erweiterung beteiligen müssen und es keinen Britenrabatt, egal welche Regierung dort vorherrscht, geben wird, diesmal in der Frage der Türkei.

Dazu stehen wir auch und das war unser Beitrag der von der deutschen Kanzlerin Angela Merkel, die in den nächsten Jahren unsere Nachbarschaft intensivieren wird, auch geprägt wird.

Und der Herr Landeshauptmann hat in seiner, ich komme schon zum Schluss keine Angst, Regierungserklärung gesagt, Rot-Gold hat in den letzten vergangenen Jahrzehnten aufgeholt. Ja, Rot und Gold und nicht allein einfarbig.

Auch im Sinne des ersten frei gewählten Landeshauptmannes des Burgenlandes, des Mittelburgenländers, Großwarasdorfers Dr. Lorenz Karall, wollen wir gemeinsam dieses Burgenland für seine Bevölkerung aktiv gestalten. (*Beifall bei der ÖVP*)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser (*der den Vorsitz übernommen hat*): Als nächster Redner zu Wort gemeldet ist der Abgeordnete Mag. Georg Pehm.

Bitte Herr Abgeordneter.

Abgeordneter Mag. Georg Pehm (SPÖ): Sehr geehrter Herr Präsident! Hohes Haus! Meine sehr geehrten Damen und Herren! Ich möchte eingangs für jene Kolleginnen und Kollegen der Oppositionsparteien feststellen, die heute offensichtlich vielleicht auch persönlich keinen guten Tag haben, ich stelle daher fest, das ist ein guter Tag für das Burgenland. Denn es ist ein guter Tag, weil ein wirklich guter Tag mit einem wirklich guten Plan für das Burgenland beginnt.

Was der Herr Landeshauptmann heute in seiner Regierungserklärung hier vorgelegt hat, ist ein guter Plan für das Burgenland. Mit dieser zweiten Regierungserklärung seiner Amtszeit haben wir Vorhaben, die wir in den nächsten fünf Jahren umsetzen werden. (*Beifall bei der SPÖ*)

Der zentrale Satz in dieser Regierungserklärung ist, „Wer die Zukunft gestalten will, muss die Gegenwart verändern“ und das ist in der Tat ein wirklich guter Plan, dessen Umsetzung die SPÖ mit voller Kraft und Einsatz unterstützen wird, das ist sicher. *(Beifall bei der SPÖ)*

Die Schlüsselworte in dieser Regierungserklärung, das ist heute schon gesagt worden, sind „verändern“ und „gestalten“. Und es ist auch viel verändert und gestaltet worden in den letzten fünf Jahren, was sie mitunter unter den Tisch kehren. Mehrere 1.000 Jobs sind in den vergangenen Jahren ja nicht entstanden, weil nichts passiert ist, weil nichts getan worden wäre, sie sind gerade deswegen entstanden, weil wir uns Zukunft durch Veränderung erarbeitet und Chancen entwickelt haben.

Der beeindruckende Technologieschub, neue Produkte in neuen Märkten, neue Kompetenzen, neue Dienstleistungen sind im Burgenland entstanden und die sind nicht vom Himmel gefallen, sondern sie sind dadurch geglückt, weil sich, erstens, Menschen nicht mit dem Status quo begnügt haben und weil wir, zweitens, in der Politik die notwendigen Rahmenbedingungen gesetzt haben, damit das auch möglich ist.

Und dass wir heute, um einen dritten Punkt anzuführen, im Burgenland auf das höchste Bildungsniveau in unserer Geschichte verweisen können, mit hervorragenden Fachkräften, mit tollen Absolventinnen und Absolventen der Fachhochschulen, auch mit einer wesentlich breiteren Möglichkeit der beruflichen Aus- und Weiterbildung, auch das ist Ergebnis einer vorausschauenden Politik, die sich der Entwicklung, statt dem Stillstand verschrieben hat. Und der Plan von Landeshauptmann Hans Niessl knüpft an diese positive Entwicklung an und daher ist diese Regierungserklärung auch ein wirklich guter Plan.

Meine Damen und Herren, was muss sich aber ändern, verändern, damit wir die Zukunft gestalten können? Drei Bereiche möchte ich herausgreifen.

Erstens, wir müssen Grundhaltungen, wir müssen Einstellungen verändern. Das Burgenland wird sich auf dieser neuen europäischen Karte, insbesondere dann erfolgreich bewegen können, wenn sich möglichst viele Menschen und möglichst viele Bereiche an dieser notwendigen und weiteren Modernisierung beteiligen. Und es muss doch in unser aller Interesse liegen, dass weniger gejammert und noch mehr gewagt wird und es nicht in einem Wettlauf darum geht, wer die beste Demotivierung zustande bringt, sondern um einen Wettlauf der Optimisten in diesem Land.

Diese Landesregierung hat daher auch unsere volle Unterstützung dabei, wenn es darum geht, Schwierigkeiten zu überwinden und jenen entgegenzutreten, die es sich hinter der einen oder der anderen Hürde, der einen oder anderen ideologischen Festlegung oder auch hinter dem einen oder anderen Besitzstandbewahrens bequem machen wollen. Gefordert ist etwas anderes und das kommt auch in dieser Regierungserklärung zum Ausdruck.

Gefordert ist, neue Wege statt eingetretene Pfade, Innovation, neue Technologien, Aufgeschlossenheit, Offenheit, forschen, entwickeln. Gefordert ist pannonisch leben und europäisch denken, das sind auch die hervorstechendsten Orientierungspunkte auf dieser Roadmap des Burgenlandes in die Zukunft.

Ich betone daher nochmals, wir müssen Grundhaltungen und Einstellungen verändern, damit tun wir auch den ersten entscheidenden Schritt zur erfolgreichen Gestaltung der Zukunft. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren, wir kommen damit zum zweiten Punkt. *(Abg. Johann Tschürtz: Welche Grundhaltung?)* Wir kommen dazu, dass dieses burgenländische Schiff Wind aus einer anderen Richtung als derzeit, braucht. Wir brauchen Rücken- und nicht Gegenwind von der Bundesregierung. Das ist weder Schwarz-Weiß-Malerei, sondern eine richtige und eine wichtige Analyse für die Politik des Burgenlandes in den nächsten Jahren.

Wir brauchen eine Bundesregierung, die eine andere Steuerpolitik, eine andere Wirtschaftspolitik, eine andere Infrastrukturpolitik macht. Und wir brauchen eine Bundesregierung, die überhaupt eine Beschäftigungs- und Arbeitsmarktpolitik verfolgt. Diese schwarz-blau-orange Bundesregierung unter der Führung von Bundeskanzler Dr. Wolfgang Schüssel hat mit ihrem Kurs nach dem Schulbuch des Neoliberalismus die Entwicklung des Burgenlandes nicht optimal gefördert, sondern in vielen Bereichen sogar gehemmt.

Diese Bundesregierung ist verantwortlich dafür, dass sie eine Steuerreform beschlossen hat, von der die ganz Großen profitieren, die Mittleren die Zeche zahlen und sozial Schwachen überhaupt völlig leer ausgehen. Diese Bundesregierung hat eine Politik zu verantworten, die massiven Sozialabbau betrieben und praktisch zu stagnierenden Realeinkommen geführt hat.

Und ich kann dem Herrn Kollegen Gradwohl, der jetzt nicht im Raum ist, nur zustimmen, diese Bundesregierung hat den Ausbau der Infrastruktur von der Straße über die Schiene bis hin zur Telekommunikation sträflich vernachlässigt. Im Bildungsbereich sind wir nahe daran vor einem Scherbenhaufen zu stehen. *(Abg. Ing. Rudolf Strommer: Was hat der Abgeordnete Gradwohl gesagt?)* Und die Kostenentwicklung im Gesundheitsbereich hat diese Bundesregierung überhaupt nicht in den Griff bekommen. *(Beifall bei der SPÖ - Abg. Oswald Klikovits: Herr Kollege, das hat aber der Gradwohl nicht gesagt.)*

Diese Bundesregierung hat eine Politik betrieben, die letztlich Länder und Gemeinden im Verhältnis weniger Einnahmen, dafür höhere Belastungen und unter dem Strich geringere Gestaltungsmöglichkeiten gebracht hat. *(Abg. Oswald Klikovits: Hört doch bitte auf mit eurem Komplex.)* Und die FPÖ, das ist für den Herrn Klubobmann Tschürtz, hat über viele Jahre bei jeder dieser Maßnahmen mitgestimmt, auch das ist eine Tatsache.

Ich sage daher, das ist eine falsche Politik, das ist Politik, die Wind in die Segeln von Yachtbesitzern bringt, aber nicht Wind in die Segeln einer gerechten, einer sozialen Wohlfahrtsentwicklung, einer Wohlstandsentwicklung im Burgenland und in Österreich.

Dieser zweite Punkt ist daher wichtig, wenn wir sagen, wir brauchen dringend eine Veränderung der Politik auf Bundesebene. Wir wollen aus dieser Richtung eine Politik, die für uns Rückenwind und nicht Gegenwind bedeutet. Und je rascher das passiert, desto besser für Österreich und desto besser für das Burgenland. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir machen es uns nicht einfach indem wir nur beim Bund, bei der EU oder von sonst wo Veränderungen einfordern. Nein, wenn

Sie die Regierungserklärung vom Landeshauptmann durchlesen, zugehört haben, dann werden Sie sehen, auch wir selbst werden einiges tun, um zu verändern.

Ich bin bei diesem dritten Punkt dieses wirklich guten Planes, nämlich bei einer engagierten Umgestaltung des Haushaltes, bei der endgültigen Bewältigung des Bank Burgenland-Erbes und bei neuen Möglichkeiten für neue Impulse durch den Burgenlandfonds.

Erforderlich ist also zunächst, dass wir unsere Budgets noch weiter darauf konzentrieren was Wachstum und Beschäftigung bringt, was jungen Menschen eine Ausbildung ermöglicht und was erforderliche neue Entwicklungen in neue Technologien ermöglicht.

Es geht darum in neue touristische Felder zu investieren, in die Infrastruktur, in innovative Projekte, oder in nachhaltig ökologische Produkte zu investieren. Und dafür brauchen wir auch den größtmöglichen budgetären Handlungsraum. Ich freue mich auch darüber, dass es heute ein Bekenntnis in diese Richtung gegeben hat. Ich kann mir nicht vorstellen, dass daher jemand gegen die vom Herrn Landeshauptmann vorgeschlagene Bildungsdirektion auftreten kann. Und ich kann mir nicht erklären, wie jemand schlankere, bessere, effizientere, sparsamere Strukturen im Baubereich (*Abg. Johann Tschürtz: Zusammenlegung jawohl.*) nicht begrüßen könnte.

Ich kann mir nicht vorstellen, dass sich jemand gegen effizientere und effektivere Strukturen im Tourismusbereich aussprechen könnte, gegen den Abbau von Verwaltungsausgaben im Landwirtschaftsbereich, oder auch gegen eine Straffung der allgemeinen Verwaltung insgesamt.

Wir müssen das alles und noch weitere erforderliche Maßnahmen tun, damit wir dort noch schlagkräftiger werden können, wo wir die Zukunft für dieses Land gewinnen können. (*Beifall bei der SPÖ*)

Erforderlich ist weiters, das Bank Burgenland-Erbe bestmöglich zu bewältigen. Und irgendjemand hat heute gesagt, und ich bekräftige das, einen dritten Landtagswahlkampf zu diesem Thema wird uns niemand mehr aufzwingen können. Auch das sollte ein Schluss aus dieser Landtagswahl sein.

Jetzt sind die Weichen neu gestellt, was die Bank Burgenland betrifft. Und die Weichen sind auch ganz klar nach vorne gerichtet. Ich bin überzeugt, dass auf diesen neuen Schienen nun der neuerliche Privatisierungsversuch erfolgreich abgewickelt und das Beste für das Burgenland herausgeholt werden kann. Diesmal, das ist auch klar, wird es auch gelingen die Bank erfolgreich in eine Zukunft zu führen.

Die Frage ist aber, wer von Ihnen macht bei diesem Erfolgsweg denn mit und wer wird weiter dagegen sein und quer schießen? Ich meine, diese Herausforderung ist so wichtig, dass alle an einer Lösung mitarbeiten sollten. Das erwarten die Burgenländerinnen und Burgenländer. Das war auch ein deutliches Votum am 9. Oktober. (*Abg. Johann Tschürtz: Das hat man gesehen. - Beifall bei der SPÖ*)

Bei dem, wo wir selbst ansetzen müssen, ist es auch erforderlich und zielführend zum Dritten, neue Impulse durch eine innovative Haushalts- und Beteiligungspolitik zu schaffen. In diesem Punkt kann ja die Landesregierung auf einige Erfolge, Referenzen schon verweisen.

Dazu zählen in der Vergangenheit die außerbudgetäre und Maastricht-konforme Bewältigung der Haftungsverpflichtungen im Zusammenhang mit der Bank Burgenland. Dazu zählt die Einrichtung eines modernen, erfolgreichen Facility-Managements. Dazu zählt ein sehr erfolgreiches Veranlagungs- und Kreditmanagement des Finanzreferenten.

Jetzt kommt mit dem Burgenlandfonds eine weitere, eine deutliche Qualität in diesen Innovationen hinzu. Denn mit diesem schlaun Konzept, und der Herr Klubobmann hat das heute schon gesagt, schicken wir nicht mehr Millionen von Euro, Jahr für Jahr, in die Himmelpfortgasse zum Finanzminister nach Wien, sondern wir sorgen dafür, dass diese Millionen Euro im Burgenland für Arbeitsplätze, für Innovation und für die Verbesserung des Wirtschaftsstandortes eingesetzt werden können. *(Abg. Mag. Josko Vlasich: Zum Schulden zurückzahlen.)*

Das, meine Damen und Herren, Herr Abgeordneter Vlasich, Herr Klubobmann Tschürtz, ist aus meiner Sicht der Burgenlandfonds. Er ist überhaupt einer der zentralen, der wichtigsten Punkte in dieser Regierungserklärung. Ein wichtiger Teil dieses wirklichen guten Plans, den der Herr Landeshauptmann heute vorgelegt hat. Und ich und wir, Herr Landeshauptmann, können Ihnen zu diesem Plan nur herzlich gratulieren. *(Beifall bei der SPÖ)*

Meine sehr verehrten Damen und Herren! *(Abg. Johann Tschürtz: Wie hoch ist der Fonds dotiert?)* Wenn Sie in der Regierungserklärung nachlesen, Herr Klubobmann Tschürtz, dann steht dort drinnen, dass derzeit Experten gemeinsam mit der Burgenländischen Landesregierung dabei sind, das bestmögliche Konzept für diesen Burgenlandfonds zu entwickeln. Und es wird sicherlich eine Freude für mich sein, Ihnen in nächster Zeit darüber berichten zu können, wie dieser Burgenlandfonds funktioniert. Welche Effekte er für den Wirtschaftsstandort und für die Beschäftigungspolitik im Burgenland mit sich bringt.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Wir müssen erstens, Grundhaltungen und Einstellungen verändern.

Es muss sich zweitens die Bundespolitik ändern, ein anderer Wind aus Wien ist erforderlich.

Und wir müssen drittens, auch in unserem Haus, in unseren Bereichen neue Möglichkeiten nutzen.

Das sind die zentralen Botschaften dieser Regierungserklärung. Und insofern ist diese Regierungserklärung ein wirklich guter Plan für den weiteren Aufstieg des Burgenlandes.

Diese Regierungserklärung ist aber auch ein Plädoyer dafür, dass dies alles aus einer solidarischen Gesinnung heraus passieren muss. Es sollen nicht nur einige wenige vom Aufstieg des Burgenlandes in den nächsten Jahren profitieren, sondern alle profitieren. Unsere Überzeugung ist es, niemand darf zurückgelassen werden.

Und deswegen ist Ihr Plan, Herr Landeshauptmann, ein wirklich guter Plan und deswegen ist Ihr Plan ein menschlicher Plan. Unsere Unterstützung haben Sie in jedem Fall. Ich danke Ihnen. *(Beifall bei der SPÖ)*

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Wortmeldungen liegen keine mehr vor. Wir sind damit am Schluss der Debatte über die Regierungserklärung angelangt.

2. Punkt: Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Der 2. und letzte Punkt der Tagesordnung betrifft die Wahl des Hauptausschusses und der übrigen ständigen Ausschüsse.

Hohes Haus! Zur Vorberatung der Verhandlungsgegenstände hat der Landtag gemäß § 38 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages Ausschüsse zu bilden.

Es ist mir der Vorschlag zugekommen, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden. Nämlich einen Agrarausschuss, einen Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit, einen Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss, einen Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss, einen Petitionsausschuss, einen Rechtsausschuss, einen Sozialausschuss, einen Umweltausschuss und einen Wirtschaftsausschuss.

Gleichzeitig ist mir der Vorschlag zugekommen, die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser neun Ausschüsse mit jeweils zehn festzulegen.

Die Bildung eines Hauptausschusses ist außerdem in Artikel 42a und die eines Ausschusses für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit in Artikel 42b der Burgenländischen Landesverfassung bestimmt.

Außerdem ist die Bildung eines Unvereinbarkeitsausschusses im Burgenländischen Unvereinbarkeitsgesetz aus dem Jahre 1926 vorgesehen, und die Bildung eines Immunitätsausschusses in § 51 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages.

Ich lasse darüber abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die mit diesem Vorschlag einverstanden sind, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Vorschlag, neben dem Hauptausschuss noch weitere neun Ausschüsse zu bilden und die Zahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder dieser neun Ausschüsse mit jeweils zehn festzulegen, ist somit einstimmig angenommen.

Entsprechend den Bestimmungen des § 38 Abs. 2 der Geschäftsordnung des Burgenländischen Landtages, wonach die Zuteilung der auf jede Partei entfallenden Anzahl von Obmännern, ihrer Stellvertreter, Schriftführer sowie der Mitglieder durch den Präsidenten des Landestags mittels der Wahlzahl erfolgt, stellt die SPÖ in sechs Ausschüssen und die ÖVP in vier Ausschüssen den Obmann.

Hohes Haus, gemäß Artikel 42a L-VG in Verbindung mit § 50a GeOLT hat der Landtag einen Hauptausschuss zu bilden, der aus einem Obmann, einem Obmann-Stellvertreter und der vom Landtag zu bestimmenden Zahl von weiteren Mitgliedern besteht, die jedoch sieben nicht übersteigen darf. Alle Mitglieder des Hauptausschusses werden vom Landtag aus seiner Mitte nach dem Grundsatz der Verhältniswahl gewählt, wobei jedoch unter Bedachtnahme auf diesen Grundsatz dem Hauptausschuss mindestens ein Mitglied jeder im Landtag vertretenen Partei angehören muss. Auch ist für jedes Mitglied ein Ersatzmitglied zu wählen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren, es ist mir der Vorschlag zugekommen, der Landtag wolle die Zahl der weiteren Mitglieder mit sieben bestimmen, sodass der Hauptausschuss einschließlich des Obmannes und des Obmann-Stellvertreters aus insgesamt neun Mitgliedern und neun Ersatzmitgliedern bestehen würde.

Ich lasse darüber abstimmen und ersuche jene Damen und Herren Landtagsabgeordneten, die diesem Vorschlag zustimmen wollen, sich von den Plätzen zu erheben. -

Der Landtag hat somit einstimmig beschlossen, die Zahl der weiteren Mitglieder im Hauptausschuss mit sieben festzusetzen.

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Entsprechend der Bestimmung des Art 42a Abs. 2 der Burgenländischen Landesverfassung gehören von den insgesamt neun Mitgliedern und Ersatzmitgliedern des Hauptausschusses nach dem Grundsatz der Verhältniswahl vier Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der SPÖ, drei Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ und ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied den Grünen an.

Dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl fünf Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der SPÖ, drei Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der ÖVP, ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied der FPÖ und ein Mitglied beziehungsweise Ersatzmitglied den Grünen an.

Bei den übrigen ständigen Ausschüssen gehören nach dem Grundsatz der Verhältniswahl sechs Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der SPÖ und vier Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder der ÖVP an.

Wir kommen nun zur Wahl der Mitglieder und Ersatzmitglieder des Hauptausschusses sowie der übrigen ständigen Ausschüsse.

Die Wahl in die Ausschüsse wird gem. § 74 Abs. 4 GeOLT fraktionell durchgeführt. Alle Fraktionen haben gehörig unterstützte Wahlvorschläge eingebracht.

Daher schlage ich vor, diese Wahl in einem Wahlgang durchzuführen, wobei jede Partei für die von ihr vorgeschlagenen Mitglieder beziehungsweise Ersatzmitglieder einen Stimmzettel erhält.

Erhebt sich dagegen ein Einwand? - Das ist nicht der Fall, es ist somit dieser Vorschlag angenommen.

Ich ersuche nun die Stimmzettel für diese Wahl zu verteilen.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser *(nach Verteilen der Stimmzettel)*: Die Stimmzettel sind verteilt. Ich ersuche nun den Herrn Schriftführer Gerhard Pongracz um Verlesung der Namensliste. Die Damen und Herren Abgeordneten ersuche ich, nach Aufruf ihres Namens den Stimmzettel in die Wahlurne zu legen.

(Über Namensaufruf durch Herrn Schriftführer Gerhard Pongracz hinterlegen die Abgeordneten Arenberger Gabriele, Benkö Ilse, Brenner Werner, Ing. Falb-Meixner Werner, Fraunschiel Andrea, Gelbmann Matthias, Gossy Ewald, Gottweis Andrea, Mag.

Gradwohl Werner, Heissenberger Wilhelm, Illedits Christian, Klikovits Oswald, Knor Vinzenz, Maga. Krojer Margarethe, Lentsch Kurt, Loos Josef, Mag. Maczek Kurt, Dr. Moser Manfred, Mag. Pehm Georg, Prior Walter, Prohaska Doris, Radakovits Leo, Sack Edith, Sagartz Christian, Sampt Helmut, Schlaffer Anna, Schmid Ernst, Stacherl Willibald, Ing. Strommer Rudolf, Sulyok Norbert, Trummer Erich, Tschürtz Johann, Mag. Vlasich Josko, Weghofer Matthias und Pongracz Gerhard selbst die Stimmzettel in der Wahlurne.)

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser: Die Stimmenabgabe ist beendet. Ich ersuche nun die Frau Schriftführerin Andrea Gottweis und den Herrn Schriftführer Pongracz die Stimmzählung vorzunehmen.

Dritter Präsident Dr. Manfred Moser (nach vorgenommener Stimmzählung): Bei der eben durchgeführten Wahl wurden 35 Stimmen abgegeben. 35 Stimmen sind gültig, 0 ungültig. 18 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der SPÖ, 13 gültige Stimmen unterstützen den Wahlvorschlag der ÖVP, 2 gültige Stimmen den Wahlvorschlag der FPÖ und 2 gültige Stimmen den Wahlvorschlag der Grünen.

Aufgrund dieser Wahl haben die Ausschüsse folgende Zusammensetzung:

Hauptausschuss

Mitglieder:

ILLEDITS Christian
 Dr. **MOSER** Manfred
PONGRACZ Gerhard
PRIOR Walter
 Mag. **GRADWOHL** Werner
LENTSCH Kurt
 Ing. **STROMMER** Rudolf
TSCHÜRTZ Johann
 Maga. **KROJER** Margarethe

Ersatzmitglieder:

LOOS Josef
SACK Edith
SCHMID Ernst
STACHERL Willibald
 Ing. **FALB-MEIXNER** Werner
KLIKOVITS Oswald
WEGHOFER Matthias
BENKÖ Ilse
 Mag. **VLASICH** Josko

Agrarausschuss

Mitglieder:

ARENBERGER Gabriele
BRENNER Werner
GELBMANN Matthias
LOOS Josef
 Mag. **MACZEK** Kurt
TRUMMER Erich
 Ing. **FALB-MEIXNER** Werner
SAMPT Helmut
 Ing. **STROMMER** Rudolf
SULYOK Norbert

Ersatzmitglieder:

GOSSY Ewald
ILLEDITS Christian
 Dr. **MOSER** Manfred
PONGRACZ Gerhard
SACK Edith
STACHERL Willibald
HEISSENBERGER Wilhelm
LENTSCH Kurt
RADAKOVITS Leo
WEGHOFER Matthias

Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Mitglieder:

GOSSY Ewald
ILLEDITS Christian

Ersatzmitglieder:

ARENBERGER Gabriele
 Mag. **PEHM** Georg

LOOS Josef
POSCH Inge
PROHASKA Doris
FRAUNSCHIEL Andrea
RADAKOVITS Leo
 Ing. **STROMMER** Rudolf
BENKÖ Ilse
 Mag. **VLASICH** Josko

PONGRACZ Gerhard
SCHMID Ernst
STACHERL Willibald
 Ing. **FALB-MEIXNER** Werner
GOTTWEIS Andrea
KLIKOVITS Oswald
TSCHÜRTZ Johann
 Maga. **KROJER** Margarethe

Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss

Mitglieder:

GOSSY Ewald
ILLEDITS Christian
 Dr. **MOSER** Manfred
 Mag. **PEHM** Georg
PONGRACZ Gerhard
SCHMID Ernst
GOTTWEIS Andrea
LENTSCH Kurt
RADAKOVITS Leo
 Ing. **STROMMER** Rudolf

Ersatzmitglieder:

BRENNER Werner
KNOR Vinzenz
LOOS Josef
SACK Edith
SCHLAFFER Anna
STACHERL Willibald
 Ing. **FALB-MEIXNER** Werner
HEISSENBERGER Wilhelm
KLIKOVITS Oswald
WEGHOFER Matthias

Immunitäts- und Unvereinbarkeitsausschuss

Mitglieder:

GELBMANN Matthias
GOSSY Ewald
KNOR Vinzenz
SACK Edith
SCHLAFFER Anna
STACHERL Willibald
 Mag. **GRADWOHL** Werner
SAMPT Helmut
SULYOK Norbert
WEGHOFER Matthias

Ersatzmitglieder:

ARENBERGER Gabriele
 Mag. **PEHM** Georg
POSCH Inge
PROHASKA Doris
SCHMID Ernst
TRUMMER Erich
HEISSENBERGER Wilhelm
KLIKOVITS Oswald
RADAKOVITS Leo
SAGARTZ Christian

Petitionsausschuss

Mitglieder:

GELBMANN Matthias
ILLEDITS Christian
PONGRACZ Gerhard
SCHMID Ernst
STACHERL Willibald
TRUMMER Erich
HEISSENBERGER Wilhelm
LENTSCH Kurt
 Ing. **STROMMER** Rudolf
WEGHOFER Matthias

Ersatzmitglieder:

BRENNER Werner
KNOR Vinzenz
LOOS Josef
 Mag. **MACZEK** Kurt
POSCH Inge
SCHLAFFER Anna
 Ing. **FALB-MEIXNER** Werner
FRAUNSCHIEL Andrea
RADAKOVITS Leo
SAMPT Helmut

Rechtsausschuss

Mitglieder:

BRENNER Werner
GOSSY Ewald
ILLEDITS Christian
 Dr. **MOSER** Manfred
 Mag. **PEHM** Georg
STACHERL Willibald
 Mag. **GRADWOHL** Werner
HEISSENBERGER Wilhelm
KLIKOVITS Oswald
 Ing. **STROMMER** Rudolf

Ersatzmitglieder:

ARENBERGER Gabriele
LOOS Josef
PONGRACZ Gerhard
PROHASKA Doris
SCHLAFFER Anna
SCHMID Ernst
FRAUNSCHIEL Andrea
GOTTWEIS Andrea
LENTSCH Kurt
SAGARTZ Christian

Sozialausschuss

Mitglieder:

ARENBERGER Gabriele
KNOR Vinzenz
PONGRACZ Gerhard
POSCH Inge
SACK Edith
SCHLAFFER Anna
GOTTWEIS Andrea
KLIKOVITS Oswald
SAGARTZ Christian
WEGHOFER Matthias

Ersatzmitglieder:

GELBMANN Matthias
GOSSY Ewald
ILLEDITS Christian
 Dr. **MOSER** Manfred
SCHMID Ernst
TRUMMER Erich
 Ing. **FALB-MEIXNER** Werner
FRAUNSCHIEL Andrea
 Mag. **GRADWOHL** Werner
 Ing. **STROMMER** Rudolf

Umweltausschuss

Mitglieder:

ARENBERGER Gabriele
LOOS Josef
PROHASKA Doris
SACK Edith
SCHLAFFER Anna
SCHMID Ernst
 Ing. **FALB-MEIXNER** Werner
 Mag. **GRADWOHL** Werner
HEISSENBERGER Wilhelm
 Ing. **STROMMER** Rudolf

Ersatzmitglieder:

GELBMANN Matthias
ILLEDITS Christian
 Mag. **MACZEK** Kurt
 Dr. **MOSER** Manfred
PONGRACZ Gerhard
TRUMMER Erich
GOTTWEIS Andrea
KLIKOVITS Oswald
SAMPT Helmut
SULYOK Norbert

Wirtschaftsausschuss

Mitglieder:

GELBMANN Matthias
ILLEDITS Christian
LOOS Josef
 Dr. **MOSER** Manfred

Ersatzmitglieder:

ARENBERGER Gabriele
GOSSY Ewald
 Mag. **MACZEK** Kurt
PONGRACZ Gerhard

Mag. **PEHM** Georg
STACHERL Willibald
GOTTWEIS Andrea
KLIKOVITS Oswald
LENTSCH Kurt
SAGARTZ Christian

PROHASKA Doris
SCHLAFFER Anna
Ing. **FALB-MEIXNER** Werner
FRAUNSCHIEL Andrea
Mag. **GRADWOHL** Werner
Ing. **STROMMER** Rudolf

Meine sehr verehrten Damen und Herren! Die Regierungsvorlage Zahl 19 - 1, Beilage 1, weise ich dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlagen 19 - 6, Beilage 6, Zahl 19 - 8, Beilage 8, Zahl 19 - 9, Beilage 9, und die selbständigen Anträge Zahl 19 - 2, Beilage 2, Zahl 19 - 10, Beilage 10, und Zahl 19 - 11, Beilage 11, weise ich dem Rechtsausschuss und dem Finanz-, Budget- und Haushaltsausschuss,

die Regierungsvorlage Zahl 19 - 7, Beilage 7, weise ich dem Sozialausschuss,

den selbständigen Antrag Zahl 19 - 3, Beilage 3, weise ich dem Ausschuss für europäische Integration und grenzüberschreitende Zusammenarbeit und dem Rechtsausschuss,

die selbständigen Anträge Zahl 19 - 4, Beilage 4, und Zahl 19 - 5, Beilage 5, weise ich dem Rechtsausschuss

und die Petitionen E 1, E 2 und E 3 weise ich dem Petitionsausschuss zu.

Die Tagesordnung ist damit erledigt.

Tag, Stunde und Tagesordnung der nächsten Sitzung werden rechtzeitig schriftlich bekannt gegeben werden. Ich möchte darauf aufmerksam machen, dass die nächste Sitzung des Landtages für Dienstag, den 6. Dezember 2005, vorgesehen ist.

Die Sitzung ist g e s c h l o s s e n .

Schluss der Sitzung: 13 Uhr 36 Minuten